

Preußische Allgemeine



Nr. 7 · 16. Februar 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Aktivismus statt Journalismus

Die unheimliche Nähe des Recharteteams Correctiv zu staatlichen wie privaten Förderern aus dem grün-linken Spektrum Seite 2



Triumph Der Siegeszug des linken Spießers und das neue Biedermeier Seite 3



Preußen Erinnerung zum 200. Todestag Bogislavs von Tautenzien Seite 10

FOTOS: PABRITTA PETERSEN; PAREUTERS; H. SCHERENBERG

AUFGEFALLEN

Betteln um einen Krieg?

Die Hilflosigkeit gegenüber den neuen Verhältnissen in Europa treibt manche Politiker zu immer waghalsigeren Aussagen. So forderte Roderich Kiesewetter (CDU) dieser Tage, dass der Ukrainekrieg „nach Russland getragen“ werden müsse, und sein Kollege Michael Roth (SPD) erklärte: „Wir müssen den russischen Imperialismus stoppen – notfalls auch ohne USA.“

Abgesehen davon, dass Deutschland auch zwei Jahre nach der vom Kanzler verkündeten „Zeitenwende“ nicht ansatzweise in der Lage wäre, einen Krieg zu führen, wird an Äußerungen wie diesen sichtbar, wie sehr die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ihren inneren Kompass verloren hat. Schwergewichte der alten Bonner Republik wie Franz Josef Strauß, Helmut Schmidt und Helmut Kohl waren ohne Zweifel prowestlich orientiert – aber sie wären nie auf die Idee gekommen, in den Krisen, die es auch zu ihren Zeiten mit den Russen gab, um einen Krieg zu betteln.

Im Gegenteil. Nachdem – zum Beispiel – 1979 die Sowjetunion in Afghanistan einmarschiert war, wurden zwar die Afghanen massiv mit westlichen Waffen ausgerüstet – doch wurden die Kontakte nach Moskau ausdrücklich nicht abgebrochen. Und mit dem NATO-Doppelbeschluss wurden sowohl die Stärkung der eigenen atomaren Fähigkeiten als auch Verhandlungen mit dem Gegner über eine gegenseitige Rüstungskontrolle angestrebt.

Was auch immer Kiesewetter, Roth & Co. also umtreibt – in der Tradition westlicher Verteidigungspolitik stehen sie mit ihren Forderungen nicht. *neh*

KOALITION

Was Lindner sagt, klingt nach Ultimatum

Auf einmal spricht der FDP-Chef von grundlegenden weltanschaulichen Gegensätzen innerhalb der Ampel. Bereitet er den Bruch im Sommer vor?

VON HANS HECKEL

Die Ansage, welche FDP-Chef Christian Lindner am Sonntag in der ZDF-Sendung „Berlin direkt“ in Richtung seines grünen Koalitionspartners gemacht hat, lässt sich als Ultimatum lesen. Wenn nicht gar als Ankündigung, dass es mit der Ampelkoalition schon im Laufe des kommenden Sommers vorbei sein dürfte.

Keine Frage: Für die Liberalen geht es längst wieder ums parlamentarische Überleben. Bei desaströsen Umfragewerten um die vier Prozent hat die Wiederholungswahl den Abwärtstrend der Freidemokraten nun auch an den Urnen bestätigt. Die FDP-Spitze muss etwas tun, wenn sie eine Katastrophe für ihre Partei abwenden will.

Im Interview mit dem ZDF, auf das sich Lindner offenbar gründlich vorbereitet hatte, sprach der Finanzminister nicht allein von einzelnen Punkten, auf die man sich in der Ampel noch einigen müsse. Er hob stattdessen grundlegende weltanschauliche Gegensätze zwischen den Grünen und den Freidemokraten in den Mittelpunkt. Die Grünen wollten, dass der Staat in der Wirtschaft bis ins Kleinste bestimme, was zu geschehen habe, während seine Partei für die Soziale Marktwirtschaft stehe. Die hieraus erwachsenen konkreten Meinungsverschiedenheiten müssten im Frühjahr verhandelt werden.

Dabei müssten auch die Grundzüge des Bundeshaushalts 2025 geklärt werden.

Zur Erinnerung: Selbst der laufende Haushalt für 2024 sorgt noch immer für lähmenden Disput in der Ampel. Indem er gleich die zeitnahe Einigung auf das Budget des Folgejahres obendrauf sattelt, kreiert Lindner ein Szenario der Unmöglichkeit. Fast, als hätte er es darauf abgesehen, alle bislang kunstvoll kaschierten Gegensätze zwischen den Ampelpartnern schonungslos offenzulegen.

Suche nach dem Ausweg

Was zunächst irritiert: Die denkbar knappe Zustimmung der liberalen Basis zum Verbleib in der Ampel feierte die Parteispitze vor wenigen Wochen noch als „klaren Auftrag“ zur Fortführung des Bündnisses. Hinter den Kulissen aber muss den Parteigranden sehr wohl bewusst gewesen sein, dass von „Klarheit“ bei nur 52 zu 48 Prozent keine Rede sein konnte.

Warum aber beenden Lindner und seine FDP die Ampel dann nicht sofort? Möglicherweise schlagen hier noch die düsteren Erfahrungen von 1982 durch. Damals gelang es der SPD und linksgerichteten Medien meisterhaft, den Freidemokraten die Schuld am Bruch der 13-jährigen SPD-FDP-Koalition anzudichten. Dass es in Wahrheit der linke Flügel der SPD – flankiert von parteiinternen Opportunisten – war, der den eigenen Kanzler Helmut Schmidt stürzte, geriet in kürzester Zeit in

Vergessenheit. Die SPD-Linke hatte die Machtbasis des Kanzlers aus der eigenen Partei gleichsam von innen zerfressen, sich insbesondere bei der wichtigen Frage des NATO-Doppelbeschlusses immer unverblümt gegen ihn gestellt.

Doch dann soll es die FDP gewesen sein, die Schmidt gestürzt habe, und die Liberalen rauschten zeitweise auf zwei Prozent bei den Umfragen ab, konnten vermutlich nur durch die „Leihstimmen“ angestammter Unionswähler bei den Märzahlen 1983 gerettet werden.

Lindner will einem solchen Szenario womöglich dadurch vorbeugen, dass er in Richtung Öffentlichkeit noch einmal alles unternimmt, um das Ampelbündnis zu retten – um dann konstatieren zu müssen, dass es nicht mehr gehe, weil die Partner sich uneinsichtig gezeigt hätten.

Fraglich ist indes, ob die Wähler der FDP diesen Schwenk noch abkaufen. Die Liberalen werden im Sommer zweieinhalb Jahre lang eine Koalition mit einer stramm linksgrünen Programmatik gestützt haben, mit Heizungshammer, einem beispiellosen ökonomischen Irrweg samt planwirtschaftlichem „Transformations“-Furor und einer selbstzerstörerischen Einwanderungspolitik.

Und dann geht man plötzlich von Bord wegen unüberbrückbarer Gegensätze in ganz grundsätzlichen Fragen? Die hätte man schon vor geraumer Zeit entdecken können – wollte es aber nicht.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Eine Studie offenbart einen skeptischen Blick der Jugend auf ihre Zukunft Seite 4

Kultur

Nach zehnjähriger Sanierung ist die Anhaltische Gemäldegalerie wiedereröffnet Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Putin eröffnete die Kant-Festlichkeiten im Königsberger Gebiet Seite 13

Lebensstil

Ich, ich, ich. Das Problem des Narzissmus in den sozialen Medien Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Correctiv Die Finanzquellen und das Personal lassen erahnen, welch Geistes und welches Herren Kind dieses angeblich unabhängige, überparteiliche und gemeinnützige Medienunternehmen ist

Öffentlichkeitsarbeit mit Nähe zum Staat

Wie Bund, Länder, EU und staatsnahe Konzerne das Unternehmen alimentieren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 10. Januar berichtete das Essener Medienunternehmen Correctiv über ein „Strategietreffen“ von „hochrangigen AfD-Politikern, Neonazis und finanzstarken Unternehmern“ in der Potsdamer Villa Adlon, bei dem es um einen „Geheimplan“ zur „Deportation“ von „Millionen“ deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund gegangen sei. Mittlerweile steht fest, dass die Behauptungen von Correctiv nur als maßlose Über- beziehungsweise Fehlinterpretation der tatsächlichen Ereignisse angesehen werden können. Den Begriff „Deportation“ löschte Correctiv deshalb später sogar selbst.

Ungeachtet dessen fanden nach der Veröffentlichung der „Enthüllungen“ über die „neue Wannsee-Konferenz“ zahlreiche Massendemonstrationen gegen „Rechts“ statt, bei denen immer wieder auch der Ruf nach einem AfD-Verbot erschallte. Insofern erwies sich der Correctiv-Bericht als Segen für die schwer angeschlagene Ampel-Regierung. Daraus wiederum erwuchs schnell der Verdacht, dass Correctiv genau deshalb aktiv geworden sei.

Eine derartige Staatsnähe streitet das Medienunternehmen jedoch ab. Vielmehr behauptet es seit Jahren steif und fest, „unabhängigen investigativen“ Journalismus „frei von politischen oder wirtschaftlichen Abhängigkeiten“ zu betreiben. Und im Redaktionsstatut steht gar: „Wir ... fremdeln mit der Macht.“ Das ist freilich genauso wenig wahr wie die Darstellung der Abläufe auf dem Potsdamer Treffen. Denn Correctiv sucht die Nähe der Staatsorgane und lässt sich auch vom Staat alimentieren.

Faktisch steuerbefreit

Ein Beleg für Ersteres ist das Treffen zwischen Vertretern des Bundesinnenministeriums und vier weiterer Ministerien mit Mitarbeitern von Correctiv und anderen Medienunternehmen am 2. Juni 2020, das der Erörterung von Maßnahmen zur „Bekämpfung von Desinformation“ im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie diente. Bei der Konferenz handelte es sich um keinen Einzelfall. Laut dem Correctiv-Mitgeschäftsführer

David Schraven hätten solche Zusammenkünfte „grundsätzlich immer mal wieder“ stattgefunden.

Noch verräterischer sind die finanziellen Zuwendungen von Seiten des Staates, die nach den Recherchen mehrerer regierungskritischer Online-Portale von „Achse des Guten“ bis „Tichys Einblick“ unter anderem aus folgenden Ministerien oder Institutionen kamen (in Klammern jeweils Zeitraum und Summe): Bundeszentrale für politische Bildung (seit 2014: 340.000 Euro), Bundesministerium für Bildung und Forschung (2022/23: 266.000 Euro), Dienststelle der Staatsministerin für Kultur und Medien (2022/23: 199.000 Euro), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020–2023: 180.000 Euro), Bundeskasse Halle (2022: 102.000 Euro) und Auswärtiges Amt (2019/20: 88.000 Euro). Insgesamt erhielt Correctiv allein 2022/23 rund eine Million Euro vom Bund.

Weitere Gelder stellte das Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung. Es über-

wies zwischen 2020 und 2023 1,14 Millionen Euro. Ebenfalls spendabel zeigte sich die Freie und Hansestadt Hamburg mit 172.000 Euro im Zeitraum 2017/18. Zudem flossen 2021/22 EU-Mittel in Höhe von rund 400.000 Euro. Doch damit nicht genug.

Zweifel an Gemeinnützigkeit

Unter den über 20 Millionen Euro an Spenden und anderen Zuwendungen, die Correctiv seit seiner Gründung Ende 2013 erhielt, waren auch immer wieder Beträge von staatsnahen Unternehmen. So reichte die Deutsche Telekom AG, die zu rund 30 Prozent im Besitz der Bundesrepublik beziehungsweise der Kreditanstalt für Wiederaufbau ist, von 2020 bis 2022 um die 85.000 Euro an Correctiv weiter.

Währenddessen musste das Medienunternehmen kaum Steuern zahlen: Die Ertragssteuern im Zeitraum von 2020 bis 2022 beliefen sich laut Aussage des Rechtsanwaltes und Steuerberaters Ansgar Neuhof auf 729 Euro. Dies resultiert

aus dem rechtlichen Status der „Correctiv – Recherchen für die Gesellschaft gemeinnützige GmbH“. Allerdings liegt keine Gemeinnützigkeit mehr vor, wenn ein Unternehmen Einfluss auf die politische Willensbildung oder die Gestaltung der öffentlichen Meinung nimmt. Correctiv umgeht diese Hürde aber, indem es als Satzungszweck „Förderung der Volksbildung“ angibt, was in Anbetracht der Geschehnisse der letzten Wochen sicher nicht die ganze Wahrheit widerspiegelt.

Deshalb äußerte der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) unlängst Zweifel an der Gemeinnützigkeit des Medienunternehmens, während der Correctiv-Mitgeschäftsführer Schraven eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechtes anmahnte: „Die Bundesregierung droht einen gewaltigen Fehler zu machen, wenn sie den gemeinnützigen Journalismus nicht – wie im Koalitionsvertrag versprochen – einführt.“ Und damit hat er tatsächlich Recht, wenn man die Situation der Ampel-Koalition bedenkt.



Das 60 Mitarbeiter zählende Unternehmen Correctiv hat seinen Sitz in Essen: Hinweis auf Geschäftsräume im ersten Stock

FOTO: P. PAUL ZINKEN/DPA

FINANZIERUNG

Stiftungen, die Correctiv alimentieren

Außer vom Staat wird das Medienunternehmen Correctiv auch von zahlreichen Stiftungen alimentiert. Bereits die Gründung von Correctiv war nur möglich, weil die Brost-Stiftung eine stufenweise Anschubfinanzierung von insgesamt 3,8 Millionen Euro gewährte. Vorstandsvorsitzender dieser Stiftung war und ist der frühere SPD-Politiker Bodo Hombach. Als weiterer Großsponsor trat das Netzwerk des eBay-Gründers Pierre Omidyar auf, das zwischen 2018 und 2023 rund 2,8 Millionen Euro überwies. Die Open Society Foundations des US-amerikanischen angeblichen Philanthropen George Soros stellten bis 2021 etwa 420.000 Euro zur Verfügung.

Etliche Stiftungen, die Correctiv unterstützen, vertreten eine dezidiert grüne Agenda. Dazu gehören die holländische Adessium Foundation, die australische Stiftung The Sunrise Project und die deutsche Stiftung Mercator, die sich der Förderung von „Chancengleichheit, sozialem Zusammenhalt, Respekt, Toleranz, Weltoffenheit sowie Schutz von Natur und Umwelt“ verschrieben hat und auch die Lobbyorganisation Agora Energiewende aus der Taufe hob, deren fataler Einfluss auf die Energiepolitik hierzulande allgemein bekannt ist. Diese vier Stiftungen zahlten bislang 1,3 Millionen Euro an Correctiv.

Zum Reigen derer, die das Medienunternehmen über Wasser halten, gehören außerdem die Rudolf Augstein Stiftung in Hamburg, die Schöpfungstiftung mit Sitz in Lörrach, die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt sowie die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur von Jan Philipp Reemtsma. Die Spendensumme lag hier bis 2023 bei 2,8 Millionen Euro.

370.000 Euro kamen des Weiteren von der RAG-Stiftung, welche die Abwicklung des deutschen Steinkohlebergbaus begleiten soll, und in deren Kuratorium die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes sowie die jeweiligen Bundesfinanz- und Wirtschaftsminister sitzen. W.K.

PARTEILICHKEIT

Die Personen hinter Correctiv – und wofür sie stehen

Die Mitgeschäftsführerin, der Aufsichtsratsvorsitzende und andere Funktionäre haben eine deutliche Nähe zu SPD und Grünen

Die Alternative für Deutschland steht seit Jahren im Fokus der „Enthüllungen“ von Correctiv. Dabei zielt das angeblich unabhängige Medienunternehmen bei Bedarf auch unter die Gürtellinie. So veröffentlichte Correctiv im Mai 2017 kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen einen Artikel mit dem Titel „Spitzenfrau der AfD ... arbeitete als Prostituierte“. Damals gab es noch Kritik an diesem Vorgehen seitens der Mainstream-Medien. Beispielsweise schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Wer gegen ‚Hass‘ und ‚Fake News‘ anzutreten meint, sollte die Maßstäbe, die er an andere anlegt, auch gegen sich selbst und jedermann gelten lassen, auf keinem Auge

blind sein und nicht nur in eine Richtung ‚recherchieren‘.“

Derartige Reaktionen blieben später aus, als Correctiv andere inhaltlich dürftige Publikationen über eine vermeintliche „Verschwörung gegen die Demokratie“ im Rahmen des „AfD-Spendenskandals“ sowie den „Geheimplan gegen Deutschland“ vorlegte. Das Gleiche gilt für den Umstand, dass einer der Verfasser des letztgenannten Beitrages über die angeblichen Pläne zur „Deportation“ von Millionen Deutschen mit Migrationshintergrund, der sich Jean Peters nennt und 2016 die AfD-Politikerin Beatrix von Storch körperlich attackierte, auf Twitter öffentlich bekannte: „Ich bin #Antifa.“

Im Kontrast zu dieser AfD-Feindlichkeit stehen die auffälligen Verbindungen zu den Grünen und zur SPD. Die jetzige Correctiv-Mitgeschäftsführerin Jeanette Gusko trat mehrmals bei Veranstaltungen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung auf und agierte als Rednerin auf einem SPD-Parteitag. Darüber hinaus unterzeichnete Gusko gemeinsam mit der Berliner SPD-Politikerin Sawsan Chelbi einen SPD-Appell anlässlich des Internationalen Frauentages 2019. Ebenso arbeitete sie als Spendensammlerin für das Centre for Feminist Foreign Policy (CFFP), das die Leitlinien der grün-feministischen Außenpolitik von Annalena Baerbock skizzierte.

„Ich bin #Antifa“

Jean Peters

Politischer Aktivist sowie Mitglied des Recherche- und Redaktionsteams bei Correctiv

Ein anderes Beispiel ist Lukas Beckmann, der Aufsichtsratsvorsitzende von Correctiv. Der Politiker fungierte von 1991 bis 2010 als Fraktionsgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag sowie auch als Gründungsgeschäftsführer der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung.

Und dann wäre da noch ein weiteres prominentes Parteimitglied der Grünen, nämlich Peter Schaar. Der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte erhielt 2008 einen Preis der Friedrich-Ebert-Stiftung für eines seiner Bücher und sitzt jetzt im Ethikrat von Correctiv, wo er über die Recherchemethoden des Unternehmens urteilen soll. W.K.

Der Triumph des linken Spießers

Während der rechte Biedermann schon lange in die Bedeutungslosigkeit geraten ist, läuft in der Ampel-Republik ein neuer Typus des Spießbürgers zu Höchstform auf. Noch nie wirkte Progressivsein so gestrig wie heute

VON HOLGER FUSS

W er sich den zeitgenössischen linken Spießbürgern über ihr Intimleben nähern will, wird in der aktuellen Ausgabe des „Spiegel“ fündig. In einer zehnteiligen Titelgeschichte wird ein „neues Liebesleben“ ausgebreitet, über „offene Ehe, Polyamorie, Freundschaft Plus“ berichtet und erläutert, „wie Beziehungen heute funktionieren“. Der Leser taucht ein in eine Welt des Leistungsdrucks der Unangepasstheit.

Da plädiert eine Soziologin wider die „Paarnorm“ und das „Romantikdiktat“, ist allerdings selber seit einem Jahr „romantisch verpartnert“ und gibt sich nur jede Mühe, um alles „anders zu machen“ und „viele neu auszuhandeln“. Ein queerer, also alles, nur nicht heteronormativer, Influencer aus Berlin-Kreuzberg verortet sich politisch „durchaus linksradikal“. Er erlebt sich „auf der Straße als schwuler Mann diskriminiert“, weil er sich erkennbar kleidet, bewegt und ausdrückt, wie er behauptet. Und doch ist er „inzwischen mit einer queeren Frau verheiratet“, ist aber „auch mit anderen Menschen“ intim, „egal welche Geschlechterteile sie haben“.

Eine Sozialpädagogin aus Frankfurt am Main wünscht sich, dass wir alle „feministischer lieben“, ihre Freunde seien allesamt links, sie fühlten sich in monogamen Beziehungen unwohl und träumten davon, freier zu lieben. Das sei aber nicht so einfach, denn in ihrem Milieu drohe „die Ablehnung der alten Norm“ allzuoft „zur neuen Norm zu werden, sodass sie „den Druck gespürt habe, progressiv zu lieben“.

Sekundenschlaf im Angesicht spätpubertärer Kapriolen

Vor vielen Jahren saßen beim „Spiegel“ noch bewundernswerte Edelfedern, die so eine Titelstory zum humoristischen Feuerwerk komponiert hätten, das am Zwerchfell des Lesers bleibende Schäden hinterlassen hätte. Heute nimmt ein verunglückter Titelauteur die spätpubertären Kapriolen reifungsunwilliger Großstädter mit einem Bierernst unter die Lupe, dass seine Leser beständig mit Sekundenschlafattacken zu kämpfen haben. Unfreiwillig komisch gerät bei seinem Report über erotische Gehrversuche jenseits der herkömmlichen heterosexuellen Monogamie nur die Vorstellung, dass es im Kopfkino des gemeinen deutschen Progressiven keineswegs besorgniserregend wild und anarchisch zugeht, sondern eher brav, verantwortungsbeflissen und penibel nonkonform. Die neuen Freiheiten, die sich der zeitgeistkompatible Fortschrittsbürger herbeimanipuliert hat, sind ihm längst zu neuen Gitterstäben geworden. Auch der linke Spießler träumt von kleinen Fluchten aus seiner Vollzugsanstalt der unerfüllten Sehnsüchte.

Die Figur des Spießlers unterliegt beständigem Wandel. Das wusste schon der österreichisch-ungarische Schriftsteller Ödön von Horváth (1901–1938), der mit 29 Jahren seinen ersten Roman veröffentlichte: „Der ewige Spießler“. Die Erzählung nannte er in der Vorrede: „Beiträge zur Biologie dieses werdenden Spießlers“. Der junge Horváth erlebte seine Gegenwart als großen Umbruch, es habe „sich allmählich herumgesprochen, dass wir in zwei Zeitaltern leben“. Aufgewachsen war er im Reich der Habsburger, doch jetzt war das Heraufdämmern der nationalsozialistischen Schauer-Epoche bereits zu spüren. „Der alte Typ des Spießlers ist es nicht mehr wert, lächerlich gemacht zu werden; wer ihn heute noch verhöhnt, ist bestenfalls ein Spießler der Zukunft.“

Noch war diese kommende Figur 1930 wie in einer Raupe: „Der neue Typ des Spießlers



Kollektive Behauptung, allein das anständige Deutschland zu repräsentieren: Teilnehmer einer Demonstration „gegen Rechts“ am 3. Februar vor dem Berliner Reichstag
Foto: pa/Reuters

ist erst im Werden, er hat sich noch nicht herauskristalliert.“ In der Rückschau wissen wir, dass der nachfolgende Nationalsozialismus eine Figur des Spießlers hervorgebracht hat, ohne die Hitlers Diktatur und die monströsen NS-Verbrechen in ihrem Umfang kaum möglich gewesen wären. Joachim Fest hat hierzu in seinen Kindheitserinnerungen „Ich nicht“ eindrucksvolle Zeugnisse überliefert.

Mag sein, dass im Vergleich mit dem NS-Spießler der typische Untertan der Kaiserzeit, wie ihn Heinrich Mann in all seiner Bosheit porträtierte, noch wie ein Kulturmensch anmutet. Bemerkenswerter ist für uns der Befund Horváths, dass sich der Spießler bei allen Kleiderwechseln durch die Zeitläufte dabei doch stets treu zu bleiben scheint: „Der Spießler“, so definiert ihn Horváth, „ist bekanntlich ein hypochondrischer Egoist, und so trachtet er danach, sich überall feige anzupassen und jede neue Formulierung der Idee zu verfälschen, indem er sie sich aneignet.“

Richtungswechsel des Zeitgeistes

In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg waren es Spießbürger eher der rechten und konservativen Gesinnung, die die Luftfreiheit über die Stammtische der jungen Republik innehatten. Wenn wir den rheinischen Karneval als Messlatte deutscher Biederkeit anerkennen, stellt sich heraus: Der Spießler von einst ist längst im Ruhestand. Wo früher turnusmäßig über die Sozis hergezogen wurde, um sie für alles Übel verantwortlich zu machen, fliegen die Pfeile heute in die entgegengesetzte Richtung, um auf gewohnt holprige Lachart die Rechten als bedrohlichen Dauerbrenner festzustellen.

Die Wachablösung verlief schleichend. Schon 1983 zog die Hamburger Punkband „Slime“ in einem Song über „Linke Spießler“ her. Erstaunlich scharfsichtig hieß es damals schon über Lehrer und Beamte, Gelehrte, Sozialarbeiter und Studenten: „Immer kritisch und politisch/Marx und Lenin auf dem Nachttisch/Ihr seid nichts als linke Spießler/Ihr habt nichts dazugelernt.“ Und als 2001 die Rockband „Blumfeld“ von der „Diktatur der Angepassten“ sang, waren damit die

Linkskonformen gemeint und der Mainstream bereits hinreichend nach links verschoben, sodass es für eine rot-grüne Bundesregierung reichte. Schon zwei Jahre zuvor schrieb Norbert Bolz ein ganzes Buch über „Die Konformisten des Andersseins“, jenen neuen Typus von Opportunisten, die ihre Mäntelchen nunmehr im Wind des progressiven Kritischseins flattern ließen. Deutsche Biederkeit gibt sich seither im Zweifel linksdurchtönt.

Zu verdanken ist dies den Kohorten der Babyboomer, die mit Popkultur, Kritischer Theorie und 68er-Pädagogen aufwuchsen. Später gründeten sie Familien, schlossen Bausparverträge ab und saßen wie ihre Eltern abends vorm Fernseher. Wer sich einst „forever young“ wähnte, wurde zum Leistungsträger der Gesellschaft. Das Herz schlug weiterhin links, der juvenile Vorsatz „Born to be wild“ versteinerte in der Pose des rot-grün wählenden Wohlstandsbürgers. Der Schrebergärtner von heute hört nicht mehr Blasmusik, sondern AC/DC. Kritik als Attitüde, nicht als Praktik, ist das neue Anpassensein. Allein die schiere Masse der Babyboomer rückte den Mainstream der Republik nach links.

Statisten der politischen Meteorologie

Nur dadurch wurde es überhaupt möglich, dass die CDU als traditionelle politische Heimstatt deutschen Biedersinns unter Führung der Endloskanzlerin Merkel ihre Drift Richtung Sozialdemokratie und Grüne vollzog, wovon sich die Union bis heute nicht erholt hat. So, wie der politische Konservatismus sein Obdach verlor, so suchte der Phänotyp des ewigen Spießlers im linken Zeitgeist Unterschlupf.

Natürlich sind linke Spießler keine ernsthaften Sozialisten oder gar Kommunisten. Vielmehr sind sie, wie zu allen Zeiten, willfährige Statisten der jeweiligen politischen Meteorologie. Sobald es die Wolkenfronten der Geschichte in andere Richtungen zieht, wird auch das Spießertum bereitwillig folgen

Natürlich sind linke Spießler keine ernsthaften Sozialisten oder gar Kommunisten. Vielmehr sind sie, wie zu allen Zeiten, willfährige Statisten der jeweiligen politischen Meteorologie. Sobald es die Wolkenfronten der Geschichte in andere Richtungen zieht, wird auch das Spießertum bereitwillig folgen

len, dann muss die Überzeugung dieses Menschenschlages notgedrungen flexibel bleiben.

Spießbürger werden so genannt, weil die Waffe der städtischen Unterschicht in mittelalterlichen Siedlungen der Spieß war. Bei der Abwehr von adeligen Ritterheeren dienten sie mit ihren günstig herstellbaren Waffen als städtische Fußtruppen, die in Schlachten oft siegreich und deshalb zunächst hochangesehen waren. Später litt ihr Leumund, „vielleicht weil man zu den Spießbürgern nur die ärmsten und untauglichsten wählte, dagegen die reicheren bessern zu Pferde dienten“, heißt es in einem Wörterbuch von 1811. „Jetzt gebraucht man es nur im verächtlichen Verstande von einem jeden geringen Bürger.“

Spuren einer Geisteshaltung

Es war dieser Typus, der es in seiner Niedertracht zu Hitlers Gefolgschaft brachte und später als Feindbild die Protestbewegung von 1968 mitentfachte. Auf ihrem Marsch durch die Institutionen wollte die vermeintlich antiautoritäre Bewegung die patriarchale Geisteshaltung der Alten möglichst besenrein entsorgen. Allerdings sollte Spießigkeit sich als hartnäckiger herausstellen als erwartet.

Denn die offen autoritären Eltern und Großeltern vererbten wesentliche Charakterstrukturen auf Kinder und Enkel. Ihre besserwisserische Verbohrtheit gepaart mit Gefühlen persönlichen Ungenügens sind in den nachfolgenden Generationen quicklebendig. Waren rechte Spießler aus Unsicherheit strukturell konservativ, wurden ihre Kinder zu linken Spießlern und aus Unsicherheit strukturell ideologisch.

Wie ehemalige Außenseiter inzwischen progressiv domestiziert wurden, lässt sich exemplarisch an Homosexuellen beobachten. Einst zählten sie zur unbürgerlichen Avantgarde, mittlerweile zieht es sie in die gesellschaftliche Mitte. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften können sich gar nicht bieder genug geben und turnen heteronormative Ehe- und Elternmodelle nach. Gesellschaftliche Anerkennung um jeden Preis und bloß nicht aus der Reihe tanzen, lautet seit jeher die Devise des rechten wie linken Spießlers.

Auch der Antisemitismus ist seit geraumer Zeit nicht mehr allein in der Regie rechts-extremer Eiferer. Michael Wolffsohn spricht in seinem Buch „Nie wieder? Schon wieder!“ (Herder) von einer jüdenfeindlichen Allianz aus „Ganz-Rechten“, mehr noch aber aus „muslimischen Neudeutschen“ sowie „alt-einheimischen Linksextremisten“ und „ihren bürgerlich-linksliberalen Landsleuten“ (siehe hierzu auch das Interview in PAZ 5/2023).

Wo sich Geschichte wiederholt

Wenn angesichts der Hunderttausenden, die seit Wochen „gegen Rechts“ durch die Straßen marschieren, von einem Aufstand der schweigenden Mehrheit die Rede ist, so belegt dies einmal mehr, dass der deutsche Durchschnitt heute linksliberal Maß nimmt. Der Kampf für Demokratie und gegen „Nazis“ ist zur Angelegenheit linksmusikalischer Mitläufer geworden, die ihren behaglichen Sonntagsspaziergang im Windschatten Gleichgesinnter mit tatkräftigem Widerstand gegen Feinde der Freiheit verwechseln. Nur so erklärt es sich, wenn auf solchen Demonstrationen Pappschilder zu lesen sind mit der Aufschrift: „Jetzt können wir endlich herausfinden, was wir anstelle unserer Urgroßeltern getan hätten.“

Auch so kann die Ewiggestrigkeit der Linken zum Ausdruck gebracht werden.

● Holger Fuß ist freier Autor und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag).

www.m-vg.de

● MELDUNGEN

Armutsrisiko
hohes Alter

Berlin – Rund 7,5 Millionen deutsche Rentner haben ein Nettoeinkommen von weniger als 1250 Euro. Damit sind über vier von zehn Altersruheständlern hierzulande armutsgefährdet. Dies geht aus den Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervor, die durch eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Dietmar Bartsch von der Linkspartei bekannt geworden sind. 5,2 der 7,5 Millionen Armutsgefährdeten sind Frauen. Damit lebt jede vierte Rentnerin unterhalb der Armutsgrenze. Ein Viertel der Deutschen im Ruhestand verfügt nicht einmal über 1000 Euro netto, wobei der Frauenanteil auch hier sehr hoch liegt. Insgesamt gelten 14,7 Prozent aller Menschen in der Bundesrepublik als armutsgefährdet. Der Anteil der Rentner an dieser Personengruppe beträgt fast 62 Prozent. Bartsch bezeichnete dies als „Armutzeugnis für unser Land“ und forderte deutlich höhere Rentenzahlungen sowie einen hinreichenden Inflationsausgleich. W.K.

In Berlin mehr
Messerattacken

Berlin – Die Polizei hat vergangenes Jahr in der Hauptstadt einen Anstieg der Zahl mit Messern verübter Gewalttaten registriert. Laut vorläufigen Daten gab es im Jahr 2023 rund 3500 Fälle von Messerkriminalität in Berlin. Im Jahr 2022 hatte die Polizei in der Hauptstadt 3317 Taten registriert, bei denen ein Messer entweder zur Bedrohung oder direkt als Stichwaffe eingesetzt wurde. Bei den Taten wurden 203 Menschen schwer verletzt, 15 Opfer starben. Bereits seit Jahren steigt auch die Zahl von Kindern und Jugendlichen, die im Zusammenhang mit Messerkriminalität als Tatverdächtige gelten. Im Jahr 2019 betrug laut Berliner Kriminalstatistik der Anteil von Kindern und Jugendlichen an dieser Personengruppe noch 15,7 Prozent. Bis 2022 war dieser Anteil auf 22 Prozent gestiegen. Laut Daten der Kriminalforschung trägt mittlerweile jeder fünfte Jugendliche in seiner Freizeit ein Messer bei sich. H.M.

Afrikaner im
Voodoo-Wahn

Hannover – Das Landgericht Hannover hat im Fall eines Messerangriffs einen 26-jährigen Ivorer mangels Schuldfähigkeit vom Vorwurf des versuchten Totschlags freigesprochen und seine Einweisung als gemeingefährlich kranker Straftäter in die Psychiatrie angeordnet. Der Afrikaner hatte im Mai vergangenen Jahres in einer Asylunterkunft in Hannovers Stadtteil Vinnhorst zunächst Wachleute bedroht und war dann mit zwei Küchenmessern auf Polizisten losgegangen. Stoppen konnten die Einsatzkräfte den Mann nur durch fünf Schüsse aus einer Dienstwaffe. Bei seiner Entscheidung folgte das Landgericht der Ansicht eines Gutachters, der bei dem Mann paranoide Schizophrenie diagnostiziert hatte. Nach Ablehnung seines Asylantrages im Jahr 2018 hatte sich bei dem Afrikaner der Gedanke verfestigt, Opfer eines Voodoo-Fluchs geworden zu sein. Der 26-Jährige wird nach dem Urteil des Landgerichts in einem Maßregelvollzug untergebracht. H.M.



Ohne rosarote Brille: Laut Regina von Görtz von der Bertelsmann Stiftung blicken die Jungen wie die Alten nicht „optimistisch in die Zukunft. Alle erwarten es nicht so rosig. Einigkeit in der Verunsicherung sozusagen“

Foto: imago/Westend61

DEMOSKOPIE

Pragmatisch und kritisch

Bertelsmann-Stiftung ließ junge Menschen nach deren Auffassungen befragen

VON PETER ENTINGER

Die Generation der 18- bis 30-Jährigen in der Bundesrepublik bringt der Demokratie und der Europäischen Union mehr Vertrauen entgegen als im Durchschnitt anderer europäischer Länder. Bundesregierung und Bundestag stehen sie jedoch kritischer gegenüber. Um den Klimawandel machen sich die jungen Erwachsenen nicht mehr Sorgen als ihre älteren Mitmenschen, dafür sehen viele ihre mentale Gesundheit in Gefahr.“ So fasst die Bertelsmann-Stiftung das Ergebnis einer in ihrem Auftrag durchgeführten repräsentativen Meinungsumfrage in zehn europäischen Ländern zusammen.

Von den befragten Jugendlichen aus Deutschland gaben 59 Prozent an, der

Demokratie zu vertrauen, 62 Prozent sagten das in Bezug auf die Europäische Union. Von den Befragten aus den anderen neun Ländern vertrauen im Durchschnitt nur 50 Prozent der Demokratie und 57 Prozent der EU.

Am höchsten im Kurs stehen Bildung und Wissenschaft. Jeweils rund drei Viertel der Befragten in der Bundesrepublik geben an, diesen Bereichen zu vertrauen.

Klassische Lebensziele

Kritischer bewerten die jungen Menschen die politischen Institutionen in der Bundesrepublik. Mehr als jeder zweite Befragte zwischen 18 und 30 Jahren, 52 Prozent, äußert Misstrauen in die Regierung, 45 Prozent mangelt es an Vertrauen ins Parlament.

Die Befragungen fanden vor rund einem Jahr statt. Aktuelle Themen wie Bauernproteste oder die Demonstrationen gegen rechts nach einem Treffen in Potsdam spielten deshalb noch keine Rolle.

Der Auftraggeber der Umfrage bietet auch eine Interpretation und Kommentierung der Umfrageergebnisse an. „Die jungen Erwachsenen in Deutschland bringen der Demokratie und der EU grundsätzlich Vertrauen entgegen. Das ist nicht zuletzt mit Blick auf die Europawahl sowie die Landtagswahlen in diesem Jahr eine gute Nachricht. Doch es kommt darauf an, dieses Vertrauen nicht zu verspielen. Eine gute Politik für junge Menschen sollte vorausschauende Entscheidungen in ihrem Sinne treffen und sie stärker als bisher in den politischen Prozess einbeziehen“,

sagt Regina von Görtz, Jugendexpertin bei der Stiftung.

Die Folgen des Klimawandels würden mit 46 Prozent eine der wesentlichsten Fragen für Jugendliche darstellen. Die Autoren betonen allerdings, dass dies mit 45 Prozent auch ein fast genauso großes Thema für die 31- bis 70-Jährigen sei. Bei der Frage, ob man auch einen ökologischen Lebensstil führe, unterscheiden sich die Ergebnisse aber. In der Studie heißt es dazu, dass Ältere ein höheres Umweltbewusstsein hätten und „ein noch größeres Interesse an einem ökologischen und nachhaltigen Lebensstil als Jüngere“ zeigen würden. „Die jungen Erwachsenen sorgen sich weiterhin um den Klimawandel, aber sie besetzen das Thema längst nicht mehr allein. Daher wäre es grundlegend falsch, ihre Sorgen und Ängste darauf zu reduzieren. Wir als Gesellschaft müssen genauer hinsehen, was sie belastet“, erklärt Anja Lang, ebenfalls von der Bertelsmann-Stiftung.

„Auch wenn viele junge Erwachsene durchaus idealistisch eingestellt sind, streben sie mehrheitlich nach klassischen Zielen“, so von Görtz. Danach gefragt, in welchen Lebensbereichen sich die jungen Menschen in den kommenden fünf Jahren positive Veränderungen wünschen, gaben sie vor allem viel Besitz, gutes Aussehen, klare Ziele, eine erfolgreiche Karriere und ein Eigenheim an.

Sorge um die mentale Gesundheit

Große Unterschiede gibt es der Umfrage zufolge bei den Themen Rassismus und Diskriminierung. Im Schnitt würden sich Jugendliche stärker mit solchen Fragen beschäftigen. Die Autoren der Studie ziehen daraus den Schluss, dass Jugendlichen „soziale Gerechtigkeit und Fairness sehr wichtig sind“.

Für bedenklich halten die Forscher der Bertelsmann Stiftung, dass sich 41 Prozent der befragten Jugendlichen Gedanken und Sorgen um ihre psychische Gesundheit machen. Zudem fühlen sich weitaus mehr Vertreter der jüngeren Generation einsam als der älteren. Die Autoren ziehen hierbei Parallelen zu Umfragen aus der Corona-Zeit. Die Pandemie habe in der jüngeren Generation deutlich tiefere Spuren hinterlassen.

Die Bertelsmann Studie kommt zu dem Schluss, dass das noch herrschende Vertrauen in die Institutionen auf wackeligen Beinen steht. Insgesamt blicken die Befragten nämlich relativ besorgt in die Zukunft, unabhängig von ihrem Alter. Demnach erwarten 36 Prozent der jüngeren und 42 Prozent der älteren Menschen, dass sich verschiedene Faktoren, darunter der Lebensstandard, das Klima oder die Einkommensverteilung, verschlechtern werden.

ANSCHLAG IN HANAU 2020

Die politische Instrumentalisierung bleibt

Der Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags hat seinen Abschlussbericht vorgelegt

Am 19. Februar 2020 erschoss der 43-jährige Tobias Rathjen in Hanau neun Menschen mit Immigrationshintergrund, seine Mutter und schließlich auch sich selbst. Zur Aufklärung der Umstände dieses angeblichen „rassistischen Terroranschlags“ setzte der Hessische Landtag am 7. Juli 2021 einen Untersuchungsausschuss ein, der kürzlich seinen 750 Seiten umfassenden Abschlussbericht vorgelegt hat.

Darin heißt es, Rathjen „litt seit dem Jahr 2002 ... an einer schizophrenen Wahnerkrankung“. Deswegen sei davon auszugehen, dass seine „juristische Schuldfähigkeit ... zumindest erheblich vermindert, wenn nicht gar aufgehoben war“. Dennoch betrachten die Mitglieder des Untersuchungsausschusses die Tragödie von Hanau mehrheitlich als „kaltblütig ausgeführten ... Angriff auf unsere

freie und offene Gesellschaft“ und unterstellen dem Toten, er habe seine schwere psychiatrische Erkrankung „im Laufe der Zeit durch ein selbstgebildetes und selbstverstärktes rassistisches Weltbild mit erheblichen Verschwörungphantasien und rassistischen Umvolkungsnarrativen ergänzt“.

Daher auch die „grundsätzliche Bewertung“ im Fazit des Berichtes: „Auslöser der Tat war die psychische Erkrankung – Motiv war sein rassistisches Weltbild.“ Das ist eine gewagte Spekulation, der sich der prominente psychiatrisch-forensische Sachverständige Henning Saß nicht anschloss, denn er vertrat die Ansicht, das „motivationale Steuerungssystem“ des Täters sei durch die Schizophrenie ebenfalls „schwerst krankhaft verformt“ gewesen.

Obwohl Rathjen laut dem Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses trotz seines Zustandes in der Lage gewesen sein soll, sich gezielt und bewusst ideologisch zu radikalieren, fand das Gremium keine „Hinweise zu einer Verbindung ... zur rechtsextremen Szene oder zu rechtsextremen Einzelpersonen“. Vielmehr sah es nur Belege dafür, dass er „im Internet Medien konsumierte, die eindeutig dem rechten Spektrum oder rechtsextremen Parteien zuzuordnen sind“. Daraus resultieren dann auch jene Passagen in dem Bericht, in denen ein enger Zusammenhang zwischen dem Handeln des psychisch kranken Rathjen und „anderen rechtsextremen Gewalttaten in der Bundesrepublik“ konstruiert wird – wonach es mit eindeutigem Blick auf die AfD heißt, hierzulande existiere leider

auch eine Partei, welche die „Grundprinzipien menschlichen Zusammenlebens in Teilen in Frage stellt“.

Doch damit nicht genug: Während das Fehlverhalten der hessischen Behörden im Umgang mit dem sichtlich gestörten und somit potentiell gefährlichen Rathjen ebenso heruntergespielt wird wie der unzulässigerweise blockierte Notausgang an einem der Tatorte, empfiehlt der Untersuchungsausschuss als Lehre aus dem Attentat, „die Finanzierung des Landesprogramms ‚Hessen – aktiv für Demokratie und Extremismus‘ ... langfristig abzusichern und weiter auszubauen“. Außerdem rät er, „die Antirassismussarbeit an allen hessischen Schulen zu intensivieren, um Ressentiments und Diskriminierung präventiv entgegenzuwirken“.

Wolfgang Kaufmann

ANTISEMITISMUS

Reaktion der Senatorin löst Sturm aus

SPD-Politikerin Czyborra lobt nach brutalem Überfall auf jüdischen Studenten „Internationalität“

VON HERMANN MÜLLER

In Berlin-Mitte, nahe der Stelle, an der Alfred Döblin seine Romanfigur Franz Biberkopf einst aus dem Gasthaus „Aschinger“ auf die Rosenthaler Straße treten ließ, ist in der Nacht zum 3. Februar ein Student zum Opfer einer extrem brutalen Gewalttat geworden. Der Lehramtsstudent Lahav Shapira hatte gerade ein Lokal am Rosenthaler Platz verlassen, als er von einem jungen Mann unvermittelt zu Boden geprügelt wurde. Als Shapira bereits blutend auf dem Asphalt lag, folgten Fußtritte gegen sein Gesicht.

Während der Täter zunächst flüchten konnte, kam der Student mit gebrochener Nase und Frakturen an Augenhöhle und Wangenknochen ins Krankenhaus und musste operiert werden. Als Tatverdächtigen ermittelte die Polizei einen Kommilitonen des Studenten von der Freien Universität (FU). Berlins Staatsanwaltschaft geht von einem gezielten Angriff auf den jüdischen Studenten und einem antisemitischen Hintergrund der Gewalttat aus.

Bei dem mutmaßlichen Täter handelt es sich nach Angaben der Staatsanwaltschaft um einen Mann deutscher Staatsangehörigkeit, der bereits an einer pro-palästinensischen Hörsaalbesetzung im Dezember an der FU beteiligt gewesen sein soll. In sozialen Netzwerken ist allerdings auch von einem „arabischen Studenten“ die Rede, der seinen Kommilitonen niedergeschlagen hat. Tatsächlich stellte sich schnell heraus: Der Fall ist politisch brisant.

Exmatrikulation unmöglich gemacht

Die Leitung der Universität sieht sich etwa der Kritik des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, ausgesetzt, sie habe antisemitische Diskurse viel zu lange laufen lassen. Klein sagte an die Adresse der FU-Leitung: „Sie haben sicher nicht Antisemitismus begünstigt, aber Sie sind nicht eingeschritten, da wo es geboten gewesen wäre, wenn Hass und Hetze verbreitet werden.“ Der Vorfall in Berlin habe ihn schockiert, aber nicht überrascht, so Klein.

Der Zentralrat der Juden fordert die FU zur Exmatrikulation des mutmaßlichen



„Schockiert, aber nicht überrascht“: Antisraelische Kundgebung an der FU am 7. Februar

Foto: imago/serienlicht

chen Täters auf: „Wer einen jüdischen Kommilitonen krankenhausreif schlägt, weil er Jude ist, der hat an einer deutschen Universität nichts zu suchen“, so Zentralratspräsident Josef Schuster.

Die FU reagierte mit einem Verweis auf die beschränkten Möglichkeiten nach dem Berliner Hochschulgesetz. Tatsächlich hatte 2021 die zwischenzeitlich abgewählte Koalition aus SPD, Grünen und Linkspartei noch zwei Tage vor dem Ende der damaligen Wahlperiode durch die Abschaffung des sogenannten Ordnungsrechts der Hochschulen die Exmatrikulation als weitreichendste Maßnahme abgeschafft. Maximal möglich ist der Uni-Leitung seitdem nur noch die befristete Erteilung eines Hausverbots.

Nicht nur die Änderung am Hochschulgesetz durch die frühere rot-grün-rote Landeskoalition hat für Verwunderung gesorgt. Berlins derzeitige Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra (SPD) hat nach dem Angriff auf den jüdischen Studenten mit Aussagen sogar einen Sturm der

Empörung ausgelöst. Die SPD-Politikerin hatte in der „rbb24-Abendschau“ am 6. Februar erklärt, sie lehne „Exmatrikulation aus politischen Gründen ... grundsätzlich ab“.

Scharfe Kritik handelte sich Czyborra vor allem mit einer anderen Aussage ein: „Wir wollen die Hochschulen nicht zu Gated Communities (zu Deutsch: geschlossene Gemeinschaften) machen.“ Die SPD-Senatorin erklärte weiter: „Die Wissenschaft lebt von Austausch, lebt von Internationalität, lebt von internationalen Studierenden. Und natürlich gibt's auch dann mal Konflikte auf dem Campus. Und die müssen wir eindämmen.“

„Lehne ich weiterhin ab“

Bayerns Antisemitismusbeauftragter Ludwig Spaenle sprach daraufhin von „grotesken Aussagen“ und forderte den Rücktritt der Senatorin. Die Politikerin überdachte daraufhin offenbar ihre Aussagen und erklärte am Folgetag: Grundsätzlich müsse zwischen Gewalttaten,

Antisemitismus und Volksverhetzung und politischen Meinungsäußerungen unterschieden werden. „Exmatrikulationen aufgrund politischer Meinungen lehne ich weiterhin ab“, so Czyborra: „Eine Demokratie muss innerhalb dieses Rahmens unterschiedliche politische Meinungen aushalten.“

Die Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD) und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) sehen allerdings die demokratische Debatte an den deutschen Hochschulen mittlerweile bereits als extrem gefährdet an. In einer gemeinsamen Erklärung schreiben beide Studentenverbände: „Ausschlüsse demokratischer Mitstreiter von Veranstaltungen, Gegendemonstrationen, die das Existenzrecht Israels infrage stellen, sowie körperliche Angriffe auf jüdische Studenten prägen den Alltag des Diskurses an Universitäten.“ Beide Vereinigungen sehen die Universitäten zunehmend als Orte einer „anti-westlichen Radikalisierung“.

MEDIEN

„Beitragserhöhung niemandem vermittelbar“

Nach Sachsen-Anhalt nun auch Brandenburg und Bayern gegen Anhebung der Rundfunkgebühren

Eine Empfehlung des Expertengremiums KEF sieht für Anfang 2025 eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags von 18,36 auf 18,94 Euro monatlich vor. Obwohl die Anhebung mit 58 Cent verhältnismäßig moderat ausfallen soll, regt sich in mehreren Bundesländern Widerstand. Bei der jüngsten Erhöhungsrunde hatte nur der Landtag von Sachsen-Anhalt gegen eine Anhebung votiert. Daraufhin hatten ARD, ZDF und Deutschlandradio mit einer Klage beim Bundesverfassungsgericht geantwortet. Die Verfassungsrichter entschieden, Sachsen-Anhalt habe mit seinem Veto den Anspruch der öffentlich-rechtlichen Sender auf eine „funktionsgerechte Finanzierung“ verletzt.

Mit Blick auf die für Anfang 2025 geplante Anhebung hat die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt nun erneut erklärt, sie lehne eine Erhöhung der Gebühren ab. Der CDU-Medienpolitiker

Markus Kurze sagte, über einen entsprechenden Parlamentsbeschluss solle Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) der Rücken gestärkt werden, eine Erhöhung nicht zu unterschreiben. Die CDU-Fraktion in Magdeburg dringt zudem auf Reformen im System der öffentlich-rechtlichen Sender. Doppelstrukturen müssten abgebaut werden, so Kurze.

Im Unterschied zur vergangenen Gebührenrunde ist die Union in Sachsen-Anhalt mit ihrer ablehnenden Haltung nicht mehr allein. Auch im bayerischen Landtag fordert der CSU-Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek „endlich grundlegende Reformen“.

Holetschek sagte, die Rundfunkanstalten erhielten von den Beitragszahlern bereits 8,5 Milliarden Euro pro Jahr. Damit kann aus seiner Sicht „der gesetzliche Auftrag problemlos erfüllt werden“. Bereits vergangenes Jahr hatte Branden-

burgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags für mehrere Jahre ausgeschlossen: „Ich sehe schon allein angesichts der bekannt gewordenen Verfehlungen beim rbb keine Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg für eine Erhöhung“, so Woidke Anfang 2023.

Vor Kurzem erklärte Brandenburgs SPD-Fraktionschef Daniel Keller ebenfalls, dass eine weitere Anhebung des Rundfunkbeitrages nicht vermittelbar sei und der Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks schaden würde. Für die CDU-Landtagsfraktion erklärte deren Parlamentarischer Geschäftsführer Steffen Bretz, vor dem Hintergrund des rbb-Skandals sei eine Beitragserhöhung „niemandem in Brandenburg vermittelbar“. Für die Freien Wähler im Potsdamer Landtag erklärte Péter Vida ebenfalls, dass in der Bevölkerung keine Akzeptanz

für eine weitere Beitragserhöhung vorhanden sei. „Wir haben den teuersten und größten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt“, so Vida.

Mit dem Widerstand in mehreren Bundesländern könnte sich vor dem Bundesverfassungsgericht das Szenario von 2021 wiederholen. Statt nur Sachsen-Anhalt müssten dann aber gleich mehrere Bundesländer von den öffentlich-rechtlichen Sendern verklagt werden. In den Ländern könnte dies allerdings eine Entwicklung fördern, die für ARD, ZDF und Deutschlandradio existenzbedrohend sein kann.

Denn wenn sie mit ihren Forderungen nach grundlegenden Reformen immer wieder scheitern, können einzelne Länder den Rundfunkstaatsvertrag auch ganz kündigen. Das könnte das Ende bedeuten für das öffentlich-rechtliche Sendersystem in seiner bisherigen Form. H.M.

KOLUMNE

Teils starke Verschiebung

VON THEO MAASS

Die Wiederholung der Bundestagswahl 2021 in 455 von 2256 Berliner Wahlbezirken brachte einen Einbruch bei der Wahlbeteiligung um rund 25 Prozentpunkte auf 51 Prozent. Das war absehbar, da es bei dieser Wahl wenig zu entscheiden gab. Aufgrund der geringen Beteiligung verloren vier Berliner Abgeordnete ihr Mandat. Lars Lindemann von der FDP ersatzlos, ein grüner, ein SPD- und ein Linkspartei-Abgeordneter mussten ihre Mandate zugunsten von Parteifreunden aus anderen Bundesländern abgeben. Die Direktmandate blieben bei den Gewinnern von 2021.

Die Landesvorsitzende der Grünen, Nina Stahr, verlor ihr Listenmandat. Zugewinnen der CDU und AfD standen Verluste von FDP und SPD gegenüber. Die Hoffnung der Ampelparteien und der CDU, die Wähler sollten sich von der AfD abwenden, erfüllte sich somit nicht. Franziska Giffey: „Aber ich finde, unsere Aufgabe als Sozialdemokratie ist es, dagegenzuhalten und ganz deutlich zu machen: Wir stehen für eine demokratische Gesellschaft, wir stehen gegen rechte Hetze.“ Selbst die Anklagen der Justiz in Sachen „Reichsbürgerputsch“ haben sich bei der Wiederholungswahl nicht niedergeschlagen.

Die AfD-Kandidatin Birgit Malsack-Winkemann – seit Dezember 2022 in Untersuchungshaft und im vergangenen Dezember wegen des Verdachts der Staatsstreich-Planung angeklagt – konnte, obwohl nur in ganz wenigen Stimmbezirken in Steglitz-Zehlendorf die Wahl wiederholt wurde, noch um 0,2 Prozent im Gesamtergebnis zulegen. In den Stimmbezirken von Marzahn-Hellersdorf, in denen die Wahlen wiederholt wurden, stieg der AfD-Anteil von 18,5 Prozent auf nun 33,1 Prozent. Das bedeutet mit großem Vorsprung Platz eins vor der CDU mit 21,5 Prozent.

MELDUNG

Furcht vor Antisemiten

Berlin – Bei den Aufmärschen „gegen Rechts“ hat der Berliner Senat das Zeigen von Palästinenser-Fahnen verboten. In jüngster Zeit versuchen die Veranstalter der Demonstrationen durch eine Erweiterung der Zahl der Teilnehmerorganisationen die hohe Zahl der Demonstranten aufrechtzuerhalten. Inzwischen rufen etwa 1800 NGOs und Vereine zu den Kundgebungen auf. Bei den Teilnehmern finden sich mehr Immigranten als anfangs, speziell Türken und Kurden. Palästinenser sind, wenn sie ihre Fahnen mitbringen, der Senatsinnenverwaltung nicht willkommen. Offenbar wird befürchtet, die antisemitische Haltung einiger Anti-Rechts-Demonstranten könnte zu stark hervortreten. Trotzdem wollen die Veranstalter auf die Verstärkung durch die Palästinenser nicht verzichten: „Wir wurden von den Behörden mit der Information zum Verbot einer Flagge, der palästinensischen, auf unserer Versammlung überrascht. Das Vorgehen und die inhaltliche Begründung halten wir für falsch und die Anmelderin geht dagegen rechtlich vor.“ F.B.

● MELDUNGEN

Schwimmende Gefängnisse

Stockholm – Der schwedische Justizvollzugsdienst will künftig Gefängnisschiffe nutzen. Wegen des deutlich härteren Vorgehens gegen kriminelle Einwanderer nach dem Regierungsantritt der bürgerlichen Minderheitsregierung unter Ulf Kristersson füllen sich die Haftanstalten des Landes. In denen gibt es allerdings nur 9000 Plätze, während Schwedens Justizvollzugsdienst mit einem Anstieg der Zahl der Gefängnisinsassen auf 27.000 innerhalb der nächsten Jahre rechnet. Deswegen fordert Justizminister Gunnar Strömmer, alsbald die entsprechenden Kapazitäten zu verdreifachen. Die Idee, dabei auf schwimmende Gefängnisse zu setzen, hatte der Leiter der operativen Koordinierung des Justizvollzugsdienstes. Torbjörn Nyberg ließ sich von anglo-amerikanischen Vorbildern wie den Gefängnisschiffen „Bibby Stockholm“, das derzeit in Südengland vor Anker liegt, und „Vernon C. Bain Correctional Center“ im New Yorker Gefängnis Komplex Rikers Island inspirieren. W.K.

Rigide Corona-Aufarbeitung

Laibach/Pressburg – Die beiden EU-Mitgliedsstaaten Slowenien und Slowakei planen nach der Ablösung der bisherigen Regierungen eine grundsätzliche und radikale Aufarbeitung ihrer nationalen Corona-Politik. In Slowenien geht die Initiative hierzu von der eher linksliberalen Koalition unter Robert Golob aus, die bereits eine Amnestie für sämtliche Corona-Strafen aufgrund rechtswidrig erlassener Gesetze samt Rückzahlung der Gelder verfügt hat. In der Slowakei macht sich vor allem der neue Ministerpräsident Robert Fico für die Abrechnung mit dem Corona-System stark. Er wirft der Mitte-Rechts-Vorgängerregierung unter Igor Matovič und Eduard Heger ein Komplettversagen während der Corona-Pandemie beziehungsweise -Impfkampagne vor. W.K.

Tschechien will vier neue AKW

Prag – Tschechiens Regierungschef Petr Fiala von der liberal-konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) hat den Bau von vier weiteren Kernreaktoren angekündigt. Ursprünglich war lediglich eine Entscheidung der tschechischen Regierung darüber erwartet worden, welcher Anbieter den Zuschlag zum Bau eines Reaktors im südmährischen Dukowan (Dukovany) erhalten soll. Als Favorit galt bislang das US-Unternehmen Westinghouse, das bereits von der polnischen Regierung den Auftrag zum Bau eines Kernkraftwerks erhalten hat. Die Entscheidung, gleich vier neue Reaktoren bauen zu lassen, begründete Fiala mit einer Kostenersparnis von 25 Prozent im Vergleich zum Bau nur eines Reaktors. Der teilstaatliche Versorger ČEZ betreibt bislang in Dukowan und Temelin sechs Reaktorblöcke. Die Regierung der Tschechischen Republik rechnet damit, dass der Stromverbrauch bis 2050 um bis zu zwei Drittel ansteigen wird. H.M.

RUSSLAND

Der verhinderte Hoffnungsträger

Boris Nadjeschdin darf nicht zur Präsidentschaftswahl antreten – Protest wurde offen sichtbar

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Bei uns darf es nur einen Politiker geben, den das Volk öffentlich liebt – und das ist Putin“, sagte ein russischer Beamter, der in den Organisationsprozess der Präsidentschaftswahl eingebunden ist, gegenüber „The Moscow Times“.

War es also Boris Nadjeschdins wachsende Beliebtheit, die zur Entscheidung der zentralen Wahlkommission vom 8. Februar beigetragen hat, ihn nicht als Präsidentschaftskandidat zuzulassen? Laut Wahlkommission waren etwa acht Prozent der 100.000 notwendigen eingereichten Unterstützerunterschriften ungültig – der zulässige Grenzwert liegt bei fünf Prozent. Angeblich sollen sich auch Unterschriften Verstorbener – die berühmten „toten Seelen“ – darunter befunden haben, was Nadjeschdin bestreitet.

Mit dem Slogan „S Nadjeschdoj w buduschtscheje“ (Mit Nadjeschdin in die Zukunft) hatte der liberale Politiker und Kriegsgegner seine Kampagne eröffnet, wobei dieser ein Wortspiel mit seinem Nachnamen enthält, denn nadjeschda heißt Hoffnung. Um die 100.000 Unter-

schriften zu sammeln, hatte Nadjeschdin mit seinen Mitstreitern überall im Land Wahlbüros seiner Partei „Bürgerinitiative“ eröffnet. Dass der Andrang so groß sein würde, damit hatte er selbst nicht gerechnet. Bei eisiger Kälte standen die Menschen stundenlang Schlange, um die Liste zu unterschreiben. Innerhalb weniger Tage kamen so 200.000 Unterstützerunterschriften zusammen. Das Bild der Menschenschlangen verbreitete sich schnell in den sozialen Netzwerken.

Hofnarr oder echter Gegner?

Vor seiner Kandidatur galt der 60-jährige als Alibi-Gegner des Kreml, der als Hofnarr in zahlreichen TV-Talkshows auftrat, wo er stets eine Gegenposition zur Regierungslinie vertrat, ohne jedoch selbst große politische Ambitionen zu zeigen. Das änderte sich mit seiner Kandidatur für das russische Präsidentenamt, wohl wissend, dass er von vornherein keine Chance gegen Putin hatte. Seine Kandidatur setzte dennoch ungeahnte Kräfte frei. Sowohl Gegner des Ukrainekriegs in Russland, Unzufriedene mit der sozialen Lage im Land wie auch Regimekritiker im Exil, etwa Michail Chodorkowskij oder Julia Na-

walnaja, die Ehefrau des inhaftierten Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj, scharten sich hinter ihm.

In Russland ist Nadjeschdin kein Unbekannter. In der Jelzin-Ära war er Berater des damaligen Vizeministerpräsidenten Boris Nemzow – einer der führenden Köpfe der liberalen Union der rechten Kräfte, der 2015 vor den Mauern des Kreml ermordet wurde – und Assistent des damaligen Ministerpräsidenten Sergej Kirijenko. Für die Union der rechten Kräfte war er von 2000 bis 2003 Duma-Abgeordneter. Heute ist er Abgeordneter in der Stadt Dolgoprudnij im Umland von Moskau. Er sieht sich selbst als Vertreter der älteren Politikergeneration und als Patriot, der dafür kämpft, dass Russland friedlich und frei wird.

Es stellt sich die Frage, warum Nadjeschdin ausgerechnet in einer Zeit, in der jeder politische Gegner Putins aus dem Weg geräumt wird, sich freiwillig der Gefahr einer Verhaftung aussetzen sollte. Oder handelte es sich bei seiner Kandidatur vielleicht, wie einige Unkenrufer behaupten, um ein abgekartetes Spiel mit dem Kreml, in dem Nadjeschdin als Ventillösung für alle Unzufriedenen erhalten

sollte? Gut möglich, dass dies zunächst zutraf, doch Nadjeschdins Ausschluss von der Wahl lässt darauf schließen, dass nicht alles nach Plan lief und schließlich die Befürchtung überwog, dass der Oppositionspolitiker Präsident Putin doch noch gefährlich werden könnte.

Rote Linie des Kreml überschritten

Davon zeugen nicht nur Nadjeschdins Putin-kritische Zitate der letzten Zeit wie „Ich bin prinzipiell gegen die Politik von Präsident Putin“, „Putin führt das Land in die Vergangenheit zurück und ich möchte, dass Russland die Zukunft eines modernen Landes hat“ und „Putin hat einen fatalen Fehler begangen, als er die militärische Spezialoperation begann“, sondern auch die Tatsache, dass Nadjeschdin in Beliebtheitsumfragen direkt hinter Putin lag. Laut dem Regime-kritischen Sender „Doshd“, der seit 2023 mit einer niederländischen Lizenz sendet, hätte Nadjeschdin bei der Präsidentschaftswahl 20 Prozent erreichen können. Ähnlich sieht es auch das Internationale Carnegie-Zentrum in Moskau. Hätten Nadjeschdins Chancen lediglich bei einem bis drei Prozent gelegen, wäre ihm vielleicht der Posten eines Gouverneurs angeboten worden wie dem Kandidaten für das Moskauer Bürgermeisteramt 2018, Michail Degtjarew. Mit seinen hohen Beliebtheitswerten habe er jedoch eine rote Linie des Kreml überschritten.

Nadjeschdin hat gegen die Entscheidung der Wahlkommission Klage eingereicht, was vermutlich wenig nützen wird. Wenn auch vorab schon feststeht, dass Putin auch nach dem 18. März weiter russischer Präsident bleiben wird, so haben die Menschenschlangen vor Nadjeschdins Wahllokalen doch eins gezeigt: Es gibt in Russland Menschen, die Putin nicht unterstützen. Umfragen beider Lager zeigen, dass Befürworter wie Gegner des Regimes eine Gemeinsamkeit eint: Sie wollen ein Ende des Ukrainekriegs. Die einen, weil sie eine neue Mobilmachung fürchten, die anderen aus Prinzip.

Nach ihren Motiven befragt, für Nadjeschdins Unterstützung Schlange zu stehen, gaben einige Befragte unumwunden zu, dass der Kandidat nicht wichtig sei, dies aber die einzige legale Möglichkeit sei, ihren Protest gegen den Ukrainekrieg auszudrücken. Den Menschen mache das Mut, weil es zeige, dass sie nicht allein sind.



Nach der Entscheidung des zentralen Wahlkomitees vom 8. Februar: Boris Nadjeschdin mit seinem Stab

Foto: imago/SNA

UKRAINEKRIEG

Wahrheit über den Flugzeugabschuss von Belgorod

Russland hat Videos veröffentlicht, welche die offizielle ukrainische Darstellung widerlegen

Am 24. Januar zerschellte ein russisches Transportflugzeug vom Typ Iljuschin Il-76 auf einem Feld nahe des Dorfes Jablonowo in der russischen Oblast Belgorod. Unmittelbar darauf feierten etliche ukrainische Medien wie die „Ukrainska Prawda“ und „RBK-Ukraina“ den Abschuss der gegnerischen Militärmaschine durch die ukrainischen Streitkräfte. Stunden später erklärte das Moskauer Verteidigungsministerium, an Bord der Il-76 seien neben sechs Besatzungsmitgliedern und drei Wachsoldaten auch 65 ukrainische Kriegsgefangene gewesen, die am Grenzübergang von Kolotilowka gegen in Gefangenschaft geratene Russen ausgetauscht werden sollten. Daraufhin änderte sich die Berichterstattung in der Ukraine schlagartig: Die triumphierenden Schlagzeilen verschwanden und stattdessen war nun von einem „abge-

stürzten Transporter“ mit „Raketen für S-300-Luftabwehrkomplexe“ die Rede.

„Bestreben, Russland ins Unrecht zu setzen“

Dann äußerte der russische Präsident Putin den Vorwurf, Kiew sei darüber informiert gewesen, dass die Maschine ukrainische Kriegsgefangene befördere, und habe sie dennoch gezielt abschießen lassen: „Das ist ein Verbrechen.“ Als Motiv hierfür nannten russische Medien das permanente ukrainische Bestreben, Moskau ins Unrecht zu setzen, so zum Beispiel durch die Unterstellung, Russland verwende Kriegsgefangene als menschliche Schutzschilde bei Waffentransporten. Darüber hinaus meinte die russische Seite, die Ukraine wolle offenbar mit aller Gewalt ausschließen, dass sich ihre Soldaten in größerer

Zahl freiwillig in Gefangenschaft begeben, weil sie auf einen späteren Austausch hoffen könnten.

Die Antwort Kiews bestand darin, erneut zu behaupten, die Il-76 habe keine ukrainischen Kriegsgefangenen an Bord gehabt, sondern lediglich Waffen. Moskau konterte hierauf mit der Veröffentlichung einer Liste der angeblich getöteten Ukrainer. Außerdem zeigte es Videoaufnahmen von der Absturzstelle, in denen Leichenteile mit Tätowierungen zu sehen waren, wie man sie lediglich von ukrainischen Nationalisten kennt. Des Weiteren verwies der Kreml auf DNA-Analysen der vielen menschlichen Überreste auf dem Acker bei Jablonowo.

Vor diesem Hintergrund forderten beide Kriegsparteien zunächst eine internationale Untersuchung des Vorfalles, und

Moskau beraumte sogar eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates ein. Allerdings erbrachte diese keinerlei Ergebnisse. Danach wurde es auf Seiten des Westens und der Ukraine auffällig still. Das resultierte aus dem Auftauchen von Belegen dafür, dass die Il-76 mit zwei US-amerikanischen Flugabwehrraketen vom Typ Patriot, die unweit des Dorfes Lipty in der Region Charkiw starteten, vom Himmel geholt wurde. Hierauf weisen unter anderem die 116 Fragmente mit Beschriftungen in englischer Sprache hin, die russische Ermittler sichergestellt sowie teilweise auch schon in Videos präsentiert haben. Und das ist ein veritables Politikum, weil der Westen behauptet, die Ukraine dürfe die von der NATO gelieferten Waffen nicht auf russischem Territorium einsetzen. Wolfgang Kaufmann

VON HERMANN MÜLLER

Ob Lieferkettengesetz oder Einführung von Frauenquoten in Aufsichtsräten – die deutsche Regierung sieht sich immer öfter dem Vorwurf ausgesetzt, EU-Projekte auszubremsten. Beim Vorhaben der EU, eine Freihandelszone mit der südamerikanischen Zollunion Mercosur zu bilden, ist es jedoch nicht die Ampelregierung, die auf Blockade geschaltet hat.

Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag hatte die EU bereits zur Jahrtausendwende mit Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay aufgenommen. Diese Staaten bilden seit 1991 eine gemeinsame südamerikanische Zollunion. In der EU und den Mercosur-Staaten leben insgesamt mehr als 715 Millionen Einwohner. Kommt das Assoziierungsabkommen mit der EU zustande, entsteht eine der größten Freihandelszonen.

Bereits 2019 haben die EU und die Mercosur-Staaten eine grundsätzliche Einigung erzielt. Die Bundesregierung hält den vorliegenden Entwurf für unterschriftsreif. Ausgehandelt haben beide Seiten, dass für rund neun Zehntel aller Waren, die zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken gehandelt werden, die Zölle abgeschafft werden sollen. Strittig ist derzeit noch eine Zusatzklärung über Umweltauflagen für die Landwirte der beteiligten Länder. Erst wenn diese zustande gekommen ist, kann in allen 27 EU-Staaten die Ratifizierung des Vertrags starten.

Bauernproteste in Frankreich

Anfang Februar wurden die Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und Paris zum Mercosur-Handelsabkommen in aller Öffentlichkeit ausgetragen. Gelegenheit dazu bot der Antrittsbesuch des neuen französischen Premiers Gabriel Attal in Berlin. Auf der Pressekonferenz zum Abschluss des Antrittsbesuchs Attals sagte Bundeskanzler Olaf Scholz mit Blick auf das Freihandelsabkommen: „Dass man das Gefühl hat, die Verhandlungen sollten nach 20 Jahren fertig werden und dass man das auch wünscht, ist nicht erstaunlich.“ Frankreichs Regierungschef erklärte dagegen in der Bundeshauptstadt zum Vertrag mit den Südamerikanern: „Wir sind uns einig darin, uneinig zu sein.“

Verständlich wird die Haltung Attals vor dem Hintergrund der massiven Proteste französischer Landwirte. Bei ihren Demos spielt das geplante Abkommen der EU mit den Mercosur-Ländern eine viel größere Rolle als bislang bei den Protesten deutscher Landwirte. Vor allem französische Rinderzüchter fürchten eine Konkurrenz durch Fleischimporte aus



Auf der Pressekonferenz anlässlich des Antrittsbesuchs des neuen französischen Premiers in Berlin: Attal und Scholz und (von links)

EU-MERCOSUR-ABKOMMEN

Frankreich und Deutschland sind sich wieder uneins

Berlin sucht Märkte für seine (noch) wettbewerbsfähige, große Industrie – und Paris Schutz für seine bedeutende, kaum wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Südamerika. Nachbesserungsbedarf sieht offenbar auch Wirtschaftsminister Bruno Le Maire: Das Abkommen sei „so, wie es jetzt ist, nicht gut für unsere Bauern“. Auch Präsident Emmanuel Macron hat vor Kurzem deutlich gemacht, dass er das Handelsabkommen ablehnt.

Gegenwind aus Argentinien

Die EU-Kommission muss fürchten, dass sich die Proteste der Bauern wenige Monate vor den Europawahlen zu einem europaweiten Flächenbrand ausweiten. Über Deutschland und Frankreich hinaus protestieren mittlerweile auch Bauern in Spanien, Italien, Belgien, den Niederlanden, Griechenland, Rumänien, Ungarn und Polen gegen die Brüsseler Agrarpolitik, den „Green Deal“ und die Agrarimporte aus der Ukraine. Zusätzliche Konkurrenz durch südamerikanische Agrar-

exporte könnte die ohnehin aufgeheizte Stimmung weiter eskalieren lassen.

Die Befürchtungen der Landwirte, dass sie die Verlierer des EU-Handelsabkommens mit Südamerika sein werden, sind nicht von der Hand zu weisen. Selbst das Bundeswirtschaftsministerium räumt in einer Darstellung zum Assoziierungsabkommen beispielsweise ein, dass „die Mercosur-Staaten bei Rindfleisch, Zucker, Ethanol und Geflügel sehr wettbewerbsfähig“ sind und die EU-Landwirtschaft auch vor Herausforderungen gestellt wird. Als Pro-Argument führt das Ministerium an, dass durch das Abkommen „die EU und Deutschland auf Jahre hinaus einen privilegierten Marktzugang“ erhalten und damit auch die deutsche Agrar- und Lebensmittelindustrie weitgehend zollfrei nach Südamerika exportieren kann. Die Landwirte in der EU dürften diese

Aussichten allerdings kaum beruhigen. Sie werden bei Produkten wie Rindfleisch, Geflügel oder Zucker die Wettbewerbsstärke der Südamerikaner zu spüren bekommen. Von den Chancen, nämlich den Exportmöglichkeiten nach Südamerika, etwa bei Pestiziden oder verarbeiteten Lebensmitteln, dürfte vor allem die europäische Industrie profitieren.

Gegenwind bekommt das Handelsabkommen mittlerweile auch aus Südamerika. Argentinien neuer Präsident Javier Milei hatte bereits im Wahlkampf erklärt, das Mercosur-Bündnis, sei „eine mangelhafte Zollunion, die den aufrechten Bürgern in Argentinien schadet“. Milei signalisierte sogar, dass Argentinien den gemeinsamen südamerikanischen Mercosur-Markt verlassen könne, wenn es nicht gelänge, einen „größeren, besseren Mercosur“ zu schaffen.

DEUTSCHLAND

Die Auftragsbücher werden leerer

Die OECD hat das prognostizierte Wirtschaftswachstum auf 0,3 Prozent halbiert

Zum Jahresende gab es doch noch einmal überraschend erfreuliche Zahlen. Großbestellungen unter anderem bei Flugzeugen sorgten für den größten Auftragszuwachs in den vergangenen Jahren. Doch eine große Trendwende ist das nicht. Nach einer offiziellen Erhebung des Statistischen Bundesamtes legte das Neugeschäft um knapp neun Prozent im Vergleich zum Vormonat zu. „Insbesondere wurden außergewöhnlich viele Flugzeuge bestellt“, hieß es vom Statistischen Bundesamt. Im Bereich des sonstigen Fahrzeugbaus – dazu zählen neben den Flugzeugen auch Schiffe und Züge – waren die Auftragseingänge im Dezember mit einem Zuwachs von knapp 111 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Vormonat. Ohne diese Effekte wären die Bestellungen um 2,2 Prozent gefallen.

Dafür, dass gerade zum Jahresende so viele Flugzeuge geordert wurden, gibt es eine Reihe von Gründen. Maßgeblich ist die Schwäche des US-amerikanischen Herstellers Boeing, was zu einer Stärkung des Konkurrenten Airbus geführt hat. Der kommt nach eigenen Angaben derzeit kaum mit der Produktion hinterher. Der sonstige Anstieg in dem Bereich könnte auch auf ein verstärktes Rüstungsgeschäft zurückzuführen sein, glauben Experten.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sieht daher keinen Anlass zur Euphorie. „Der Anstieg im Dezember ist leider noch keine Trendwende“, sagte DIHK-Konjunkturexperte Jupp Zenzen: „Die Industrie spürt in ihren Auftragsbüchern sowohl die schwache Konjunktur im Inland als auch ein nach wie vor schwieriges weltwirtschaftliches Umfeld.“ Hinzu

kämen strukturelle Sorgen wie hohe Energiekosten und Bürokratielasten. „Das sind keine guten Aussichten für das laufende Jahr“, lautet Zenzens bitteres Fazit.

Zuletzt hatten auch die deutschen Maschinenbauer ihre Umsatzprognose für das Jahr 2024 gesenkt. Ebenso kamen aus der Automobilbranche schlechte Signale.

Das Münchner Ifo-Institut sieht im Auftragsmangel in diesen wichtigen Bereichen der Industrie eine massive Belastung für die deutsche Konjunktur. Im Januar hätten 37 Prozent der Industriefirmen von fehlenden Aufträgen berichtet, teilte das Institut in seiner monatlichen Erhebung mit. Ein Jahr zuvor habe der Anteil der betroffenen Unternehmen lediglich bei rund 20 Prozent gelegen. Zuletzt sei auch bei den Dienstleistern der Anteil der Firmen gestiegen, die über aus-

bleibende Aufträge klagten. „Das sind deutliche Alarmsignale. Der Auftragsmangel hat sich im vergangenen Jahr verschärft. Kaum eine Branche bleibt davon verschont“, erklärte das Institut.

Diese Einschätzung deckt sich mit jüngsten Erkenntnissen der OECD. Die in Paris ansässige Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung halbierte ihre Prognose für den Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in der vergangenen Woche auf 0,3 Prozent. Den anderen großen Euroländern Frankreich, Italien und Spanien wird unterdessen ein besseres Abschneiden prognostiziert. Als einen Grund nannte die OECD, dass die energieintensive Industrie ein größeres Gewicht in der deutschen Wirtschaft habe als in anderen Ländern der Eurozone.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Überweisungen von Migranten

Washington – Aus einer Statistik der Weltbank geht hervor, dass in der Bundesrepublik lebende Immigranten im Jahr 2021 um die 34,4 Milliarden Euro in ihre Herkunftsstaaten überwiesen haben, während Deutsche im Ausland 17,8 Milliarden Euro in die Heimat transferierten. Nach Angaben der Weltbank floss deutsches Geld in 168 Zielländer, wobei Polen, Tschechien und Frankreich mit 2,95, 2,42 und 1,93 Milliarden Euro an der Spitze rangierten. Danach folgten Italien, Kroatien und Rumänien mit Überweisungen in Höhe von 1,92 bis 1,67 Milliarden Euro. Die übrigen Top-Länder für Transfers waren Serbien, Österreich, Russland, Spanien, Nigeria, Ungarn, Indien, die Ukraine, der Kosovo, Belgien, China, Thailand, Vietnam, der Libanon, Luxemburg, Pakistan, Marokko, Israel und die Schweiz. In die Eidgenossenschaft gingen aber lediglich 378 Millionen.

W.K.

Parlament für Deregulierung

Brüssel – Das EU-Parlament hat dem Vorschlag der EU-Kommission zur Deregulierung der Neuen Gentechniken zugestimmt. Gemeint ist das von den Chemienobelpreisträgerinnen des Jahres 2020 Emmanuelle Charpentier und Jennifer Doudna entwickelte Verfahren, mit der „Genschere“ CRISPR/Cas Erbinformation von Mikroorganismen, Pflanzen und Tieren an einer bestimmten Stelle zu schneiden und Gene einzufügen, auszuschalten oder zu regulieren. Die Hersteller behaupten, die neuen Gentechnik-Pflanzen seien so unbedenklich wie konventionelle Züchtungen. Deren Vorteil sei, dass sie auf „Klimaanpassung“ (Trockenheitsresistenz) oder Pestizidreduktion gezüchtet werden. Umweltverbände dagegen warnen vor unabschätzbaren Folgen, da genetisch veränderte Organismen nicht rückholbar seien.

D.J.

China kündigt Russenkonten

Yiwu – Die chinesische Zhejiang Chouzhou Commercial Bank hat angekündigt, Transaktionen mit russischen und weißrussischen Kunden auszusetzen. Die Konten bleiben von allen Zahlungssystemen, sei es SWIFT, das russische Transaktionssystem für Banken SPFS oder das chinesische CIPS-Bankensystem, ausgeschlossen. Einige Dutzend Geschäfte kamen bereits nicht zustande. Da diese Entscheidung in die Zeit des chinesischen Neujahrsfalls fällt, das bis zum 17. Februar dauert, könnten Exporte aus China nach Russland bis März ins Stocken geraten. Die Bank begründete diesen Schritt damit, dass die Transaktionen „nicht den internen Regeln der Empfänger-Banken“ entsprächen. Gemeint ist damit, dass chinesische und türkische Banken offenbar Sanktionen des Westens befürchten, da US-Präsident Joe Biden Ende Dezember die vereinfachte Bestrafung für Banken, die gegen die Russland-Sanktionen verstoßen, eingeführt hatte. Zuvor hatten türkische Banken damit begonnen, die Konten russischer Kunden einzufrieren.

MRK

Rückkehr der alten Dessauer

Nach über zehn Jahren sanierungsbedingter Schließung ist die Anhaltische Gemäldegalerie in Dessau-Roßlau wiedereröffnet

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die Meisterwerke der in Dessau beheimateten Anhaltischen Gemäldegalerie waren lange nicht zu sehen. Ihr Domizil, das Schloss Georgium, war zwecks Generalsanierung ab 2012 geschlossen. Nun aber ist alles neu hergerichtet. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff schwärmte: „So schön hat es hier noch nie ausgesehen.“

Das Sanierungsprojekt war nach den Worten von Dessau-Roßlaus parteilosem Oberbürgermeister Robert Reck eine „knifflige Aufgabe“: Denkmalschutz musste mit den Ansprüchen hochempfindlicher Kunstwerke in Einklang gebracht werden. Für die Bauarbeiten und die Einrichtung der neuen Dauerschau gaben Stadt, Land und Bund etwas mehr als 15,5 Millionen Euro aus. Ende 2020 begann der Wiedereinzug.

Doch die „Einklimatisierung“ der Räume wollte nicht so recht gelingen. Temperatur und Luftfeuchtigkeit schwankten. Inzwischen aber herrscht ein stabiles Raumklima, sodass Galeriedirektor Ruben Rebmann sich freut, den „Reichtum zu präsentieren, der lange nicht zu sehen war“. Aus dem 1800 Gemälde umfassenden Fundus stellt er 250 Werke zur Schau. Die ältesten stammen aus dem späten 15. Jahrhundert, die jüngsten aus der Mitte des 20. Jahrhunderts. Wegen der Alten Meister gehört die Kollektion zu den besten Mitteleuropas.

Tochter des „Alten Dessauers“

Im Erdgeschoss wird den Besuchern mittels Wandtexten und Medientischen die Geschichte des Hauses und der Sammlung erzählt. Den Kernbau ließ sich Johann Georg von Anhalt-Dessau nach dem Entwurf des bedeutenden Architekten Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff 1780 bis 1784 als Sommersitz errichten. Der wurde 1893 um zwei Seitenflügel erweitert. Das Georgium und sein Land-



Prunkstück der Sammlung: Der „Dessauer Fürstenaltar“ von Lucas Cranach d. Ä. (um 1510)

Foto: Thiede

schaftsgarten sind Teil des Gartenreichs Dessau-Wörlitz, das zum UNESCO-Welterbe gehört.

Der Freistaat Anhalt gründete 1927 die Anhaltische Gemäldegalerie. Die ist seit 1959 im Schloss Georgium untergebracht. Der Grundstock der Sammlung geht auf Prinzessin Henriette Amalie von Anhalt-Dessau zurück. Sie war das jüngste der zehn Kinder Fürst Leopolds I. Der als der „Alte Dessauer“ berühmte Haudegen gehörte der preußischen Armee an. Die 1793 gestorbene Henriette Amalie verfügte, dass ihre Gemäldesammlung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Die Amalienstiftung überließ die Bilder 1927 der gerade gegründeten Anhaltischen Gemäldegalerie. Weitere bedeutende Zugänge kamen aus der von Fürst Franz im Gotischen Haus von Wörlitz untergebrachten Bildersammlung. Der Begründer des

Gartenreichs Dessau-Wörlitz war der ältere Bruder von Johann Georg.

Im ersten Obergeschoss erwarten den Besucher die Alten Meister. Eines der frühesten Werke ist das vom Nürnberger Meister geschaffene „Doppelbildnis des Berthold Tucher und der Christina Schmidtmayer“ (1484). Das frisch vermählte Paar schaut ernst drein. Ehefrauen lebten damals gefährlich. Nach der Geburt des 22. Sprösslings starb Christina im Kindbett.

Nach der Arche muss man suchen

Lucas Cranach der Ältere ist mit einem seiner bedeutendsten Werke vertreten: dem „Marienretabel“ (1509/10) mit der uns scheinbar anlächelnden Muttergottes im Bildzentrum. Auf den Seitenflügeln treten die von ihren Schutzpatronen begleiteten Stifter in Erscheinung. Links der

sächsische Kurfürst Friedrich der Weise, rechts sein Bruder Johann der Beständige.

Die Sammlung der alten Holländer und Flamen zeichnet sich durch zahlreiche kurzweilige Wimmelbilder aus. Der Holländer Hendrick Avercamp zeigt uns aus der Vogelperspektive eine „Winterlandschaft mit Eisläufern“ (1610). Es handelt sich um ein eisig graues Bild mit zahlreichen Farbtupfern, die sich als Alt und Jung auf Schlittschuhen entpuppen. Der Flame Jan Brueghel der Ältere präsentiert uns den „Einzug in die Arche Noah“ (nach 1613). Am Ufer und im Geäst, auf dem Wasser und am Himmel sind in großer Zahl einheimische und exotische Tiere versammelt. Nach der Arche aber muss man suchen – und entdeckt sie schließlich schemenhaft ganz weit im Hintergrund.

Das niedrige, früher als Depot dienende zweite Obergeschoss wird nun eben-

falls für die Dauerausstellung genutzt. In einigen der Räume wird die Präsentation wechseln, um immer neue Einblicke in die Sammlung zu geben. Momentan stehen Gemälde aus der Kollektion Henriette Amalies im Blickpunkt.

Die von Direktor Rebmann vorgenommene symmetrische Hängung entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Harmonie schreiender Gegensätze: Neben den friedlichen Blumenstillleben (um 1620) Jacob Flegels hängen blutrünstige Stücke Christian Wilhelm Ernst Dietrichs wie „Die Blendung des Polyphem durch Odysseus“ (1760/70).

Schwerpunkt im zweiten Obergeschoss ist die Kunst der Goethezeit. Deren Wiederentdeckung der Gotik spiegelt sich zum Beispiel in Joseph Wintergersts Gemälde „Der Kirchenbau im Mittelalter“ (nach 1838) wider. Johann Wolfgang von Goethe war der erste, der Caroline Bardua zu einem Porträt saß. Ihr Gemälde von 1806 zeigt ihn im roten, antikisierenden Gewand. Der Dessauer Johann Heinrich Beck präsentiert den streng dreinschauenden „Moses mit den Gesetzestafeln“ (2. Viertel 19. Jh.).

Beck erhielt seine Ausbildung in Dresden, wo er mit Caspar David Friedrich Bekanntschaft schloss. Die ebenfalls in Dresden ausgebildete Bardua stand mit Friedrich sogar jahrzehntelang in freundschaftlichem Kontakt. Ein Jahr vor seinem Tod schuf sie das „Bildnis des Malers Caspar David Friedrich“ (1839), der Pinsel und Palette wegen eines Schlaganfalls gegen den Krückstock eintauschen musste. Das anrührende Gemälde wird zu den Attraktionen gehören, die ab August in der zu Friedrichs 250. Geburtstag gewidmeten Sonderausstellung im Dresdener Albertinum präsentiert wird.

● Anhaltische Gemäldegalerie im Schloss Georgium, Puschkinallee 100, Dessau-Roßlau, geöffnet täglich außer Dienstag von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 8,50 Euro. Internet: gemaeldegalerie.dessau-rosslau.de

BERLIN MODERN

Im Schatten der Scheune

Grundsteinlegung auf dem Berliner Kulturforum für ein neues Museum des 20. Jahrhunderts

Auf dem Berliner Kulturforum unweit des Potsdamer Platzes klappt derzeit eine riesige Baulücke. Zwischen der Neuen Nationalgalerie und dem Scharoun-Ensemble mit der Berliner Philharmonie hat man eine 16 Meter tiefe Baugrube ausgehoben, in der man am 9. Februar im Beisein von Kulturstatsministerin Claudia Roth und dem Regierenden Bürgermeister Berlins Kai Wegner den Grundstein für das neue Museum der Moderne gelegt hat.

„Berlin modern“ soll, wie jetzt bekannt wurde, dieses Gebäude heißen, dass die Berliner schon vor sieben Jahren, als der Siegerentwurf vorgestellt wurde, spöttisch als „Scheune“ bezeichnet hatten. Als solche wird das neue Haus auf 16.000 Quadratmetern den von Mies van der Rohe entworfenen zierlichen Glasbau der Neuen Nationalgalerie von der Größe und von der Höhe her in den Schatten stellen. Beide Gebäude will man unterirdisch mit einem Tunnel verbinden.

Der Neubau und die benachbarte Neue Nationalgalerie zeigen künftig die Kunstbestände der Sammlung der Natio-

nalgalerie aus dem 20. Jahrhundert – rund 5000 Werke. Seit Jahrzehnten konnte die Neue Nationalgalerie ihre umfangreichen Bestände nur in Ausschnitten präsentieren. In der aktuellen Präsentation sind nur etwa drei Prozent der Sammlung zu

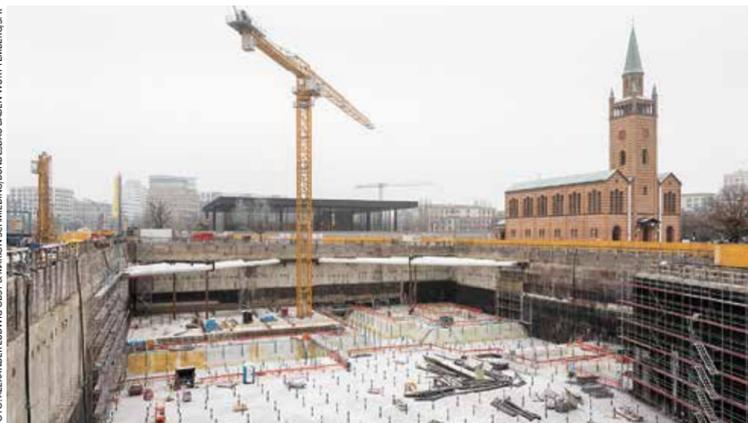
sehen. So sind zwar namhafte Künstler des 20. Jahrhunderts mit wichtigen Werken in der Sammlung der Nationalgalerie vertreten, doch aus Platzgründen war bisher immer nur ein kleiner Teil des Bestandes zu sehen gewesen. So ist die gesamte

Kunst der Klassischen Moderne derzeit im Depot. Auch viele Werke der Kunst nach 1945 sind seit Jahren eingelagert.

Die Planungen wurden seit Amtsantritt des Direktors der Neuen Nationalgalerie, Klaus Biesenbach, weiterentwickelt. Der erste Spatenstich für das neue Museum fand im Dezember 2019 statt. Zwei Jahre später starteten die Bauarbeiten zur Herstellung der Baugrube. Die bauliche Fertigstellung ist für 2027 vorgesehen. Die Kosten für die Baumaßnahme liegen derzeit bei 364 Millionen Euro zuzüglich Risikokosten und Baupreisentwicklung.

Sowohl der Eröffnungstermin als auch die Baukostenentwicklung könnten allzu optimistische Prognosen sein, bedenkt man, wer für die Gestaltung des Hauses zuständig ist: Das Schweizer Architekturbüro Herzog & de Meuron hatte einst die Hamburger Elbphilharmonie entworfen, deren Fertigstellung sich mehrfach um Jahre hinauszögerte und deren Baukosten sich am Ende um das Elfache der ursprünglich geplanten Summe erhöhen sollten.

Harald Tews



Baugrube in bester Lage: Vor der Neuen Nationalgalerie und der St.-Matthäus-Kirche entsteht auf dem Kulturforum derzeit das neue Museum „Berlin modern“

BERLINALE

Politiker ausgeladen

Bei dem seit Donnerstag laufenden Filmfestival Berlinale werden Vertreter aller Bundestagsparteien bei Filmpremierer und Empfängen anwesend sein – außer AfD-Politiker. Auf öffentlichen Druck hin wurden diese ausgeladen, nachdem sie zuvor eine Einladung über eine Kontingenzzahl der Kulturstatsministerin Claudia Roth für demokratisch gewählte Mitglieder aller Parteien im Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus erhalten hatten. Die Berlinale, die ab 2025 mit der US-Amerikanerin Tricia Tuttle eine neue Leitung erhält, begründet das mit politischen Positionen, die „für uns und unsere Mitarbeiter*innen schlichtweg inakzeptabel“ seien. Der ausgeladene AfD-Bundestagsabgeordnete Martin E. Renner kritisierte das in einem offenen Brief als Angriff auf die von der Berlinale propagierte Vielfalt und Meinungsfreiheit: „Auch diesen existentiellen Grundpfeiler unserer Demokratie treten Sie beherzt und ideologisch beseelt mit Füßen.“ tws

BOGISLAV FRIEDRICH EMANUEL VON TAUENTZIEN

Mehr Diplomat als Feldherr

Vor 200 Jahren starb der preußische Graf und General der Infanterie

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Nach dem Desaster von Jena und Auerstedt gegen Napoleons Truppen und dem schmachvollen Kollaps Preußens 1806 sah sich König Friedrich Wilhelm III. genötigt, von seinen 142 Generälen nur noch 22 in Diensten zu behalten. 86 seiner Generäle entließ der König in Ehren, 17 in Schande. Unter den beibehaltenen 22 verdienstvollen Heerführern, denen der König seine verbliebenen Truppen und den Wiederaufbau des Heeres anvertraute, befand sich Bogislav Friedrich Emanuel Graf von Tauentzien.

Der am 15. September 1760 in Potsdam geborene Sohn eines Generals strebte wie der Vater zum Militär. Er trat 1776 im Alter von 16 Jahren in die Armee ein. Der junge Fähnrich stand als Adjutant Prinz Heinrich von Preußen, einem Bruder Friedrichs des Großen, zur Seite, wie zuvor auch schon sein Vater unter dem Prinzen gedient hatte.

Unter Friedrich Wilhelm II. wirkte der 1791 in den Grafenstand erhobene Tauentzien im Majorsrang als Verbindungsoffizier bei den habsburgischen Streitkräften in den Niederlanden. Dafür zeichnete ihn der König 1792 mit dem Orden „Pour le Mérite“ aus und beförderte ihn noch im Dezember des Jahres zum Oberstleutnant.

Der König förderte Tauentziens diplomatische Begabung und entsandte ihn ab 1794 für drei Jahre als außerordentlichen Gesandten nach St. Petersburg. Dort erlebte der Offizier vor allem die Aufstände in Polen und die sogenannte dritte Teilung des Landes mit.

Schlacht bei Jena

Als Tauentzien 1801 zum Generalmajor befördert wurde, hatte er in den rund 25 Jahren Dienst in der Armee kaum mit dem Truppendienst zu tun gehabt, war er doch vor allem als Diplomat und zu Respektsbezeugungen gegenüber anderen Fürsten entsandt worden. 1804 kehrte er aber zur Truppe zurück und übernahm das Infanterieregiment Nr. 56 in



Tauentzien im Jahre 1813; Graphik von Hermann Scherenberg (1826–1897)

Ansbach. Mit der Mobilmachung im Jahr darauf stieß Tauentzien mit seinem Regiment zu Gebhard Leberecht von Blüchers Armeekorps in Bayreuth

Zu Beginn der Schlacht bei Jena vom 14. Oktober 1806 war es Tauentzien, der mit seiner Vorhut von 8000 Mann zwischen Kapellendorf und Dornburg lag und im Norden Jenas als erstes die Wucht des französischen Ansturms abkam. Bis zum Dornberg wurde er zurückge-

drängt. Preußens Befehlshaber Fürst Friedrich Ludwig zu Hohenlohe-Ingelfingen hatte zunächst vermutet, dass hier nur kleinere Gefechte stattfinden, nicht aber, dass es die französischen Hauptstreitkräfte waren, die der Vorhut Tauentziens entgegentraten, diese zunächst bei Closewitz schlugen und dann am Dornberg erneut zum Gefecht zwangen. Tauentzien blieb nur noch, sich mit den Resten seiner Einheiten am linken Flügel des

zu spät anrückenden Korps Rüchel einzureihen. General Ernst von Rüchel ließ gestaffelt neu aufmarschieren, wurde aber 500 Meter vor dem Feind von französischen Kartätschen derart zusammengeschnitten, dass der Überlebenswille die Preußen zur heillosen Flucht antrieb.

Tauentzien und August Neidhardt von Gneisenau konnten zwar noch Flüchtende sammeln und geordnet retten, doch die Schlacht war verloren. Tauentzien selbst geriet vorübergehend in Gefangenschaft, wurde aber im Mai 1807 – inzwischen immer noch in Nancy in Gefangenschaft stehend – zum Generalleutnant befördert – und erst im November 1808 auf freien Fuß gesetzt.

Nach dem Zusammenbruch Preußens betrieb der die Brandenburgische Brigade befehligende Tauentzien die Reorganisation der Armee. Verwirrung trat allerdings ein, als der bereits berühmte Major Ferdinand von Schill 1808 aus Berlin gegen die Franzosen bei Magdeburg ritt und den König in eine schwierige Lage brachte. Tauentzien war Schills Vorgesetzter – wusste aber nichts von Schills Vorhaben. Der General fiel vorübergehend beim König in Ungnade, bis sich die Eigenmächtigkeit Schills herausgestellt hatte. 1811 übertrug der König ihm das Gouvernement Pommern.

Mit der preußischen Kriegserklärung an Frankreich vom 18. März 1813 befehligte Tauentzien, der bei Blücher, Gneisenau und Hermann von Boyen wegen seiner langjährigen Hofdienste als Militär nicht allzu hoch im Kurs stand, mit Friedrich Wilhelm von Bülow sogar fast ein Pistolenduell hatte, zunächst die Belagerung Stettins. Ab August des Jahres übernahm er das IV. Armeekorps, das sich vor allem aus einfacher Landwehr zusammensetzte. Bei den Schlachten von Großbeeren am 23. August und bei Dennewitz am 6. September zeichnete sich Tauentzien durch persönlichen Einsatz aus. Bei Dennewitz gerieten seine Stellungen in arge Bedrängnis. Er musste standhalten, um dem kommandierenden Befehlshaber Bülow das Hinzustoßen und den Sieg zu ermöglichen. „Wenn ein commandirender

General einem anderen ein Versprechen gibt, so darf man nicht daran zweifeln und ich werde eher mit meinem ganzen Corps auf dem Platze liegen bleiben, ehe ich einen einzigen Schritt weiche“, so Tauentziens klare Ansage gegenüber den zum Rückzug drängenden Offizieren. Wenige Tage darauf schlug ihn Preußens König zum Ritter des Schwarzen Adlerordens.

Belagerung von Wittenberg

Auch Tauentziens aus seiner zweiten Ehe stammender Sohn Bogislav nahm an den Befreiungskriegen teil. Der junge Rittmeister kämpfte unter anderem bei Großgörschen und Leipzig. Er sollte später auch rangmäßig in die Fußstapfen seines Vaters und dessen Vaters treten und es bis 1837 bis zum Generalmajor bringen.

Ende 1813 belagerte Generalleutnant Tauentzien noch erfolgreich die Festung Torgau und zwang die Franzosen zur Aufgabe, wobei zu Jahresbeginn 1814 rund 4200 Franzosen in Gefangenschaft gingen. Da die Franzosen am 12. Januar 1814 die Stadt Wittenberg nicht aufgeben wollten, befahl Tauentzien ab 1 Uhr nachts den Beschuss und die anschließende Erstürmung der Stadt. Er war zwar nicht anwesend, erhielt dafür aber das Großkreuz des Eisernen Kreuzes und den Ehrentitel „von Wittenberg“.

Nach der endgültigen Niederlage Napoleons bei Belle-Alliance (Waterloo) kehrte der General der Infanterie zunächst nach Pommern zurück, wurde aber 1820 erneut für diplomatische Dienste herangezogen, als in London zum Tode König Georgs III. zu kondolieren war. Tauentzien war in letzter Funktion Kommandant von Berlin.

Gesellschaftlich war er, wie viele andere hohe Militärs auch, Freimaurer und wirkte als Meister vom Hohen Stuhl in der Berliner Loge Royal York, wobei er auch der Magdeburger Loge „Ferdinand zur Glückseligkeit“ angehörte. Bogislav Graf von Tauentzien zu Wittenberg starb vor 200 Jahren, am 20. Februar 1824, und wurde auf dem Invalidenfriedhof bestattet. Kaiser Wilhelm II. benannte 1889 das 20. Infanterieregiment nach ihm.

JOSEF STINGL

Die „Bundesunke“ der sozialliberalen Ära

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit von 1968 bis 1984 war auch Vertriebenenpolitiker

Zumindest die Älteren unter uns mit Erinnerungen an die Zeit vor der Kohl-Ära werden sich noch an den christlichen Sozialpolitiker Josef Stingl erinnern, der während der Zeit der sozialliberalen Koalition und darüber hinaus an der Spitze der Bundesanstalt für Arbeit stand. Weniger bekannt dürfte sein, dass sich der Unionspolitiker nicht nur in der Sozialpolitik, sondern auch in der Vertriebenenarbeit engagierte.

Der Egerländer wurde am 19. März 1919 in Maria Kulm geboren. Der Sohn eines Bäckermeisters und dessen Ehefrau besuchte das Gymnasium. Anders als bei heutigen Politikern schloss sich jedoch nicht nahtlos ein Studium an. Kaum dass er Abitur gemacht hatte, begann der Zweite Weltkrieg. Als Fahnenjunker eingezogen, brachte er es als Kampfpilot auf über zweihundert Feindflüge und bis zum Oberleutnant. Am Ende des Krieges stand für ihn britische Kriegsgefangenschaft. Ein anschließendes Anknüpfen an die Vorkriegszeit war ihm als Sudetendeutschen verwehrt.

Nolens volens kam es zu einem Neuanfang im östlichsten nicht sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands, in West-Berlin. Dort arbeitete sich der Familienvater vom Bauarbeiter zum Angestellten einer Wohnungsbaugesellschaft hoch. Neben dem Beruf studierte er von 1949 bis 1951 an der Deutschen Hochschule für Politik. Nach dem Studium der Politikwissenschaften wechselte er 1952 an die Industrie- und Handelskammer zu Berlin. Dort arbeitete er im Referat für Sozialpolitik.

Sozialpolitik war der berufliche und politische Lebensschwerpunkt des Handwerkersohns. Dieser Interessenschwerpunkt in Kombination mit seiner Konfession hatte den bekennenden Katholiken sich schon vor dem Weltkrieg in der katholischen Sozialbewegung engagieren lassen und führte ihn nach dem Krieg zum Arbeitnehmerflügel der CDU. Dort machte er politische Karriere. Ab 1953 saß er im Bundestag und ab 1964 auch im Bundesvorstand der CDU.

1965 erlitt Stingl jedoch eine politische Niederlage. Nach der Bundestagswahl je-

nes Jahres wurde bei der Bildung des zweiten Erhard-Kabinetts nicht er, sondern der gleichaltrige Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA), Hans Katzer, mit der Leitung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung betraut. Drei Jahre später verabschiedete sich Stingl aus dem Bundestag und von der aktiven Politik im engeren Sinne. Die Pensionierung seines 17 Jahre älteren Parteifreundes an der Spitze der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Anton Sabel, hatte ihm ein Fenster geöffnet.

Als Sabels Nachfolger wechselte Stingl 1968 von der IHK Berlin zu der späteren Bundesanstalt und der heutigen Bundesagentur für Arbeit. Ein Jahr später begann in der Bundesrepublik die sozialliberale Ära. In der wusste Stingl der Öffentlichkeit in der Regel nur von steigenden Arbeitslosenzahlen zu berichten. Das brachte ihm als den Berichterstatte der schlechten Nachrichten und Prognosen den Spitznamen „Bundesunke“ ein.



Vor 20 Jahren gestorben: Josef Stingl

1982 kam es zwar zur „Wende“ von der sozialliberalen zur christlich-liberalen Koalition. Aber von der damit einhergehenden Entlastung des Arbeitsmarktes konnte Stingl kaum noch berichten, denn 1984 wurde er 65 Jahre alt und pensioniert.

Im selben Jahr wurde er mit dem Europäischen Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem Großkreuz des päpstlichen Gregoriusordens ausgezeichnet. Diese beiden Auszeichnungen verweisen auf Stingls Engagement über das Soziale und die Sozialpolitik hinaus in seiner Kirche, aber auch für die Rechte seiner wie er aus der Heimat vertriebenen Landsleute. 1964 bis 1968 leitete Stingl als Nachfolger von Theodor Oberländer den CDU-Landesverband für die Gebiete östlich von Oder und Neißة und von 1970 bis 1991 die Ackermann-Gemeinde. Anschließend wurde er Ehrenvorsitzender dieses in München sitzenden Diözesanverbandes der katholischen Heimatvertriebenen aus dem Sudetenland.

Josef Stingl, der auch dem Sudetendeutschen Rat und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken angehörte, starb an seinem 85. Geburtstag in Leutesdorf, Kreis Neuwied, wohin es ihn durch die 1988 geschlossene Ehe mit der Leiterin des Arbeitsamts der Kreisstadt, Elvira Lougear, verschlagen hatte. *Manuel Ruoff*

VON CLAUDIA HANSEN

Admiral Horatio Nelson, der Sieger der Seeschlacht von Trafalgar im Jahr 1805, steht als steinerne Figur auf der Spitze seiner Säule. Knapp 52 Meter hoch ragt er über den Trafalgar-Platz im Londoner Zentrum. Generationen von Briten haben Lord Nelson verehrt, der in den napoleonischen Kriegen entscheidende Siege errang und die britische Seemacht festigte. Doch mehr als 200 Jahre später ist er keineswegs mehr unumstritten. Schon vor Jahren forderte die linke schwarze Autorin Afua Hirsch im „Guardian“: „Statuen stürzen? Als nächstes sollte Nelsons Säule dran sein.“ Denn Lord Nelson, der in der Seeschlacht von Trafalgar fiel, habe zuvor als Politiker gegen das Gesetz zur Abschaffung des Sklavenhandels im britischen Empire gestimmt, das der Abgeordnete William Wilberforce und andere Politiker schließlich 1807 durchs Parlament brachten.

Zwar ist der Traum der Tochter eines britischen Vaters und einer ghanaischen Mutter sowie Enkelin eines Juden, der 1938 als Jugendlicher aus Deutschland emigriert ist, und eines Akan und politischen Emigranten aus der Republik Ghana bislang nicht in Erfüllung gegangen, aber es häufen sich die Zeichen, dass das britische Geschichtsbild sich wandelt. Zum Beispiel im National Maritime Museum in Greenwich im Südosten Londons, das unter anderem William Turners berühmtes Gemälde „The Battle of Trafalgar“ besitzt und als das größte Museum für Seefahrtsgeschichte der Welt gilt. Dort ist man zwar nicht so weit, Nelson vom Podest zu stoßen. Das populäre Museum mit Ausstellungen über Seefahrt und Handel hat aber vor Kurzem neben der Büste Nelsons eine Büste einer afrikanisch aussehenden „See-Gottheit“ aufgestellt, ein „gottähnlicher Beschützer aller Migranten, die gefährliche Fahrten übers Meer machen“, schreibt das Museum. „Rutscht mal zur Seite, Admirale, Kapitäne und Politiker! Einige unbekannte Helden kommen jetzt“, heißt es.

„Rutscht mal zur Seite!“

Die geschlechtlich „nicht-binäre“ Bronzefigur der See-Gottheit ist das Werk einer woken Künstlerin, bezahlt hat ein Londoner Flüchtlingsverein. Künstlerin Eve Shepherd sagt, im National Maritime Museum finde man wie in allen Museen des Landes „eine Überfülle an Büsten und Porträtgemälden von weißen Oberschicht-Männern“. Das müsse sich ändern. Das Museum in Greenwich präsentiert aktuell im Innenhof zum „Asian History Month“ großformatige Fotos asiatischer, vor allem indischer Immigranten. Auf einer der Aufnahmen räkelte sich ein fülliges, leichtbekleidetes dunkelhäutiges Modell, das als „tamilsche Queer-Person“ vorgestellt wird, die ihren „Körper als Konzept/Idee/Kunst“ einsetze. So sieht das Kontrastprogramm zu den alten weißen Männern aus.

Nicht alle sind begeistert über die woke Wende der Museumspädagogik, die unter dem Mantel der „Dekolonisierung“ daherkommt. Der emeritierte Cambridge-Geschichtswissenschaftler David Abulafia empföhrte sich in der Zeitschrift „The Spectator“ über die „Verrücktheit“ von immer mehr Museen, die sich darauf verlegen, über die vermeintlichen oder tatsächlichen Übel des europäischen Kolonialismus zu predigen, dabei aber oft eine verzerrte Sicht auf die Vergangenheit präsentieren, weil sie die Vergangenheit nach den heutigen Wertmaßstäben beurteilen wollen. Man müsse die Geschichte mit den Augen der damaligen Menschen betrachten, um sie zu verstehen, auch wenn das unbequem sei.

Immerhin erlaubt das National Maritime Museum noch gewisse Nuancen. In der Abteilung über den Transatlantik-Handel wird zwar immer mehr der europäische Sklavenhandel thematisiert und man liest Entschuldungen, dass die Abtei-



Seit Kurzem als Büsten auf Augenhöhe im National Maritime Museum: Lord Nelson (r.) und eine „nicht-binäre“ „See-Gottheit“ (l.)

„DEKOLONISIERUNG“

Lord Nelson wird peinlich

Britische Linksintellektuelle und Museen sind wie besessen auf die historische Schuld von Kolonialismus und Imperialismus fixiert

Beteiligte am Kulturkampf



David Abulafia ist Vorsitzender der Organisation Historians for Britain, die eine Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union ablehnt.



Afua Hirsch arbeitete zunächst als Westafrika-Korrespondentin für den „Guardian“ und wurde dann Redakteurin beim Nachrichtenkanal „Sky News“.



Pascal Bruckner ist ein Vertreter der Nouvelle Philosophie. Der 1949 in Paris geborene Romanancier und Essayist verteidigt Frankreichs Laizismus gegen den Islam.

lung noch nicht komplett umgebaut sei. Aber immerhin zeigt sie auch, wenn auch am Rande, dass es Sklaverei in Afrika schon lange vor der Ankunft der Europäer gab. So gibt es vereinzelt Bilder beispielsweise eines reichen schwarzen Manns im Kongo, der von seinen Sklaven in einer Art Sänfte getragen wird.

Doch die eurozentrische Schulddebatte wird immer lauter. Das Vereinigte Königreich hat in den vergangenen Jahren unter dem Druck linker Historiker und Aktivisten verstärkt eine Vergangenheitsbewältigung rund um Kolonialismus, Empire und Sklaverei begonnen, die zwar noch nicht die Dimensionen des deutschen NS-Schuldkomplexes erreicht, aber doch an die Wurzeln der Institutionen geht. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass neue Anstrengungen zur „Dekolonisierung“ verkündet werden. Museen, Universitäten, Behörden und Medien sind alle beteiligt.

Aktuell thematisiert die Royal Academy in der Ausstellung „Entangled Pasts“ (Verwickelte Vergangenheiten), welche ihrer historischen Mitglieder Verbindungen zur Sklaverei gehabt hätten. Der nach England gezogene amerikanische Maler John Copley aus dem späten 18. Jahrhundert habe drei versklavte Die-

ner besessen. Und Joshua Reynolds, erster Präsident der Akademie, habe „von der Arbeit eines Dieners afrikanischer Herkunft profitiert“ und außerdem Patronage von Plantagenbesitzern genossen. Allerdings war Reynolds auch eng mit Abolitionisten verbunden. Die aktuelle Präsidentin der exklusiven Künstler-Akademie, Rebecca Salter, beklagt, dass die Royal Academy „historisch und strukturell eine weiße, eurozentrische Institution“ gewesen sei, der dringend benötigte dekoloniale Wandel habe erst vor Kurzem begonnen. Im Katalog zur Ausstellung heißt es, man lebe noch immer „im Schatten des Kolonialismus“.

Appetit auf Reparationen aus Europa

Das „Schluchzen des weißen Mannes“, wie der französische Philosoph Pascal Bruckner einst spottete, ist inzwischen laut und deutlich zu hören. Den Bußritualen folgen aber meist handfeste finanzielle Ansprüche. Vor einem Jahr hat die Church of England einen Entschädigungsfonds von 100 Millionen Pfund für schwarze Gemeinschaften angekündigt, weil die Kirche vor mehr als dreihundert Jahren zur Zeit von Königin Anne eine Stiftung, die sogenannte Queen Anne's Bounty, für arme Kleriker einrichtete, die

ihr Geld zum Teil auch in die South Sea Company investierte, die an Sklavenhandel und -verkauf in Lateinamerika beteiligt war. Auch die Versicherungsbörse Lloyds of London hat einen Millionen-Fonds für Projekte zur Förderung schwarzer Gemeinschaften versprochen. Makler von Lloyds hatten Schiffe der Sklavenhandels-gesellschaften versichert.

Die linksliberale Zeitung „The Guardian“, gegründet 1821, gab nach den aus den USA kommenden „Black Lives Matter“-Protesten vor einem Jahr ganz zerknirscht bekannt, dass mehrere ihrer Gründer, vor allem Textilfabrikanten in Manchester, Verbindungen zur Sklaverei gehabt hätten, vor allem, indem sie Baumwolle von Plantagen mit Sklavenarbeitern benutzten. Die Zeitung wird einen Fonds von zehn Millionen Pfund für „restaurative Gerechtigkeit“ einrichten.

Der Druck wächst, dass auch die britische Krone ihre Verbindungen zur Sklaverei nicht nur bedauert, sondern finanzielle Kompensation zahlt. Es steht außer Frage, dass mehrere Monarchen direkt und zentral am Sklavenhandel beteiligt waren, beispielsweise über die 1660 gegründete Royal African Company. Zwar liegt das alles mehrere Jahrhunderte zurück, doch wächst in Afrika und in den Staaten der Karibik (den „West-Indies“), wo einst Sklaven in den britischen Kolonien auf Zuckerrohrplantagen schufteten, der Appetit auf Reparationen aus Europa. König Charles hat mehrfach, beispielsweise bei einem Besuch in Ghana vor fünf Jahren, das Unrecht verurteilt und seinen Abscheu bekundet. Er unterstützt Forschungsarbeiten. Aber Reparationsgeld hat die Krone bislang noch nicht gezahlt.

Vermutlich ist es nur eine Frage der Zeit, bis es dazu kommt. Und vermutlich ist es nur eine Frage der Zeit, bis Museen die Perspektive auf die Vergangenheit komplett umdrehen. Statt der ruhmreichen maritimen und imperialen Vergangenheit Britanniens, für die Lord Nelson steht, wird es dann weitgehend um Aufarbeitung der historischen Schuld gehen.

WOHLFAHRTSMARKEN

Zum Jubiläum Anschluss an die Anfänge

Wie in den vergangenen gibt das Bundesministerium der Finanzen auch dieses Jahr eine Sondermarkenserie „Für die Wohlfahrtspflege“ heraus. Diesmal ist die Serie den „Helferinnen und Helfern der Menschheit 2.0“ gewidmet. Vorletzten Montag um 10 Uhr stellte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) die Sonderbriefmarken im Berliner Sitz des Bundespräsidenten, dem Schloss Bellevue, vor. Die Gestaltung der Sonderwertzeichen und der Ersttagsstempel stammt von Veit Grünert, Bureau Now, aus Berlin. Die Zuschlagmarken haben einen Wert von 85 + 40 Cent, 100 + 45 Cent und 160 + 55 Cent.

Seit Anfang dieses Monats sind die Marken in den Verkaufsstellen der Deutschen Post erhältlich. Außerdem werden sie über die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammenarbei-



Wohlfahrtsmarke „Pflege“

tenden Spitzenverbände Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Diakonie Deutschland, Deutsches Rotes Kreuz, Paritätischer Gesamtverband und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland in deren Geschäftsstellen und Einrichtungen durch haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter verkauft. Die Bundesarbeitsgemeinschaft ist denn auch der Empfänger der Zuschlagserlöse.



Wohlfahrtsmarke „Flüchtlingshilfe“

Zum 75. Geburtstag der Wohlfahrtsmarken soll thematisch an die erste Ausgabe im Jahr 1949 angeknüpft werden. Der Titel der damaligen Serie lautete „Helfer der Menschheit“ und ehrte Personen, deren Wirken zum Wohle der Menschen beigetragen hat. Abgebildet waren Elisabeth von Thüringen, Paracelsus von Hohenheim, Friedrich Fröbel und Johann Hinrich Wichern. Die Serie fand ihre Fortset-



Wohlfahrtsmarke „Fluthilfe“

zung bis zum Jahr 1955 mit Abbildungen weiterer Persönlichkeiten. Weiterhin unter dem Titel „Helfer der Menschheit“ standen von 1956 bis 1958 Tätigkeitsfelder im Fokus der Marken, erst die Kinderpflege, dann der Kohlebergbau und schließlich die Landwirtschaft. 2024 stehen gleich drei Tätigkeitsfelder auf einmal im Fokus: „Pflege“, „Flüchtlingshilfe“ und „Fluthilfe“.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach der Schlacht am Kahlenberg bei Wien am 12. September 1683, in der die osmanischen Belagerer eine vernichtende Niederlage im Kampf gegen das deutsch-polnische Entsatzheer erlitten hatten, kamen die ersten Muslime nach Deutschland. Allerdings assimilierten sich diese kriegsgefangenen und später freigelassenen „Beutetürken“ sehr schnell. Das galt gleichermaßen für die „Kammertürken“ Ali, Hassan und Marusch, die dem späteren preußischen König Friedrich I. ab 1686 dienten. Deshalb brauchten sie auch keine Moscheen oder andere Örtlichkeiten fürs islamische Gebet.

Trotzdem schrieb Friedrich der Große im Juni 1740 mit Blick auf die Bevölkerungsverluste infolge der Großen Pest, er wäre durchaus bereit, solche errichten zu lassen: „Alle Religionen seindt gleich und guht, wan nuhr die Leüte, so sie profesieren (ausüben), erliche Leüte seindt, und wen Türken und Heiden kähmen und wöten das Land pöbplieren (besiedeln), so wollen wier sie Mosqueen und Kirchen bauen.“ Dies tat er selbst dann nicht, als während des Siebenjährigen Krieges tatsächlich hunderte muslimische Angehörige des russischen Heeres in die Armee des „Alten Fritz“ wechselten und ab 1762 im Husaren-Regiment „Bosniaken“ für Preußen kämpften.

Die erste Moschee auf preußischem und deutschem Boden entstand erst 1915 auf Order von Kaiser Wilhelm II. im „Halbmondlager“ von Wünsdorf bei Zossen und diente kriegsgefangenen Angehörigen der britischen und französischen Kolonialvölker, die sich zum Islam bekannten, als Gebetshaus. Dem folgte 1928 eine Moschee in Berlin-Wilmersdorf, welche von der Lahore-Ahmadiyya-Bewegung für die Verbreitung des Islam errichtet wurde und dem Taj Mahal in Indien ähnelt. Dieses kleine Gotteshaus existiert noch heute, während die aus Holz bestehende Wünsdorfer Moschee 1925 wegen Baufälligkeit abgerissen werden musste.

Gebetshäuser für Gastarbeiter

Anschließend kamen zunächst keine neuen Moscheen hinzu, obwohl später zahlreiche muslimische Legionäre aus der Sowjetunion und vom Balkan in der Wehrmacht oder Waffen-SS dienten. Es dauerte nach dem Zweiten Weltkrieg noch mehr als zehn Jahre, bis in Hamburg und Frankfurt am Main zwei weitere Moscheen entstanden – und zwar wiederum auf Initiative der rührigen islamischen Reformgemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ).

Dann führten Anwerbeabkommen mit der Türkei, Marokko und Tunesien sowie der daraus resultierende Zustrom von Gastarbeitern aus diesen Ländern in den 1960er Jahren zu einer Explosion der Zahl



Benannt nach dem „Eroberer“: Fatih-Moschee in Bremen

Foto: pa/Sina Schuldt

MOSCHEEN IN DEUTSCHLAND

Den Anfang machte Kaiser Wilhelms „Halbmondlager“

Tausende islamische Gotteshäuser verteilen sich mittlerweile über die Bundesrepublik. Ihre Namen verraten einiges über die Einstellungen ihrer Betreiber

der Moscheebauten in der Bundesrepublik. Heute existieren in Deutschland knapp 3000 größere und mittlere islamische Gotteshäuser sowie ungezählte kleinere „Hinterhofmoscheen“, von denen insgesamt 90 vom Verfassungsschutz überwacht werden. Dabei könnte es auch in etlichen anderen Moscheen extremistische Bestrebungen geben. Darauf deutet nicht zuletzt die Benennung der Gotteshäuser hin, welche wohlüberlegten Schemata folgen. Dabei bestehen jedoch gravierende Unterschiede zwischen den einzelnen islamischen Strömungen.

Die AMJ, welche 1989 das Ziel proklamierte, einhundert eigene Moscheen in Deutschland zu errichten und am 11. September 2023 bei der Hälfte angekommen war, tritt vergleichsweise wenig provokativ auf. Sie gibt ihren Gebetsstätten weitgehend neutrale Namen wie „Moschee des göttlichen Lichtes“, „Haus des Würdigen“, „Moschee der frohen Botschaft“, „Haus des Friedens“ oder „Moschee der

Guten“. Dazu kommen Namenspaten aus den Reihen der Ahmadiyya-Bewegung wie Mirza Tahir Ahmad, Mirza Baschir ud-Din Mahmud Ahmad und Mirza Nasir Ahmad. Diese ehemaligen spirituellen Führer der AMJ waren allesamt keine Scharfmacher oder „Glaubenskrieger“. Außerdem trägt die 2008 eingeweihte Ahmadiyya-Moschee in Berlin-Heinersdorf den Namen von Chadidscha bint Chuwailid, der ersten Frau des Propheten Mohammed, welche auch als erste Muslimin der Geschichte gilt.

Christenschlächter als Namensgeber

Noch gleichförmiger ist das System der Bezeichnung der schiitischen Moscheen auf deutschem Boden. Dieses basiert auf dem Brauch der Schiiten, Gotteshäuser nach einem der zwölf „unfehlbaren Imame“ zu benennen, wobei der erste in der Reihe, Ali ibn Abi Talib, der Schwiegersohn Mohammeds war und von diesem eingesetzt wurde, und der Letzte, Mu-

hammad ibn al-Hasan al-Mahdi, eine fiktive Erlösergestalt ist, deren Rückkehr erst noch bevorsteht. Also gibt es beispielsweise eine Imam-Ali-Moschee in Hamburg und eine Imam-Mahdi-Moschee im sauerländischen Menden.

Im Vergleich dazu ist das Spektrum der Namen der sunnitischen Gotteshäuser hierzulande deutlich breiter und reicht vom banalen „Merkez Camii“ für „Zentralmoschee“ über religiöse Floskeln wie „Tauhid“, welche für die Einzigartigkeit Allahs steht, bis hin zur Erinnerung an ganz unterschiedliche Personen aus der islamischen Welt. So zählt man knapp 30 Moscheen in Deutschland, die den Namen des noch heute verehrten Mystikers Dschalal ad-Din Muhammad Rumi alias Maulani tragen, der im 13. Jahrhundert lebte.

Auffällig viele Gotteshäuser der von der Regierung in Ankara kontrollierten Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DİTİB) sind aber auch nach

religiösen Eiferern benannt, die sich vor allem durch die Vernichtung angeblicher Ungläubiger hervorgeraten oder als brutale Eroberer und Machtmenschen erwiesen haben. Hierzu gehören die ersten beiden Kalifen Abu Bakr und Umar sowie die osmanischen Sultane Bayezid I. Yildirim (Der Blitz), Mehmed II. Fatih (Der Eroberer) und Selim I. Yavuz (Der Grausame). Allein an den Brudermörder und Christenschlächter Mehmed II. erinnern mittlerweile mehr als 50 Moscheen in Deutschland.

Dazu kommen Dutzende von al-Quds-Moscheen, die für den islamischen Anspruch auf die heilige Stadt Jerusalem stehen, sowie rund 25 Ayasofya-Moscheen. „Ayasofya“ ist die türkische Form von „Hagia Sophia“. Die Ayasofya-Moscheen sollen die gewaltsame Umwandlung des einstigen Zentrums der christlichen Orthodoxie in eine Moschee nach der osmanischen Eroberung Konstantinopels im Jahre 1453 würdigen.

WAHLVERHALTEN

Die verblüffende Wählerwanderung der Deutsch-Türken

Lange waren die Immigranten vom Bosphorus eine sichere Bank für linke Parteien – Zuletzt aber holten Union und AfD stark auf

In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa drei Millionen Menschen türkischer Herkunft, von denen ein reichliches Drittel hierzulande wahlberechtigt ist. Bislang profitierten davon vor allem SPD, Grüne und Linkspartei. So erhielt die SPD lange Zeit regelmäßig um die 60 Prozent der Stimmen der Türkischstämmigen mit deutschem Pass.

Dann kam es bei der Bundestagswahl von 2017 zu einer Wende: Nun musste sich die SPD mit rund 35 Prozent begnügen, während plötzlich jeder fünfte Deutsch-Türke CDU wählte, was zuvor nur jeder zwanzigste getan hatte. Doch das war nicht die einzige Veränderung.

Ab 2014 engagierten sich auch türkischstämmige Deutsche in der neu gegründeten AfD. Dazu gehörten Aslan Basibüyük, der für die AfD in den Kreistag des Lahn-Rhein-Kreises einzog, und Tuncay Deniz, welcher bei der Europawahl vom Mai 2014 für die AfD kandidierte.

Dieser Trend hat in jüngerer Zeit demassen zugenommen, dass nun sogar große Blätter wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, der „Focus“ und die „Welt“ darüber berichten. Gleichzeitig gibt es im Internet immer mehr Videos mit Titeln wie „Türken unterstützen AfD-Politik“ oder Diskussionsrunden zu der Frage „Warum wollen so viele Türken die AfD

wählen?“ Darin treten die Motive der Immigranten für die Hinwendung zu der als „rechtsextrem“ gescholtenen Partei überaus deutlich zutage.

Etliche Deutsch-Türken halten die Altparteien für verlogen. Sie buhlten zwar um die Stimmen der Türkischstämmigen, betrieben aber eine türkeifeindliche Politik. Dazu kommt das immer stärker werdende Gefühl, dass die Ampelparteien genauso wenig wie die CDU/CSU in der Lage seien, die Alltagsprobleme der Menschen zu lösen.

Dabei beklagen die türkischstämmigen Immigranten vor allem die ausufernde Kriminalität und die ungebremste

Masseneinwanderung von Menschen aus aller Welt, die sofort eine Rundumversorgung erhalten, für die auch die hier lebenden und arbeitenden Türkischstämmigen aufkommen müssten. Sie fragen sich daher wütend: „Was ist das für ein komisches System?“, und hoffen, dass die AfD „aufräumt“, wenn sie an die Macht gelangt.

Andere empfinden Ärger über die Duldung religiöser Fanatiker. Immerhin sei man doch nach Deutschland gekommen, um solchen Leuten zu entfliehen. Außerdem wird sehr stark kritisiert, dass die Ampel keinen Sinn für die traditionelle Familie habe. Und immer mehr Deutsch-

Türken ängstigt auch die wirtschaftliche Talfahrt, welche sie als zwangsläufige Folge der ideologischen Verblendung und Inkompetenz der derzeit Regierenden betrachten.

Die AfD reagierte auf das Ganze im Sommer vorigen Jahres mit der Gründung des parteinahen Vereins „Mit Migrationshintergrund für Deutschland“, woihingegen der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoğlu, die Deutsch-Türken mit Blick auf die künftigen Wahlen warnt, ein Kreuz bei der AfD zu setzen: „Ihr wählt den Untergang unserer offenen und demokratischen Gesellschaft.“ W.K.

IMMANUEL KANT

„Einer der größten Denker unserer Zeit“

Bei einem Treffen in Königsberg mit Studenten sprach Putin über die Bedeutung des Philosophen

VON BODO BOST

Anlässlich des Tages der russischen Studenten traf Wladimir Putin mit dem akademischen Nachwuchs der Hochschulen des Königsberger Gebiets zusammen. Dabei sprach er auch über Kant. Die Diskussion zwischen dem Staatspräsidenten und den Studenten fand im Studentenhaus der Baltischen Föderalen Universität Immanuel Kant statt. Das 2022 nach dem Umbau wiedereröffnete Studentenhaus ist ein multifunktionaler Komplex, der auch der Freizeitgestaltung der Studenten dient. Es umfasst Kreativitäts- und Erholungsbereiche, Musik- und Aufnahmestudios, Tanzsäle und Cybersport.

Vor dem Treffen besichtigte die Staatsoberhaupt ein Modell des im Bau befindlichen Campus „Cantiana“, der im Rahmen des nationalen Projekts „Wissenschaft und Hochschulen“ gebaut wird. Bei der Schaffung des neuen Campus liegt der Schwerpunkt auf Medizin, Informatik, Ingenieurwesen, Chemie und Pädagogik. Er soll sich sowohl architektonisch als auch infrastrukturell in das städtische Umfeld einfügen. An dem anschließenden Gespräch mit Studenten der Universität nahm auch der Gouverneur der Region, Anton Alichanow, teil.

Im Laufe des Gesprächs erinnerte eine Studentin daran, dass das Motto der Universität Kants Diktum „Sapere aude“ sei, was so viel bedeutet wie: „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“ Die Studentin fragte Putin, was er von diesem Spruch halte und ob er glaube, dass er zu einem Wegweiser für die Entwicklung künftiger Generationen werden kann.

Die Ideen Kants weiter entwickeln

Putin antwortete: „Es ist kein Zufall, dass die Universität den Namen von Kant trägt, einem Bürger des Russischen Reiches, denn als Folge des Siebenjährigen Krieges rückte Russland in Ostpreußen ein, besetzte Königsberg, und Ostpreußen schwor dem russischen Thron die Treue.



Stellte sich im Studentenhaus der Universität Fragen der jungen Zuhörer: Putin in Königsberg

Foto: imago/SNA

Dies geschah sowohl durch Studenten als auch durch Lehrer der Universität, an der Immanuel Kant sein ganzes Leben lang arbeitete und zweimal Rektor war. Übrigens war dieses Gebiet eine Zeit lang Teil des Russischen Reiches – ich glaube, sechs Jahre lang, vor Peter III., und Immanuel Kant unterrichtete auch russische Offiziere. Offenbar hat er sie gut unterrichtet. Dieser Spruch, den Sie gesagt haben, wird auf verschiedene Weise übersetzt, aber mir gefällt diese Übersetzung, die Sie gesagt haben: ‚Wisse, wie du deinen Verstand gebrauchen kannst‘.

In einigen Nachbarländern ist diese These in Vergessenheit geraten: Alle, jedenfalls viele, leben dort heute nach ideologisch vorgefertigten Ideen von anderen, und das führt nicht zum Guten. Wir sollten uns von diesen Grundgedanken leiten lassen und dazu natürlich unsere eigenen Gedanken machen. Er (Kant) hat – Sie haben eines seiner Werke erwähnt – grund-

legende Dinge im Zusammenhang mit dem Studium der Zeit, des Raums, der Sphäre des Wissens als solcher formuliert, sie sind sehr interessant.

„Bürger des Russischen Reiches“

Und Sie wissen wahrscheinlich darüber Bescheid: Immanuel Kant glaubte, dass es möglich sei, die Existenz Gottes logisch zu beweisen. Das sind komplexe Dinge, über die er geschrieben hat, aber sie sind sehr interessant, und es macht Sinn, sie zu lesen und zu verstehen ... Ihr Rektor Alexander Fjodorow ist ein Philosoph, ein Doktor der Philosophie. Gleichzeitig sagen die Philosophen, dass die Philosophie keine wirkliche Wissenschaft sei ...

Kant ist einer der größten Denker seiner Zeit und unserer Zeit, ein fundamentaler Denker. Und sein Aufruf, nach dem eigenen Verstand zu leben, ist heute sehr aktuell. Genau das versuchen wir zu tun. Für uns bedeutet das in der Praxis, dass

wir ‚von unserem Verstand zu leben versuchen‘ – das Land sollte von seinem eigenen Verstand leben und von seinen nationalen Interessen geleitet werden.

Das bedeutet nicht, dass wir uns nicht um die Interessen anderer kümmern, denn wenn wir unsere eigenen Interessen verfolgen und Erfolg haben wollen, müssen wir die Interessen unserer Partner respektieren. Das tun wir, aber wir werden niemals zulassen, dass die Interessen Russlands vernachlässigt werden. Worauf will ich hinaus? Sie und ich haben die Möglichkeit, auf der Grundlage seiner Ideen heute unsere Position zu formulieren, so wie ich es jetzt getan habe.“

Die Frage der Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit wurde von Makone Rushikesh Chandrakant, einem Studenten aus Indien, aufgeworfen. Deshalb bezog sich Putin vor allem auf Indien als einem wichtigen Partner der Königsberger Universität.

Trauer um PAZ-Autor Tschernyschew

Unser langjähriger Berichterstatter aus dem Königsberger Gebiet, Jurij Tschernyschew, ist tot. Der 75-Jährige starb am 1. Februar nach einer schweren Erkrankung in Königsberg.

Ab 2008 verfasste der Verstorbene regelmäßig Artikel über das soziale, kulturelle und politische Leben der Pregelmetropole und das nördliche Ostpreußen für die *Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ)* und trug so dazu bei, dass Ostpreußen und an der Region Interessierte stets ein aktuelles Bild von der Lage vor Ort hatten.

Jurij Tschernyschew begann seine berufliche Laufbahn als Fotojournalist für das staatliche Fernsehen und arbeitete für Zeitungen und Buchverlage. Unter anderem verlegte er selbst Postkarten mit Motiven der Stadt sowie historische Reiseführer. Von 1968 bis Ende der 1990er Jahre war er beim regionalen Sender des Staatsfernsehens beschäftigt. Sein Interesse für die Region fand unter anderem in Fotoreportagen wie „Panorama der Region“ Ausdruck. Er arbeitete auch für verschiedene russische Zeitungen. Ende der 70er Jahre gründete er den regionalen „Fotoverband Kaliningrad“, der Fotografen und Journalisten vereinigte.

Die Redaktion der PAZ trauert mit der Familie des Verstorbenen. Sie wird Jurij Tschernyschew ein ehrendes Andenken bewahren. Jurijs verdienstvolle Zusammenarbeit mit der PAZ wird sein Sohn Jewgenij fortsetzen. **MRK**



Engagiert und versiert: Der Fotojournalist und PAZ-Autor Jurij Tschernyschew

Foto: privat

JUGENDSCHUTZ IN ALLENSTEIN

Keine Aufputzmittel für Kinder und Jugendliche

Polenweit wurden die Bestimmungen zur Abgabe von Energydrinks geändert – Händlern drohen hohe Geldstrafen

Zum Jahresbeginn trat landesweit ein Verbot des Verkaufs von Energydrinks an Personen unter 18 Jahren in Kraft. Grund dafür ist die Zunahme von gesundheitsschädlichen Folgen. Mehr als ein Dutzend Patienten pro Jahr wurden im Allensteiner Kinderkrankenhaus infolge des Konsums von Energydrinks registriert. Die Jugendlichen kamen mit übermäßiger Unruhe, beschleunigtem Herzschlag, Schwitzen, erhöhtem Blutdruck und zitternden Gliedmaßen zur Behandlung. Bislang wurden in der Republik Polen jährlich etwa 110 Millionen Liter dieser Art Aufputzgetränke verkauft. Etwa zehn Millionen Liter wurden von Kindern und Jugendlichen getrunken. Der Absatz war während der Pandemie besonders stark gestiegen. Schätzungen zufolge wurde bis zu einer Viertelmilliarde Euro umgesetzt.

Stimulierende koffeinhaltige Getränke sind für Erwachsene gedacht. Sie hel-

fen die Müdigkeit zu verringern, wirken stimmungsaufhellend und steigern die Leistungsfähigkeit. Bisher waren diese

Getränke auch für Kinder und Jugendliche in den Geschäften zu vergleichsweise niedrigen Preisen erhältlich. Grundschü-

ler gaben an, eine Dose pro Woche zu trinken, bei den Teenagern gaben mehr als 67 Prozent der Befragten zu, häufig Energydrinks zu konsumieren.

Viele Kinder sind bereits abhängig

Lehrer und Eltern bestätigten, dass viele polnische Schüler süchtig nach Energydrinks sind. Ein erhöhter Koffeinkonsum bei Kindern kann zu Stimmungsschwankungen, Reizbarkeit, Angstzuständen, erhöhtem Blutdruck und Schlafstörungen führen. Kinder mit Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Nieren- und Lebererkrankungen, Schilddrüsenüberfunktion sowie emotionaler Instabilität stellen eine besondere Risikogruppe dar. Studien zeigten, dass Menschen, die unter dem Einfluss von Energydrinks stehen, viel impulsiver und anfälliger dafür sind, sich beeinflussen zu lassen, als Menschen, die keine solchen Getränke zu sich nehmen.

Das neue Gesetz verpflichtet die Hersteller oder Importeure von Getränken mit Koffein- oder Taurinzusatz, die Einheitsverpackung des Produkts mit einem sichtbaren, lesbaren und dauerhaft angebrachten Hinweis „Energiegetränk“ zu versehen. Wer Energydrinks an eine Person unter 18 Jahren verkauft, kann mit einer Geldstrafe von bis zu umgerechnet 460 Euro belegt werden. Herstellern und Importeuren, die der Kennzeichnungspflicht für Getränke nicht nachkommen, droht eine Geldstrafe von bis zu zirka 45.500 Euro oder sogar eine Freiheitsstrafe. Es bleibt abzuwarten, ob die Hersteller versuchen werden, die neuen Vorschriften zu umgehen. Es gibt bereits Überlegungen, den Koffeingehalt der Getränke unter 150 Milligramm pro Liter zu senken, da laut Gesetz nur Getränke mit einem höheren Koffeingehalt als Energydrinks gelten. **David Kazański**



Nicht mehr so leicht erhältlich: Aufputzende Getränke im Supermarkt

Foto: D.K.

**ZUM 100. GEBURTSTAG**

Dumjahn, Marianne, aus Belgard, Pommern, am 20. Februar
Heinsohn, Hertha, geb. **Kösling**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 19. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Brzezinski, Horst, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 19. Februar
Falkenberg, Christel, geb. **Neumann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Februar
Gathmann, Elfriede, geb. **Pruß**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Borowy, Siegfried, aus Kobilinen, Kreis Lyck, am 16. Februar
Sommer, Hildegard, geb. **Lossau**, aus Lyck, am 20. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gerlach, Marie-Anne, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Februar
Kallien, Günter, aus Heinrichsdorf, Kreis Mohrunen, am 19. Februar
Kieselbach, Erika, geb. **Budzinski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 16. Februar
Schwiderrek, Kurt, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 17. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Lübbe, Helga, geb. **Baumeister**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 19. Februar
Mihatsch, Ingrid, geb. **Wiesner**, aus Ortelsburg, am 22. Februar
Schott, Irene, geb. **Schmidt**, aus Wehlau, am 18. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Görich, Hedwig, geb. **Dubies**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 17. Februar
Heibutzki, Walter, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 22. Februar
Kreiner, Elfriede, geb. **Trosien**, aus Drenken, Kreis Mohrunen, am 21. Februar
Krzewitzki, Gilda, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. Februar
Luszek, Günter, aus Wallenrode, Lindenhof, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Meson, Helmut, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Putzar, Doreliese, geb. **Fugh**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 22. Februar
Redepening, Gerda, geb. **Horn**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 18. Februar
Rutkowski, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 16. Februar
Sadlowski, Franzi, geb. **Pickert**, Kreisgemeinschaft Ortelsburg, am 21. Februar
Scheffler, Hildegard, geb. **Borawski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 19. Februar
Schütze, Edith, geb. **Köhler**, aus Bergenu, Kreis Treuburg, am 20. Februar
Schwarz, Frieda, geb. **Jankowski**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 18. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar
Brigel, Eveline, geb. **Blattner**, aus Neidenburg, am 19. Februar
Genßler, Ursula, geb. **Buck**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 20. Februar
Ehlert, Günther, aus Wilkendorf, Kreis Rastenburg, am 21. Februar
Gerlitz, Bernhard, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 18. Februar
Meynert, Erna, geb. **Seidlitz**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Noster, Traute, geb. **Luzius**, aus Dosnitten, Kreis Mohrunen, am 21. Februar
Rose, Kurt, aus Margen, Kreis Elchniederung, am 21. Februar
Sander, Eva, geb. **Heyer**, aus Treuburg, am 16. Februar
Wosing, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Wehlau, am 20. Februar
Zink, Marlis, geb. **Meier**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fuchs, Herta, geb. **Kuhrau**, aus Trenk, Kreis Fischhausen, am 21. Februar
Gerull, Edith, geb. **Szuggat**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
Heinrich, Lotte, geb. **Kabisch**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 21. Februar
Klauke, Käthe, geb. **Raschpichler**, aus Lyck, am 20. Februar
Kolosko, Hildegard, geb. **Szapanek**, aus Herzogsau, Kreis Neidenburg, am 21. Februar
Kudritzki, Gerhard, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 17. Februar
Kurschat, Erna, geb. **Kantimm**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
Marquardt, Gisela, geb. **Kropeit**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Ruttkowski, Helmut, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 17. Februar
Schaulies, Alida, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. Februar
Spinner, Hannelore, geb. **Fiedrich**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 20. Februar
Steinbrücker, Ilse, geb. **Bähre**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. Februar
Strojek, Heinz, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 18. Februar
Suri, Elisabeth, geb. **Siedler**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 20. Februar
Tiburczy, Edith, geb. **Raudies**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Tietz, Gerhard, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dylatus, Martha, geb. **Buttler**, aus Deutscheide, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar
Galla, Kurt, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 18. Februar
Gehrke, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Gilka, Hans-Georg, aus Lyck, am 18. Februar
Klimach, Günter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. Februar
Krüger, Irene, aus Prostken, Kreis Lyck, am 21. Februar

Scholl, Bruno, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 17. Februar
Schulz, Günter, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. Februar
Schütz, Lydia, geb. **Sontopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 22. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bollnow, Irmgard, geb. **Maschlinski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 20. Februar
Borriß, Eitel, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 19. Februar
Fibik, Ilse, geb. **Opretzka**, aus Kallenau, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Jung, Wolfgang, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 19. Februar
Kock, Ruth, geb. **Kirschstein**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Lindt, Alfred, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. Februar
Oelmann, Sabine, geb. **Schulz-Kalau**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 20. Februar
Woyciniuk, Günther, aus Sieden, Kreis Lyck, am 21. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bechtold, Dieter, aus Rudau, Kreis Fischhausen, am 22. Februar
Dause, Erika, geb. **Rodebach**, Kreis Ebenrode, am 21. Februar
Dugnus, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Februar
Falkenhausen, Horst, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 17. Februar
Geruschke, Friedrich, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 19. Februar
Heimbokel, Anneliese, geb. **Zimmermann**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 20. Februar
Hoffmann, Gerhard, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 18. Februar
Krause, Siegfried, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Kunze, Hildegard, geb. **Burkratzki**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 22. Februar
Lemke, Gunda, geb. **von Rymon-Lipinski**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 20. Februar
Lipczynska, Greta, aus Robitten, Kreis Preußisch Eylau, am 22. Februar
Lossau, Waltraud, geb. **Prorok**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 22. Februar
Makoschey, Herbert, aus Lyck, am 22. Februar
Murach, Gustav, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar
Reiß, Wally, geb. **Scheffler**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 22. Februar
Stolz, Bruno, aus Fischhausen, am 22. Februar
Syska, Gerhard, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Wir gratulieren...**ZUM 85. GEBURTSTAG**

Barteit, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
Bloch, Artur, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar
Bohnhardt, Klaus, aus Königsblumenau, Kreis Preußisch Holland, am 15. Februar
Dannowski, Marianne, geb. **Schulz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 21. Februar
Eichweber, Christine, geb. **Lumma**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 21. Februar
Esch, Renate, geb. **Blask**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar
Frauenkron, Sigrid, geb. **Schönfeld**, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Februar
Freye, Elli, geb. **Bachler**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 20. Februar
Janzick, Eva-Helgard, geb. **Baumgart**, aus Ortelsburg, am 20. Februar
Jeschull, Werner, aus Neufelde, Kreis Treuburg, am 17. Februar
Krause, Helga, geb. **Krömer**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 19. Februar
Lewandowsky, Ilse, geb. **Wohlgemuth**, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Michalzik, Irmgard, geb. **Waldhof**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 17. Februar
Pietsch, Reinhard, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Preuß, Henry, aus Treuburg, am 18. Februar
Pudlatz, Hilmar, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 17. Februar
Rademacher, Edith, geb. **Fischer**, aus Lyck, am 17. Februar

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

16. und 17. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter** in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)
 13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)
 19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
 1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
 20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
 7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
 1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-**

den in Wuppertal (gT)
 2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
 2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
 Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Sallowsky, Marianne, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 22. Februar
Sauter, Gisela, geb. **Bach**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 17. Februar
Schumacher, Dorothea, geb. **Wedig**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 20. Februar
Trawny, Helmut, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
Wolf, Rosemarie, geb. **Mrowka**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 17. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bosse, Cornelia, geb. **Krisch**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 22. Februar
Dziobaka, Günter, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 16. Februar

Gosdzinski, Susanne, geb. **Pilzecker**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 18. Februar
Kargoll, Uwe, aus Treuburg, am 22. Februar
Lerm, Brunhilde, geb. **Gosdek**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar
Menzel, Anita, geb. **Neumann**, aus Stadthausen, Kreis Wehlau, am 22. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Lutze-Stallmann, Dietmar, geb. **Lutze**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 20. Februar

PAZ wirkt!

Sonnabend, 1. Juni 2024
 10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der
Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg

Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg

(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Nürnberg - Dienstag, den 27. Februar 2024, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nbg.-Langwasser, Ende der U1 und dem Großparkplatz gegenüber.

Unsere Bezirksvorsitzende Frau Heide Bauer aus Ansbach berichtet mit Lichtbildern über das Memelland, einem Ferienparadies für jung und alt. Hohe Dünen, Sand, Meer und Wogen. Kommen Sie mit!



Vorsitzender: Heinrich Lohmann, Geschäftsstelle: Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Bremer West- und Ostpreußentag mit Königsberger Klops im „Hotel Robben Grollander Krug“, Ems-

landstraße 30, in Bremen-Groland. (BSAG-Linien 1 und 8, Haltestelle „Norderländerstraße“).

Termin: Montag, 4. März, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr!

Zu Beginn besteht die Gelegenheit, Kaffee und Kuchen zu bestellen.

Gerne erfüllen wir anschließend den mehrfach geäußerten Wunsch, in unserem landsmannschaftlichen Kreis einen Bericht mit Bildern und Eindrücken aus dem Kaukasus (Georgien/Armenien) vorzutragen.

Im Frühsommer des vergangenen Jahres waren einige Mitglieder und weitere Interessenten dort unterwegs und haben eine Region der ehemaligen UdSSR kennenlernen dürfen, die vielfältige Besonderheiten aufweist. Wir freuen uns, Ihnen diese zeigen zu können.

Vor dem Klopsessen werden wir den traditionellen „Pillkaller“ genießen. Die Zutaten (Leberwurst etc.) werden dem Lokal von uns zur Verfügung gestellt.

Für die Veranstaltung gelten folgende Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Klops): 21,- €; Pillkaller: 3,20 €.

Gäste, die auf Fleisch verzichten möchten, können ein veganes Gericht aus der Speisekarte bestellen. - Der Preis für das Essen wird von uns nicht mehr im Voraus kas-

siert, er wird im Lokal direkt mit der Bedienung abgerechnet.

Sie können Ihre Anmeldung telefonisch bei Frau Dagmar Schramm (T. 04298-698765) oder elektronisch per eMail bei heinrichlohmann@gmx.de vornehmen.

Wir benötigen Ihre Anmeldung, da wir die erforderlichen Portionen des Klopsessens im Voraus kostenpflichtig bestellen müssen.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Helmut E. Papke, Sülweg 7, 29345 Unterlüß, Tel.: (05827) 4099850.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377.

Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Bericht über unsere Versammlung am 7. Februar 2024

Oldenburg - Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen begann das Jahr mit einem Film über das Diakonissenmutterhaus Königsberg auf dem Altenberg bei Wetzlar.

Der Film von Henriette Piper (Autorin von „Hugo Linck - der letzte Pfarrer von Königsberg“) zeigt das Leben und Wirken der Diakonissen in dem Haus, in das

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

sie 1954 von Königsberg über Berlin kommend eingezogen sind. Sehr lebendig und anschaulich wird mit Zeitzeugen und viel Fotomaterial ein lebendiges Bild von der Betriebsamkeit eines Diakonissenhauses gezeigt und seinem Wandel, dem es zwangsläufig mit dem Versterben der Königsberger Generation unterlag.

Am 13. März machen wir einen Abstecher in die Welt der ostpreußischen Sagen und Märchen. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen im Stadthotel in Oldenburg um 15. Uhr.

Am 14. Dezember treffen wir uns - hoffentlich endlich wieder - zu einer Adventsfeier mit Liedern, Gedichten und Geschichten zum Advent im Stadthotel in Eversten

um 15.00 Uhr. Freunde und Interessierte sind herzlich willkommen.

Gisela Borchers Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen, Oldenburg



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher Schriftführerin: Elke Ruhne, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

um 15.00 Uhr. Freunde und Interessierte sind herzlich willkommen.

„Zukunft für Ostpreußen!“ in der Kurt-Schumacher-Straße 17a, in 33615 Bielefeld, um 15.00 Uhr. Erreichbar mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“, Haltestelle „Bültmannshof“. Info bei Frau Barbara Dörr, Telefon: 0521 -82026. Alle Mitglieder werden gebeten nach Möglichkeit teilzunehmen. Themen: Immanuel Kant und Winter in Ostpreußen. Willkommen sind Angehörige unserer Mitglieder, ständige Mitarbeiter und Mitglieder anderer Kreisgruppen sowie aus anderen

Fortsetzung auf Seite 16



Bielefeld - Einladung zum Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen in Bielefeld, am Montag, den 19. Februar im Gasthaus - Restaurant Bültmannshof „Das Wirts-

Zusendungen für die Ausgabe 9/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 9/2024 (Erstverkaufstag 1. März) bis spätestens Dienstag, den 20. Februar, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

PAZ-Abo vertrieb@paz.de

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small grid for 'So ist's richtig:' and a list of words for 'Mittelworträtsel'.

Schüttelrätsel

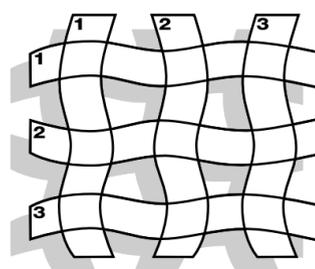
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Scrambled crossword puzzle grid with letters in question marks.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine Verkleidung für ein Maskenfest.

Word puzzle grid with 7 rows and 7 columns, containing words like REST, MUELL, HALB, HERD, BANK, WILD, HAAR, TEST, REN, RING, SEE, BANDE, TEE, AFFE.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Mittelmeerinselbewohner
2 Schützling, Günstling
3 US-Filmstar (Michael)

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

ANZEIGE

Ostpreußisch gut

Poloshirt mit aufgestickter Elchschaufel aus 100% Baumwolle, in den Größen L und XL, für 30,- Euro, zuzüglich 3,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de



Fortsetzung von Seite 15

Landsmannschaften und Freunde Ostpreußens.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Mit heimatischen Grüßen der
Vorstand

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Dresden – Mittwoch, 6. März, 13 Uhr, Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden: „Entwicklung der ländlichen Siedlungen, Dörfer und Städte in den Kreisen Johannis-

burg und Lyck“, Vortrag vom Kreisvertreter Klaus Downar.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Jahreshauptversammlung

Burg auf Fehmarn – Die JHV der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ findet am Samstag, 24. Februar um 15.00 Uhr im „Haus im Stadtpark“ in Burg statt.

PAZ wirkt!



Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzende: Ingrun Renker
Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Reise in das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen 22. bis 24. März 2024

Liebe Mitglieder und Freunde, wir freuen uns, Euch zu einer besonderen Reise einzuladen: Ziel ist das Kulturzentrum Ostpreußen, gelegen im beeindruckenden Deutschordensschloß Ellingen in Bayern. Dieses Kulturzentrum widmet sich der reichen Geschichte und Kultur Ostpreußens und bietet eine einzigartige Gelegenheit, unser kulturelles Erbe in einem historischen Ambiente zu erleben.

Neben der Besichtigung des Kulturzentrums planen wir, die

charmante Umgebung von Ellingen zu erkunden und gemeinsame Momente in dieser historischen Stadt zu genießen. Bitte beachtet, dass die Teilnehmerzahl begrenzt ist, um ein intensives und persönliches Erlebnis zu gewährleisten.

Anmeldungen für diese spannende Reise nehmen wir bis zum 25. Februar entgegen. Bitte sendet eure Anmeldung an kontakt@junge-ostpreussen.de.

Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit euch in die Geschichte und Kultur Ostpreußens einzutauchen!

Der vorherige Termin wurde verschoben, da wir unsere Veranstaltung auf Anfrage der LOW Bayern mit deren Landeskulturtagung zusammengelegt haben.

Organisatorische Hinweise

Zeitraum: 22. – 24. März
Anmeldung/Auskunft: kontakt@junge-ostpreussen.de
Veranstalter: Bund Junges Ostpreußen i.d. LO, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Anmeldeschluss: 25. Februar
Ort: Der Treffpunkt wird den Teilnehmern nachgereicht.
Mitzubringen Personalausweis
Eigenkostenbeitrag: Teilnehmer aus der Bundesrepublik, Berufstätige: für BJO-Mitglieder: 30€
Anwärter & Fördermitgl.: 35€
Für Nicht-Mitglieder & Interessenten: 50€
Im Eigenkostenbeitrag enthalten sind Unterkunft mit Frühstück.

Der Eigenbeitrag ist bis zum 25.02.2024 unter dem Stichwort „Ellingen November 2024 <eigener Name>“ auf das Konto des BJO zu entrichten.

Haftung: Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Personen- und Sachschäden bei der An- und Rückreise und während der Veranstaltung.

Ostpreußisches Landesmuseum

Dienstag, 20. Februar, 14.30 Uhr, 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck) „**Stinthenste, Krähenbeißer, Lange Wurst und Co. Ostpreußische Bräuche im Wandel.**“

Führung mit Hannah Janowitz in der Reihe „Museum Erleben“ Auf einem Rundgang durch die Kabinettausstellung stellt die Kuratorin eine Auswahl der vielfältigen Bräuche in Ostpreußen vor und geht dabei der Frage nach, welche Bedeutung Bräuche für Individuum und Gesellschaft haben. Im Anschluss präsentiert sie eine Auswahl der zum Teil mundartlichen Audioquellen, die sie für die Ausstellung ausgewertet hat.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Dienstag, 20. Februar, 19.30 Uhr, Eintritt: 12 € (ermäßigt: 8 €) Veranstaltungsort: Heinrich-Heine-Haus am Ochsenmarkt 1A, in Lüneburg. **Mann vom Meer: Thomas Mann und die Liebe seines Lebens** Lesung und Ge-

spräch mit Volker Weidermann, Moderation: Dr. Uwe Naumann Das Meer war für Thomas Mann sein Leben lang der Ort der Sehnsucht. Hier erfährt er Befreiung von den Zwängen des bürgerlichen Lebens. Er wächst in Lübeck an der Ostsee auf, aber sobald er kann, geht er in den Süden. Er reist nach Italien, ans Mittelmeer, verliebt sich in junge Männer, folgt aber den Konventionen der Zeit und heiratet Katia Pringsheim. Jahre später: Der Gang ins Exil. In Kalifornien, am Pazifik, wird er noch einmal ein anderer: Er kämpft gegen Hitler, für die Demokratie und Freiheit und nimmt die amerikanische Staatsbürgerschaft an. Der Autor schreibt mit Leichtigkeit und großer Klarheit über den Nobelpreisträger. Eine Veranstaltung des Literaturbüros Lüneburg e.V. und des Kulturreferats am Ostpreußischen Landesmuseum.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Leitung: AG Veranstaltungen Anmerkung: Für die Durchführung der Veranstaltung werden bei Anmeldung Daten erhoben, welche nicht an Dritte weitergegeben werden und auf Anfrage nach der Veranstaltung gelöscht werden können.

Des Weiteren weisen wir auf weitere Veranstaltungen hin, welche bereits feststehen und defini-

tiv eine Notiz in Eurem Ostpreußenkalender wert sind:

- 01. Juni Ostpreußentreffen in Wolfsburg
- 23. Juni Virtueller Stammtisch des BJO
- 25. Juli - 31. Juli Sommerfahrt des BJO nach Ostpreußen
- 03. Oktober - 06. Oktober Bundesversammlung des BJO
- 10. November Virtueller Stammtisch des BJO

Ostpreußisches Landesmuseum

Im März werden der Sonder- und Kabinettausstellungsbereich für die Jubiläums-Ausstellung zu Immanuel Kant (1724-1804) vorbereitet. Daher finden in dem Zeitraum keine weiteren Wechselausstellungen statt. Der große Königsberger Philosoph wird mit der Sonderausstellung „**Kant 300. Ein Leben in Königsberg (18. April - 13. Oktober 2024)**“ gewürdigt.

Sonntag, 3. März, 14.00 Uhr, 1,50 € (zzgl. Museumseintritt) **Wandel der Stile – Wandel der Themen Sonntagsführung** mit Dr. Gisela Aye. Auf den Spuren verschiedener Kunststile und ihre Einordnung in das Zeitgeschehen führt Kunsthistorikerin Dr. Gisela Aye durch die Dauerausstellung. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de ist erforderlich.

Dienstag, 5. März, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck) **Der Künstlertreff in Klein Kuren. Degner, Domscheit und Co. Vortrag mit Jan Rüttinger in der Reihe „Museum Erleben“** Der kleine, malerisch an der samländischen Küste unterhalb

des Wachbudenbergs gelegene Ort Klein Kuren war Anfang des 20. Jahrhunderts ein beliebter Künstlertreff von Schülern der Königsberger Kunstakademie. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Mittwoch, 6. März, 15.00 bis 17.00 Uhr, 7,00 € (inkl. ermäßigtem Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck) Museumsführung für Menschen mit und ohne Demenz **Nur Adelskultur und Herrenhäuser? Die wechselvolle Geschichte der Deutschbalten im Baltikum** Dr. Eike Eckert und Silke Straatman führen an Demenz erkrankte Menschen und ihre Begleitpersonen durch die Deutschbaltische Abteilung. Wer waren eigentlich die Deutschbalten? Welche herausragenden Museumsobjekte zeigen gemeinsame Merkmale dieser ehemaligen im heutigen Estland und Lettland ansässigen deutschsprachigen Minderheit? Wir gehen auf die Suche nach den Spuren einer wechselvollen Geschichte. Die interaktive Museumsführung findet ihren Abschluss in gemütlicher Runde bei Kaffee, Tee und Gebäck, wo über das Erlebte gesprochen werden kann. Maximal 6 Paare / 12 Personen können

teilnehmen. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Alzheimer Gesellschaft Lüneburg e.V. statt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder Email: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 10. März, 14.00 bis 17.00 Uhr, Gebühr (inkl. Wolle) Erwachsene 15,00 € und Kinder 10,00 €, mit HanseCard 50% Ermäßigung **Familiennachmittag: Filzworkshop für Anfänger und Fortgeschrittene** An diesem Familiensonntag gibt es wieder tolle Inspirationen für einfache kleine Filzobjekte. Neben Grundanleitungen fürs Filzen mit der Nadel liefert Joanna Margner auch reichlich praktische Wissen und ausführliche Informationen. Gemeinsam können Groß und Klein den Umgang mit der Filznadel und die Schönheit der pflanzengefärbten Wolle kennenlernen und ausprobieren. Spaß macht es, Frühlingsblumen, Osterhasen, kleine Figuren oder Motive nach verschiedenen Mustern oder frei nach eigenen Ideen umzusetzen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

„Lebensbilder“ – Biografien deutscher Vertriebener

„Lebensbilder“ – Biografien deutscher Vertriebener im Oldenburger Land vorgestellt **Neue Publikation macht Leistungen der Vertriebenen sichtbar.**

Oldenburg – Mit der Publikation „Lebensbilder – Biografien deutscher Vertriebener und Flüchtlinge im Oldenburger Land“ hat die Arbeitsgemeinschaft Vertriebene (AG Vertriebene) der Oldenburgischen Landschaft die Leistungen personalisiert, die Vertriebene in Oldenburg und im Oldenburger Land erbracht haben.

200.000 Menschen kamen ab 1944/45 durch den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen neu ins Oldenburger Land. Ihre Integration stellte die Region vor Herausforderungen und stieß auch auf Widerstand innerhalb der ansässigen Bevölkerung.

Unter Federführung von AG-Leiterin Dr. Gisela Bochers hat die AG Vertriebene 116 Biografien und eine 40 Persönlichkeiten umfassende Liste mit Kurzinformationen zusammengestellt. Die Menschen, um die es geht, stam-

men alle ursprünglich von jenseits der Oder-Neiße-Linie oder aus dem Sudetenland. „Wir haben den Fokus auf ihr Wirken im Oldenburger Land gelegt“, so Borchers. Spiritus Rector des Projektes sei Landtagspräsident a.D. Horst Milde gewesen, der selbst Biografien beigesteuert hat und mit Rat und Tat viel bewirkt, den Abschluss aber leider nicht mehr erlebt habe.

In den „Lebensbildern“ sprechen Menschen durch ihre Lebensläufe zu uns und lassen uns dadurch ihre Lebensleistung ganz unmittelbar erfahren. Dadurch werden die so wesentlichen Verdienste von Vertriebenen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur in Oldenburg und im Oldenburger Land umso sichtbar. „Der Blick fällt auf Menschen, die wir selbst noch erlebt haben“, beschreibt Landschaftspräsident Prof. Dr. Uwe Meiners seinen ersten Eindruck. Der biographische Zugang mache es leicht, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, lobt Landschaftsdirektorin Dr. Franziska Meifort das Konzept und zeigt sich beeindruckt von der dort geschilderten Lebensleistung der Men-



schen, die im Oldenburger Land eine neue Heimat finden mussten und sich aktiv den damit verbundenen Herausforderungen stellten. Das sei beispielgebend auch für die heutige Situation, in der es ebenfalls um die Integration vieler Menschen ginge, die neu zu uns gekommen seien.

Gisela Borchers (Hrsg.): „**Lebensbilder**“. Biografien deutscher Vertriebener im Oldenburger Land, 258 S., Abb., geb., Isensee Verlag, Oldenburg 2023, ISBN 978-3-7308-2082-7, Preis: 25 Euro.

AG Vertriebene in der Oldenburgischen Landschaft

Heimatkreisgemeinschaften



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

66. Heimatpolitische Tagung

Rotenburg (Wümme) – Wochenende, 17 und 18. Februar, ab 14 Uhr, Ratsgymnasium, Gerberstraße 14: Die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) laden alle Ostpreußen, die Freunde unserer Heimat sowie geschichtlich und kulturell Interessierte zur 66. Heimatpolitischen Tagung ein. Am Sonnabend, 17. Februar, beginnt die Veranstaltung um 15 Uhr, ab 14 Uhr werden Kaffee und Kuchen an-

geboten. Nach Eröffnung und Grußworten folgen die Vorträge von Dr. Thomas Klingebiel: „Hannover – vom Königreich zur preußischen Provinz“ sowie von Heinrich Prinz von Hannover und Herzog zu Braunschweig und Lüneburg: „Das Haus Hannover zwischen preußischer Annexion und dem Ausgleich mit den Hohenzollern“. Beim gemeinsamen Elchbraten-Essen klingt der Abend in gemütlicher Runde aus. Wie in den Vorjahren werden die Bömsholzer Jagdhornbläser den Sonnabend musikalisch begleiten.

Mit seinem Vortrag zum Thema „Walter und Edith von Sanden-Guja – Naturschriftsteller und Tierplastikerin – Leben und Werk“ wird Dr. Christoph Hinkelmann am Sonntag, 18. Februar, den zweiten Tag um 10 Uhr beginnen. Der gemeinsame Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ bildet

den Schlusspunkt der Tagung gegen Mittag.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Abendessen zum Preis von 30,- Euro sowie eventueller Übernachtungswünsche, werden schnellstmöglich erbeten an: Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme, interessante Vorträge und viele, gute Gespräche.

Björn Bröcher



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, **Gst.:** Doris Biewald, Blümenstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschäftsstelle@kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Wochenende, 5. bis 6. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen.

Die Räumlichkeiten im Hotel Esplanade sind bereits gebucht. Übernachtungsmöglichkeiten stehen ausreichend zur Verfügung. Unter dem Buchungstschwort „Hauptkreistreffen Gerdauen“ können Doppel- (130 Euro) und Einzelzimmer (85 Euro) mit Frühstück ab sofort reserviert werden. Bitte richten Sie Ihre Anfragen an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de. Außerdem können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Tourist-Information Bad Nenndorf, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 748560, E-Mail: tourist-info@bad-nenndorf.de, Internet: www.bad-nenndorf.de, wenden.

Wir würden uns sehr freuen, Sie in Bad Nenndorf begrüßen zu können. Das Programm des Treffens wird derzeit erarbeitet und recht-

zeitig an dieser Stelle, in unserem Heimatbrief und auf unserer Internetseite unter www.kreis-gerdauen.de veröffentlicht.

Walter Mogk, Kreisvertreter



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Reise 9. bis 17. Juni

Die Kreisgemeinschaft Pr. Eylau plant in diesem Jahr gemeinsam mit der Patenstadt Verden und dem Landkreis Verden eine Reise in den südlichen Teil des Kreises und zu anderen interessanten Zielen im südlichen Ostpreußen vom 9. bis 17. Juni. Anmeldungen erbitten wir spätestens bis zum 1. März, damit wir einen Überblick bekommen, ob die notwendige Mindestteilnehmerzahl von 25 Personen erreicht wird, damit die Reise durchgeführt werden kann.

Die Route zum ersten Ziel Danzig führt per Bus vorbei an Hannover und Potsdam mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute und weiter über Frankfurt an der Oder und Posen. Eine Weiterfahrt nach Elbing wird mit der Überquerung der Weichsel und einer Fahrt auf dem Oberländischen Kanal verbunden. Weitere Ziele auf dem Reiseplan: Cadinen, Frauenburg, Kahlberg auf der Frischen Nehrung, die Marienburg, Allenstein und Heilsberg, die Verdener Patenstadt Landsberg [Gorowo Ilaweckie] im Kreis Pr. Eylau. Der Bürgermeister

ANZEIGE

In deine Hände befehle ich meinen Geist,
du hast mich erlöst, Herr, du treuer Gott.
Psalm 31,6

Gott der Herr nahm unsere liebe Schwester, Tante und Großtante zu sich in sein himmlisches Reich.

Ilse Bellin

* 2. Juni 1921 in Stettin
† 27. Januar 2024 in Hannover

In Liebe und Dankbarkeit

Ferdinand Bellin
Renate Bellin mit Jürgen Schmidt und Kindern
Christa Bellin mit Kindern
Martin und Susanne Bellin mit Kindern
Claudia Bellin

Die Trauerfeier mit anschließender Beerdigung fand in Hannover statt.

Wiese Bestattungen, Baumschulallee 32, 30625 Hannover, Tel.: (0511) 957 857

hat uns zu einem offiziellen Empfang im Rathaus eingeladen.

Gut Gallingen, Kloster Heilige Linde, Lötzen, per Schiff weiter nach Angerburg und weiter nach Steinort und Hohenstein sind die Stationen, bevor es am achten Tag wieder über Posen in Richtung Verden geht. Die Rückkunft in Verden ist am neunten Tag, 17. Juni, gegen 19.30 Uhr geplant.

Genauere Informationen zur Reise wie den Reisepreis pro Person für alle Kosten inklusive Halbpension finden Sie auf der Internetseite der Kreisgemeinschaft www.preussisch-eylau.de unter der Rubrik „Termine und Aktivitäten“ oder können bei der Kreisvorsitzenden Evelyn v. Borries unter Telefon (02103) 64759 erfragt werden.

Evelyn v. Borries

Forum Baltikum – Dittchenbühne



Dittchenbühne bietet Reparatur-Service

Defekte Geräte wie Wasserkocher, Toaster, Heizstrahler oder Lampen, Kleinmöbel aus Haushalt, Home-Office und Freizeitbereich sowie Kleidung können während der normalen Öffnungszeiten im Büro des Elmshorner Mehrgenerationenhauses „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ zur Reparatur abgegeben werden.

„Es gibt ja kaum noch Möglichkeiten, so etwas reparieren zu lassen“, erläutert Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt. „Meist heißt es nur: Kaufen Sie doch einfach etwas Neues!“ Ganz im Sinne der Nachhaltigkeit bietet das „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ dagegen an, Reparaturbedürftiges

wieder funktionsfähig zu machen. Dafür engagieren sich ehrenamtliche Mitarbeiter des Mehrgenerationenhauses mit viel Erfahrung, handwerklichem Geschick und zum Teil sogar mit Meisterbrief im Rahmen des Reparatur-Service. Neufeldt: „Diese Dienstleistung ist ehrenamtlich und damit kostenfrei. Nur wenn wir selbst – nach Rücksprache mit dem Auftraggeber – Ersatzteile kaufen müssen, berechnen wir diese Kosten.“

Nähere Informationen beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Ruf: 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Stricktreff an der Dittchenbühne

Die Handfärberin Heike vom Wollenschaf lädt einmal im Monat einen Tag lang Strickfreundinnen und -freunde ins Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ ein. Bei dieser Veranstaltung handelt es sich nicht um einen Strickkurs, sondern um eine Möglichkeit, beim Stricken miteinander ins Gespräch zu kommen, Erfahrungen auszutauschen sowie Tipps zu bekommen und Tricks zu erlernen, die dieses Hobby noch interessan-

ter machen. Die Leitung hat Heike Rehfeldt.

Termine in diesem Jahr: 17. Februar, 16. März, 20. April, 25. Mai, 22. Juni, 20. Juli, 17. August, 21. September, 19. Oktober und 23. November – jeweils von 10 bis 16 Uhr. Strickutensilien sind mitzubringen.

Anmeldung unter Telefon 04121 – 89710 oder E-Mail buero@dittchenbuehne.de.

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

UNION-GIESSEREI KÖNIGSBERG

Aufstieg und Fall einer preußischen Fabrik

Keine Aufträge nach dem Ersten Weltkrieg – Die Abtrennung Ostpreußens vom Deutschen Reich zog massive Probleme nach sich

VON WOLFGANG KAUFMANN

Gustav Schnell war ein hoch angesehener Kaufmann und Reeder aus Königsberg, der in den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Fremdherrschaft gekämpft hatte. Gemeinsam mit seinen Schwagern Friedrich Laubmeyer und Carl August Dultz gründete er am 1. Mai 1828 eine Eisengießerei auf der Laak am Ufer des Pregel westlich der Königsberger Altstadt. Diese firmierte ab 1845 als Union-Gießerei OHG und begann im Jahr darauf mit der Herstellung von Kesseln sowie Dampfmaschinen – dazu kamen später Lokomotiven. Die erste Lok für die Königlich Preußische Ostbahn wurde am 5. Dezember 1855 ausgeliefert.

In den Jahren danach avancierte die Union-Gießerei zu einem der größten Produzenten von Lokomotiven im gesamten Deutschen Reich. 1878 verließ die 100. Lok das Werk und am 13. März 1899 die eintausendste. Insgesamt wurden in den Königsberger Werkhallen mindestens 2792 Lokomotiven gebaut. Zur Produktpalette des Unternehmens gehörten aber auch Kräne, Brücken und Dampfschiffe.

Größter Lok-Produzent

Der erste Raddampfer mit eisernem Rumpf und einer 40-PS-Maschine lief am 5. Juni 1855 vom Stapel und erhielt den Namen „Schnell“ – eine Hommage an den Unternehmensgründer, der es bis zum Geheimen Kommerzienrat und Admiraltätsrat brachte und als anerkannter Experte für das Handels- und Seerecht galt. Alles in allem stellte die Union-Gießerei in Königsberg 189 größere und kleinere Schiffe fertig – neben Raddampfern auch Fracht- und Fischdampfer, Schlepper und Fahrgastsschiffe.

Am 2. Juni 1881 wurde das mit der Zeit immer erfolgreicher agierende Unterneh-



Dampflok des Typs T14: Diese Baureihe entstand in der Union-Gießerei OHG, dem Hersteller von Lokomotiven für die Königlich Preußische Ostbahn

Foto: MPW57

men in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Zehn Jahre später war es die größte Maschinenfabrik in ganz Ostpreußen. Das brachte jedoch auch Probleme mit sich. So erregte der zunehmend stärker werdende Lärm der Produktionsstätten das Missfallen der Anwohner und städtischen Behörden. Deshalb zog die Union-Gießerei schließlich im Jahre 1907 nach Contienen am unteren Pregel um, wo sie sich ungehindert ausbreiten konnte.

Dann folgten nach dem Ersten Weltkrieg die Abtrennung Ostpreußens vom übrigen Reichsgebiet durch das Diktat von Versailles und der spätere Ausschluss der Union-Gießerei aus dem Lokquoten-

system der Deutschen Reichsbahn: Im Gegensatz zu anderen Herstellern im Westen erhielt sie keine automatischen Aufträge der Bahn für neue Lokomotiven. Bestellungen gab es erst wieder 1927 im Zuge der Ostlandhilfe, doch diese kamen zu spät, um die Lokomotivbauparte des Unternehmens zu retten. Daher war die Union-Gießerei nach der Auslieferung der letzten Exemplare im Jahre 1929 wirtschaftlich am Ende und wurde am 17. März 1930 von der F. Schichau GmbH in Elbing übernommen.

Dieses Unternehmen existierte seit dem 4. Oktober 1837 und produzierte ebenfalls Lokomotiven und Schiffe, wozu

ab 1877 auch Kriegsschiffe gehörten. Als besondere Spezialität von Schichau galten die Torpedoboote und Zerstörer, von denen bis 1918 483 Stück vom Stapel liefen. Dazu kamen Kreuzer und Linienschiffe. Aufgrund der beengten Verhältnisse in Elbing begann Schichau ab 1899 zu expandieren. So entstanden beispielsweise Niederlassungen in Pillau, Danzig und Riga.

Um 1925 steckten die Schichau-Werke zeitweise in ähnlichen Nöten wie die Union-Gießerei. Allerdings wurden sie auf Beschluss des Reichstages mit Staatsmitteln saniert, um das wichtigste Schiffbauunternehmen im Osten Deutschlands

zu retten. Dann ging es ab 1935 wieder steil bergauf, weil die Kriegsmarine des Dritten Reiches in wachsendem Maße Aufträge erteilte. Nun fertigte Schichau erneut Torpedoboote sowie auch Minensucher und 94 Hochsee-U-Boote der Typen VII C und XXI. Die Minensuchboote der Klasse 1943 mit den Kennungen M 801 bis M 816 entstanden auf dem Gelände der ehemaligen Union-Gießerei in Königsberg – genauso wie die Flottentanker vom Typ „Norderney“ und etliche Schlepper für die Kriegsmarine.

Schiffe für die Marine

1941 erfolgte die Umwandlung der F. Schichau, Maschinen- und Lokomotivfabrik, Schiffswerft und Eisengießerei GmbH in eine Aktiengesellschaft. In diesem Zusammenhang mutierte das Zweigwerk in der ostpreußischen Provinzhauptstadt zur F. Schichau GmbH Königsberg, die unter der Leitung von Woldemar Rodin stand. Dieses Unternehmen beschäftigte 1944 14.000 Mitarbeiter.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges geriet das Königsberger Gebiet in die Hände der Sowjetunion, welche die Werft auf dem Gelände der ehemaligen Union-Gießerei weiterbetrieb – zuerst unter der Bezeichnung „Werft No. 820“ und dann unter dem Namen „Pribaltijskij Sudostroitel'nyj Sawod Jantar“ (Ostsee-Schiffsbaubetrieb Bernstein). Zu Sowjetzeiten entstanden hier etliche Fregatten, Landungsschiffe, Zerstörer und U-Boot-Jäger für die Seekriegsflotte der UdSSR.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde die Werft Teil des russischen Großunternehmens Obedinjonnaja Sudostroitel'naja Korporazija (OSK) und fertigte vor allem Patrouillenboote und Vermessungsschiffe für den Export sowie drei große Fregatten der Admiral-Grigorowitsch-Klasse und das unbewaffnete Aufklärungsschiff „Jantar“ für die russische Marine.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Bauern verlangen Entschädigungen aus Kriegsfonds

Polens Landwirte sehen die westlichen Agrarriesen vor ihrer östlichen Haustür und fordern umfangreiche Subventionen

Am 9. Februar wurde polenweit zum Generalstreik der Bauern aufgerufen. In Küstrin [Kostrzyn nad Odrą] hatten deutsche Bauern nachts den Grenzübergang blockiert. Die Stadt an der Mündung der Warthe liegt rund 80 Kilometer östlich von Berlin und etwa 90 Kilometer südlich von Stettin. Ab 10 Uhr kamen polnische Trecker nach Küstrin und versperrten die Landesstraßen 31 und 22. Am Dienstag saß man im Bürgermeisteramt am Krisentisch. Vor allem für in der Bundesrepublik arbeitende Menschen werde es schwierig sein, den Arbeitsplatz zu erreichen, so Bürgermeister Andrzej Kunt gegenüber der „Gazeta Lubuska“ („Lebuser Zeitung“). Auch der Warentransport Richtung Schwetig [Świecko] werde unterbrochen.

Die Bauern in der Republik Polen wollen nicht länger von Brüssel bevormundet werden. Der sogenannte Green Deal, oder „zielony ład“ (Grüne Ordnung), wie man das Paket politischer Initiativen der EU in der Republik Polen nennt, sei nicht umsetzbar, heißt es seitens der Landwirte. Zudem wolle man die Einfuhr ukrainischer Lebensmittel und landwirtschaftlicher Produkte nach Polen stoppen. Zum Dritten sei man gegen die Einschränkung der Tierzucht in Polen. „Wir fordern Entschädigungen aus dem Kriegsfonds in Form

von Subventionen für Getreide, Raps, Milch, Düngemittel und höhere Zuschüsse für Kraftstoff“, sagte Grzegorz Bardowski, der aus der polnischen Version von „Bauer sucht Frau“ polenweit bekannt ist. „Die Ukraine kann die polnische und die europäische Landwirtschaft ohne mit der Wimper zu zucken auf ein Mal schlucken. Wenn es heißt, die Ukraine kann ganz Afrika ernähren, was ist dann für sie so ein Europa?“, fragte er und zählte auf, dass die Hälfte der ukrainischen Agrarflächen ausländischen Agrar-Holdings gehöre, davon seien 360.000 Hektar in Luxemburg, 670.000 in Zypern oder 200.000 in Saudi-Arabien registriert.

TV-Bauer wettert gegen EU

„Glaubt ihr etwa, dass die Einkommen aus diesen Holdings in der Ukraine bleiben?“, fragte Bardowski und zählte auf, wie viele Pflanzenschutzmittel von der EU als schädlich ausgewiesen sind, die in der Ukraine eingesetzt werden. „Und dann sollen wir auch noch vier Prozent unserer Böden brach legen. Welch ein Absurdum! ... Genug ist genug!“, wetterte er. Es müsse sich für die Landwirte wieder lohnen zu produzieren.

Sollte der Generalstreik am 9. Februar nicht die gewünschten Folgen nach sich

ziehen, ist der nächste für den 20. Februar vorgesehen. Am 9. Februar hatten in 300 Ortschaften Traktoren Straßen in allen Woiwodschaften blockiert, auch an der Grenze zur Ukraine. Am zahlreichsten sind Landwirte bei Posen und in Bromberg und auf der S3 Schnellstraße, die von Swinemünde über Liebau in Schlesien bis zur tschechisch-polnischen Grenze führt. 600 landwirtschaftliche Fahrzeuge wurden

in Bromberg gezählt, 1000 in Posen und 1500 in Lissa, berichtet das landwirtschaftliche Portal Wochenratgeber für Landwirte (Tygodnik Poradnik Rolniczy). Mirosław Stepa organisiert den Protest im Posener Landkreis Schrimm [Śrem] in der Woiwodschaft Großpolen. „2020 bekam ich für eine Tonne Roggen 585 Złoty (134 Euro). Gestern wurden mir für eine Tonne 500 Złoty (115 Euro) an-

geboten. Wie sollen wir davon leben?“, fragt Stepa.

Im schlesischen Namslau wollen die Bauern bis zum 19. Februar die Straßen blockieren. In Vorkarpatien haben polnische Landwirte die Zufahrt zur ukrainischen Grenze in Medyka gesperrt. Nur ein Lastwagen pro Stunde wurde durchgelassen. Während die Bauern auf den Straßen frieren, ging es am 9. Februar im polnischen Parlament heiß her. Der stellvertretende Landwirtschaftsminister Michał Kołodziejczak von der linken Agrarunion hat der PiS-Opposition vorgeworfen, sie sei nicht patriotisch und ihr Regieren hätte dazu beigetragen, dass „nach Polen alles rein konnte“. Mit alles sind Agrarmittel gemeint. Damit hatte Kołodziejczak fast eine Prügelei entfacht. Euroskeptiker Krzysztof Mulawa goss Öl ins Feuer, indem er ebenfalls die PiS attackierte, sie hätten die polnische Landwirtschaft an die EU verraten. Sebastian Łukaszewicz (PiS) zeigte ein Video auf seinem Tablet herum, in dem Kołodziejczak eine Bäuerin aus Podlchien einschüchert. Parlamentspräsident Szymon Hołownia beendete die verbale Ausschreitung mit den Worten: „Wir sind hier nicht im Fight-Club“. Die polnischen Bauern haben ihren Kampf noch lange nicht beendet. Chris W. Wagner



Unterwegs mit polnischen Bauern: Auf der Fahrt zum Protest

Foto: Wagner

ZUM 100. TODESTAG

Ein Magier der Nacht

Der pommersche Maler Louis Douzette zwischen Romantik und Impressionismus

VON MARTIN STOLZENAU

Vom 21. Februar an zeigt das Vineta-Museum in Barth an der Ostsee zum 100. Todestag von Louis Douzette eine repräsentative Werkschau. Die Ausstellung erwartet ihre Besucher unter dem Titel „Louis Douzette, der Magier der Nacht zwischen Romantik und Impressionismus“. Im Mittelpunkt stehen die Arbeiten des Jubilars aus allen Lebensbereichen. Die Palette reicht von mehreren Skizzenbüchern über Zeichnungen, Radierungen sowie Aquarellen bis zu Ölgemälden, die den Hauptteil der Werkschau bilden.

Es handelt sich um Arbeiten aus eigenem Bestand, Leihgaben und Objekte aus dem kürzlich dem Vineta-Museum überlassenen Nachlass des Künstlers. Dieses umfangreiche Konvolut, das die „Verwurzelung des Schaffens von Douzette in der romantischen Malerei von Caspar David Friedrich und seine zusätzliche Orientierung an niederländische Vorbilder dokumentiert, wird ergänzt durch interessante Werke aus dem Schaffen der Lehrer und Wegbegleiter des Malers.

Außergewöhnlicher Nachlass

Eine solche Ausstellung zu Douzette gab es hinsichtlich Qualität und Quantität bisher noch nicht in Deutschland. Dem Vineta-Museum gelingt damit ein großer Wurf, mit dem das meisterliche Können des großen norddeutschen Landschaftsmalers dokumentiert wird, der besonders durch seine Mondscheindarstellungen einen hervorragenden Ruf besitzt und in die Kunstgeschichte einging.

Douzette wurde am 25. September 1834 als Sohn eines hugenottischen Malermeisters in Triebsees bei Grimmen in Vorpommern geboren. Nach erstem Zeichen- und Malunterricht beim Vater sowie einer gründlichen Malerlehre in Franzburg und Barth erarbeitete er sich ab 1856 in Berlin als Handwerker die Mittel, um 1863 in einem Atelier als freier Malschüler Aufnahme zu finden.

Zunächst prägte ihn der Landschafts- und Marinemaler Hermann Eschke. Dazu kam das Kopieren berühmter Meister in

den Berliner Museen. 1864 gelang ihm nach dem Vorbild eines Niederländers seine erste Mondscheinlandschaft, die

von Barbizon, eine Gruppe französischer Landschaftsmaler. Die meisten Anregungen holte er sich jedoch vom Werk des

sowie der Darß mit Prerow seine Lieblingsorten waren, die vielfältige Motive lieferten. Das spiegelt sich auch in vielen Arbeiten der aktuellen Barther Ausstellung wider. Allerdings schuf Douzette seine Landschaften nur selten vor der Natur. Er erstellte zunächst umfangreiche Skizzen, wie die ausgestellten Skizzenbücher belegen, die dann die Grundlage seiner Kompositionen bildeten. In Konsequenz der intensiven Beschäftigung mit dem Zusammenspiel von Licht und Wasser entwickelte er sich zu einem bekannten Spezialisten für Dämmerungs- sowie Mondscheinlandschaften am Meer.

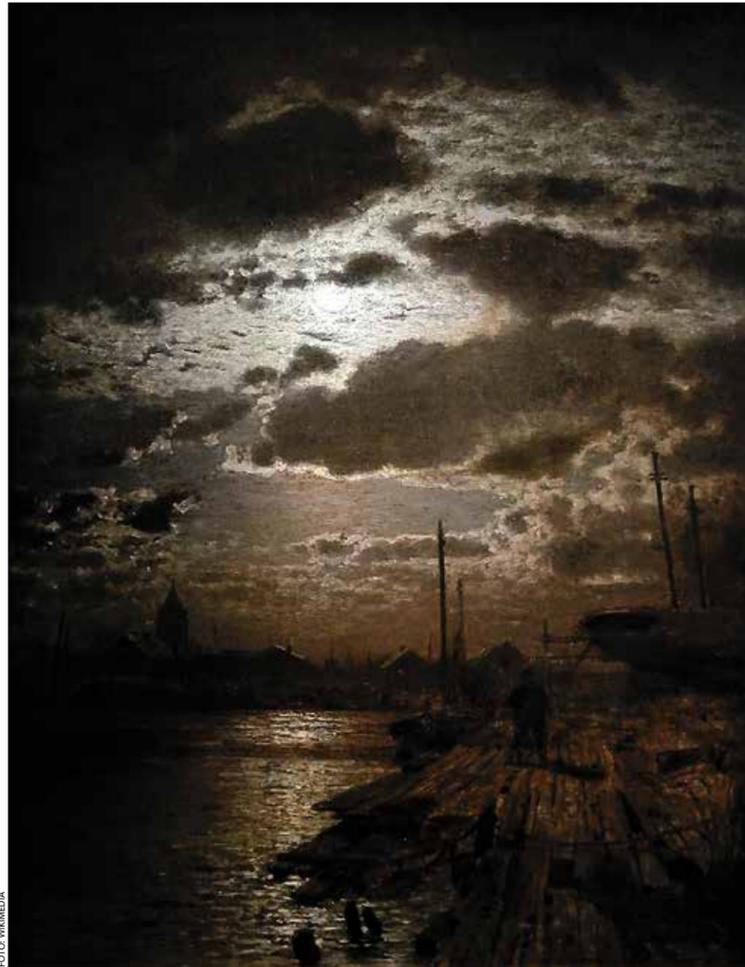
Ehrenbürger der Stadt

Ab 1894 war der „Mondschein-Douzette“ jährlich bei den Großen Berliner Kunstausstellungen vertreten. 1895 zog er mit der Familie seines ebenfalls malenden Schwiegersohnes auf Dauer nach Barth, wo er sich weiter die Bodden- sowie Ostseelandschaft in ihrer ganzen Vielfalt erschloss. Anlässlich seines 76. Geburtstages verlieh ihm die Stadt Barth am 25. September 1910 das Ehrenbürgerrecht. An seiner Villa in der Chausseestraße 19 in Barth, heute Villa Kunterbunt, befindet sich eine Gedenktafel.

Am 21. Februar 1924 verstarb der Landschaftsmaler in hohem Ansehen. Seine Bilder waren einst überaus gefragt. Sie zieren bis heute viele Privatsammlungen und hängen außer in Barth, Greifswald, Stralsund und Rostock auch in zahlreichen ausländischen Museen. Einige Arbeiten fanden sogar den Weg in die USA und nach Australien wie sein Werk „Mondnacht in Venedig“, das in Melbourne zu sehen ist.

Die Barther Schau, die bis zum 25. September zu sehen ist, zeigt erstmalig den umfangreichen Nachlass des Künstlers, der 2021 dem Vineta-Museum übergeben wurde. Heimische pommersche Landschaften zwischen Prerowstrom, Barther Bodden und Ostseeküste tauchen ein in ein dunkles eingerahmtes Lichtflimmern. Das Markenzeichen des Malers erscheint dadurch in vielen Varianten.

● www.vineta-museum.de



Das Mondlicht magisch eingefangen: Das Gemälde „Mondschein über Barther Werft“ von Louis Douzette

ihm von allen Seiten viel Lob einbrachte und deren Motiv in der Folge zu seinem Markenzeichen wurde.

Als er von seiner Kunst leben konnte, heiratete er und leistete sich ausgedehnte Studienreisen. Zunächst weilte er auf Rügen, Hiddensee sowie Vilm. In Paris studierte er später die sogenannte Schule

niederländischen Landschaftsmalers Jacob Izaakszoon van Ruisdael.

Einmalige Ausstellung in Barth

Der Hauptwohnsitz von Douzette blieb bis zum frühen Tod seiner Frau 1895 Berlin. Die Sommer verbrachte er in der Regel an der Ostsee, wo Barth am Bodden

● MELDUNGEN

Hochwasser, Nachtlauf und Stolpersteine

Stettin – Die Anmeldung zum „5. Stettiner Nachtlauf“ hat begonnen. Der Lauf erfolgt in der Nacht vom 10. zum 11. Mai auf Strecken von fünf und zehn Kilometer durch die Innenstadt. Start ist an der Quistorp Aue. Die Teilnehmerzahl ist auf 1500 Läufer beschränkt. TS

Wolgast – Vorpommern brodelt: Autokorsos und Proteste gegen Landes- und Bundespolitik gab es in Wolgast, Stralsund und auf Usedom. Am 7. Februar wurden Vorschläge für die Zukunft vom „Unternehmeraufstand MV“ an Heiko Miraß, Staatssekretär für Vorpommern, übergeben. TS

Stargard – Auch jenseits der Oder gibt es weiter Unmut: Die Bauern beteiligen sich seit dem 9. Februar für etwa 30 Tage landesweit an der Blockade von Straßen und Autobahnen. Die Proteste richten sich gegen den „Green Deal“ der EU und zollfreie Einführen ukrainischer Waren. TS

Greifswald – Am 11. und 13. Februar wurde mit einem Gang zu Stolpersteinen, einer Andacht und einem Konzert im Dom St. Nikolai dem Beginn der Deportation pommerscher Juden im Februar 1940 gedacht. Veranstalter war der Pommersche Evangelische Kirchenkreis (PEK). TS

Stolp – Die aus den 1930er Jahren stammende Stahlbogenbrücke über die Stolpe, die bereits im Jahre 2007 für den Autoverkehr gesperrt wurde, wird derzeit abgebaut. Die historische Stahlkonstruktion mit Nietverbindungen ist denkmalgeschützt und soll restauriert werden. TS

Lauenburg – Hier fielen vergangene Woche die meisten Niederschläge in Hinterpommern. Im Tal der Leba stiegen die Wasserstände. Am 7. Februar wurden 32,6 Liter Niederschlag pro Quadratmeter registriert. Keller und Straßen wurden überflutet. Die Feuerwehr war im Dauereinsatz. TS

HINTERPOMMERN

Hilfreiches Kartenwerk – nicht nur für die Spurensuche

Neue Landkarte Westpreußens Ostseeküste und Hinterpommerns Osten im Maßstab 1:100.000

Die neue Landkarte schließt die Lücke im Blochplan-Landkarten-Angebot zwischen den Karten von West- und Ostpreußen und den zuletzt neu erschienenen Landkarten von Hinterpommern. Damit ist jetzt die gesamte heute polnische Ostseeküste mit ihren Badeorten und ihrem Hinterland im detaillierten Maßstab 1:100.000 kartographisch einheitlich erfasst – was neben den Menschen, die aus dieser Gegend stammen beziehungsweise dort Vorfahren hatten, vielleicht auch Sommer-/Küstenurlauber ohne persönlichen Bezug, aber mit Interesse an Landschaft und Geschichte ansprechen dürfte.

Die neue Landkarte „Westpreußens Ostseeküste und Hinterpommerns Osten“ stellt den Küstenabschnitt zwischen Stolpmünde bis zur Putziger Nehrung/Halbinsel Hela und das südlich daran anschließende westpreußische Gebiet mit Gdingen, Zoppot und Danzig einschließlich dem pommerschen, kaschubischen/pommerellischen Binnenland um die Städte Karthaus [Kartuzy], Lauenburg [Lębork] und Stolp [Słupsk] dar.

Sie enthält somit neben der Ostspitze der historischen preußischen Provinz Pommern auch Teile der bis 1920 existenten Provinz Westpreußen beziehungsweise des späteren sogenannten „Polnischen Korridors“. Heute gehört alles zur Woiwodschaft Pomorskie/Pommern. Die Grenzverläufe des 20. Jahrhunderts sind in der Karte dargestellt.

Neben dem Küstenland mit seinen Sandstränden, Dünen, Küstenwäldern und den großen ufernahen Binnenseen wird das Gebiet durch seine sanft hügelige Landschaft mit pilzreichen Wäldern und ruhigen Dörfern geprägt.

Von den klassischen Ostsee-Badeorten sind Stolpmünde [Ustka], Leba [Leba] und vor allem Zoppot [Sopot] besonders bekannt und beliebt. Aber auch vor und auf der zum Teil nur 200 Meter breiten, aber zirka 35 Kilometer langen Halbinsel Hela beziehungsweise Putziger Nehrung gibt es in mehreren Badeorten neben breiten hellen Sandstränden vieles Weiteres, was das Herz der Erholungsuchenden begehrt.



Lange erwartet: Die neue Landkarte mit deutschen, polnischen und kaschubischen Namen der Orte und Wohnplätze und dazu zwei Ortsregistern

Die Karte beinhaltet auch einen aktuellen Stadtplan von Zoppot im Maßstab 1:20.000, auf dem neben allem touristisch Sehenswertem die deutschen Straßen- und Stadtteilnamen von 1934 verzeichnet sind, was geschichtliche Forschungen erleichtert.

Die bedeutende und wunderschöne westpreußische Hauptstadt Danzig, später Freistaat Danzig, mit ihrer reichen Geschichte ist mit ihrem Umland abgebildet. Dazu zählt neben dem bereits erwähnten Zoppot auch das zur jetzigen sogenannten Dreistadt gehörende Gdingen, das sich aufgrund der besonderen Lage im kurzen Ostseeküstenabschnitt Polens zur Zwischenkriegszeit in den vergangenen 100 Jahren rasant vom Fischerdorf zu einer lebendigen Groß- und Hafenstadt entwickelt hat.

Im sowohl für den Autofahrer als auch für andere touristisch Interessierte gut lesbaren Maßstab 1:100.000 werden detailliert Sehenswürdigkeiten, ausgebaute Fahrradrouten, ausgewählte Kanutouren, alle Fern- und Landstraßen sowie die

wichtigsten Stadtstraßen, dazu intakte, stillgelegte sowie abgebaute Eisenbahnstrecken und zur besseren Orientierung geschichtlich interessierter Nutzer neben den aktuellen auch die maßgeblichen historischen Verwaltungs- und Staatsgrenzen gezeigt.

Alle in diesem Gebiet vorhandenen Orte und Wohnplätze – auch die nach 1945 verschwundenen – sind mit ihren polnischen und ihren deutschen sowie gegebenenfalls den kaschubischen Ortsnamen dargestellt und in zwei Ortsregistern auf der Rückseite verzeichnet. PAZ

● Karte 100 x 63 Zentimeter, gefalzt 12,5 x 21 Zentimeter, 1. Auflage 2024, ISBN 9783982525259, Preis: 11,95 Euro Bestellbar per Telefon, Mail oder direkt auf der Webseite: www.blochplan.de/p/landkarten/hinterpommern/westpreussens-ostseekueste. Adresse: Stadtplanerei BLOCHPLAN, Elisabethkirchstraße 14, 10115 Berlin, Telefon (030) 449 5339, E-Mail: info@blochplan.de

„Von Königsberg geht eine Heil bringende Kraft aus“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich liebe Ihre Zeitung und es erfreut mich jedes Mal, die spannenden und sehr informativen Texte zu lesen. Deutschland/Preußen braucht Redaktionen wie diejenige der PAZ.“

Jörg Fiebig,
Berlin



Ausgabe Nr. 5

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

„WAGE ES, WEISE ZU SEIN!“
ZU: PAZ-SPEZIAL – IMMANUEL KANT (NR. 4)

Mit wem wollte man den großen Königsberger Philosophen Immanuel Kant vergleichen? Er prägte die Philosophiegeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts wie kein anderer. Mit Konfuzius, dem einflussreichsten chinesischen Weisen und mit dem Athener Sokrates dürfte er zu den bedeutendsten und einflussreichsten Denkern der Weltgeschichte der Philosophie zählen.

Was Kant für die Philosophie geleistet hat, entspricht vielleicht dem, was seine Zeitgenossen Johann Wolfgang von Goethe für die Literatur und Ludwig van Beethoven für die Musik geschaffen haben.

So stimmt es mich traurig, dass Deutschland die gemeinsamen „Kant-Feiern“ in Königsberg wegen des russischen Angriffskrieges abgesagt hat. Kant ist doch auch ein großer „Friedensstifter“, denn sein philosophischer Entwurf „Zum ewigen Frieden“ von 1795 zeigt noch immer Auswege aus unseren Kriegskatastrophen.

Haben wir vergessen, dass Königsberg die einzige deutsche Großstadt ist, die über fast 700 Jahre ihres Bestehens bis zum Zweiten Weltkrieg nicht einmal von außen gewaltsam erobert oder zerstört worden ist, trotz seiner exponierten Lage nahe der Grenze zu Russland? Erst deutscher Größenwahn bereitete dieser „Weltbürgerrepublik“ (Jürgen Manthey in seinem Buch „Königsberg“ von 2005) ein grausames Ende.

Eine „europäische Begegnung“ am Grabe Kants könnte auch heute der „Wiedergewinnung des Friedens“ dienen. Hannah Arendt, Tochter einer jüdischen Königsberger Familie, 1933 nach Frankreich und 1941 in die USA emigriert, erklärte bei einem Deutschlandbesuch 1964: „In meiner Art zu denken und zu urteilen komme ich immer noch aus Königsberg.“

Offenbar geht von Königsberg doch eine Heil bringende Kraft aus, die sowohl Arendt als auch Kant positiv inspirierte. Noch heute spricht der Königsberger Phi-

losoph: „Sapere aude!“, zu Deutsch: „Wage es, weise zu sein!“ („Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“). *Pfarrer Ottfried Wallau, Siegburg*

DIE IRRLEHRER DER KIRCHE
ZU: DER REINSTE STRAUSSEN-HANDEL (NR. 5)

Der Artikel über den Theologen David Friedrich Strauß greift ein Kapitel mit Langzeitwirkung auf. Als Zwischenstation steht Friedrich Nietzsche im Raum. Von Nietzsche wird berichtet, dass er in jungen Jahren ein glühender Christ war. Er wollte Missionar werden und für Jesus sterben. Dann las er Bücher wie „Das Leben Jesu“ von Strauß. Und diese Bücher haben seinen Glauben total zerstört. Dann wurde Nietzsche selbst zum Zerstörer des Glaubens. Man kann beobachten, dass Menschen, die in jungen Jahren Nietzsche gelesen haben, für den christlichen Glauben verloren sind, weil ihr Gehirn so verdreht ist, dass sie christliche Gedanken nicht mehr fassen können.

Projiziert man die damaligen Zustände auf die Gegenwart, ergeben sich einige Unterschiede. Damals bildete sich gegen die zerstörerischen Ansichten von Strauß noch starker Widerstand, sodass seine Karriere als akademischer Theologe gestoppt wurde. Heute hingegen sind die Irrlehrer in der akademischen Theologie und sogar in der Kirche zur Herrschaft gelangt. In der Evangelischen Kirche fristet der wahre christliche Glaube nur noch ein Nischendasein in kleinen Zirkeln.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

POLEN KOMMT IN FAHRT
ZU: PER ZUG VON GÖRLITZ NACH BAD FLINSBERG (NR. 4)

Vielen Dank für Ihren Artikel über die Niederschlesische Bahngesellschaft!

Tatsächlich konnten wir uns Ende Januar davon überzeugen, dass diese Reaktivierung der Bahnstrecke von Görlitz nach Bad Flinsberg eine tolle Leistung ist.

Während in Deutschland nur noch Propagandablasen bei solchen angekündigten Aktionen platzen, macht man in Polen „Nägel mit Köpfen“. Das wurde in dem Artikel auch durch die Aufzählung weiterer Projekte – besonders auch in Schlesien – zum Ausdruck gebracht.

Zur Ergänzung noch eine Bemerkung: Die Fahrtkosten für Senioren betragen vom polnischen Teil von Görlitz aus 16 Zloty (also zirka 4 Euro), und vom Bahnhof in Bad Flinsberg kann der Busverkehr kostenlos benutzt werden. Interessant ist dabei unter anderem als Ziel das Wintersportzentrum mit Skiabfahrten und Kabinenbahn zum Hausberg, den „Heufuder“, und zum Isergebirgskamm, der mit seinen durchschnittlich 1000 Metern Höhe sehr schneesicher ist (vergleichbar mit etwa 2000 Metern Höhe in den Alpen).

Monika und Manfred Kristen, Freital

ZUM SCHLACHTHOF GETRIEBEN
ZU: EINE REGIERUNG ZWISCHEN BESCHWÖRUNG UND OFFENBARUNG (NR. 4)

Großspurig kündete Kanzler Olaf Scholz bei Regierungsantritt eine rosige Zukunft mit der Gewissheit bleibenden Wohlstandes und nachhaltiger Sicherheit an. Man war an den Spruch erinnert: „Gebt mir zehn Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen.“ Scholz schaffte das in sogar nur zwei Jahren.

Beinahe im Handumdrehen fügte die rot-grüne Zeitenwende dem Land unermesslichen Schaden zu: Inflation, kalte Enteignung der Sparer, irreparable Staatsverschuldung, überhöhte Steuern, überhöhte Energiepreise, Rezession, Deindustrialisierung, Verarmung des Prekariats, Schrumpfen der Mittelschicht, Verfall der Infrastruktur, Verlust der Verteidigungsfähigkeit, Schwund der Inneren Sicherheit, Bildungskatastrophe, Migrations-skandal, Erosion der deutschen Identität, antidemokratische Sprachregelungen und Denkverbote sowie, *last but not least*, der forcierte Bevölkerungsaustausch.

Das Versagen der Politikklasse ist derart evident, dass sie verzweifelte Ablenkungsmanöver ins Werk setzt, vornehmlich, indem sie auf die Alternative für Deutschland eindrischt, so als ob von ihr ein Staatsstreich unmittelbar bevorstünde. Dabei hat es die AfD überhaupt nicht nötig, sich viel zu rühren.

Der unvermeidbare Zusammenstoß der rot-grünen Ideologie mit der bloßen Realität versetzt die Ampelkoalitionäre in panischen Schrecken und wird sie noch zu außerordentlichen Maßnahmen animieren. Verwunderlich dabei ist, dass Hunderttausende von Wählern gegen ihre eigenen Interessen auf die Straße gehen, eine Herde, die sich von den Wölfen im Schafspelz fröhlich blökend zum Schlachthof treiben lässt. *Adolf Frerk, Geldern*

ZUM HENKER MIT DEM PLAN
ZU: MEISTER DER „VERDRÄNGUNG“ (NR. 5)

Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien verhandelten nach der „Befreiung“ 1945 über einen Balkanbund mit der Aussicht, dass später dann ein kommunistisches Griechenland beitrifft. Mit der Eiszeit zwischen Stalin und Tito starb dieser Plan wie auch der griechische Bürgerkrieg, und die angeblichen Titoisten im Ostblock endeten meist beim Henker.

Peter Faethe, Bad Pyrmont

SPANNENDER STROMAUSFALL
ZU: DAS ENDE VOM MÄRCHEN DER SICHEREN ENERGIEWENDE (NR. 5)

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat die Phantasie wohl einen Streich gespielt, und so hat er die Realität mit seinen Märchenbüchern verwechselt. In seinem Buch „Kleine Helden, große Abenteuer“ von 2020 geht es unter anderem auch darum, wie spannend ein nächtlicher Stromausfall sein kann.

In der Realität ist ein Stromausfall nicht spannend, sondern eine Katastrophe. *Ulrich Bohl, Berlin*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

PSYCHOLOGIE

Ich, ich, ich

Wie umgehen mit einer narzisstisch angelegten Person? Die Persönlichkeitsstörung tobt sich besonders in den sozialen Medien aus

VON STEPHANIE SIECKMANN

In der Psychologie gibt es einen Persönlichkeitsaspekt, der seit einigen Jahren vermehrt in den Vordergrund rückt: der Narzissmus. Diese schon lange bekannte Persönlichkeitsstörung, die per Ferndiagnose häufig mit dem früheren und eventuell auch zukünftigen US-Präsidenten Donald Trump in Verbindung gebracht wird, ist geprägt von Selbstbewusstsein, gepaart mit gleichzeitiger Selbstunsicherheit, Empathie-Armut und dem Durst nach Bewunderung. Die Mischung hat es in sich, sie fasziniert und verstört. Studien wollen herausgefunden haben, dass das Phänomen Narzissmus deshalb aktuell in den Vordergrund rückt, weil Narzissten in den sozialen Medien die perfekte Plattform für ihr Bedürfnis nach Selbstdarstellung finden.

Was ist eigentlich Narzissmus? Zu den typischen Merkmalen der narzisstischen Persönlichkeitsstörung (NPS) gehört ein dauerhaftes Kreisen um die eigene Person. Andere Menschen werden kritisch beäugt, kategorisiert, oft abgewertet. Bei der ersten Begegnung präsentiert sich der Narzisst häufig mit einem selbstbewussten Auftritt, oft mit entwaffnenden Sprüchen. Nicht immer ist sofort klar: Meint er das ernst oder ist das Spaß? Der erste Eindruck ist oft der eines Menschen mit einem überaus großen Selbstwertgefühl und Selbstbezogenheit.

Vor rund 50 Jahren fand Narzissmus vor allem im klinischen Umfeld Erwähnung. Der Schwerpunkt lag bei den Beeinträchtigungen, die durch die Merkmale des Narzissmus in der extremen Ausprägung im Leben, im Beruf auftreten konnten. Heute dagegen wird Narzissmus differenziert betrachtet. Es wird davon ausgegangen, dass es ein großes Spektrum an narzisstischen Varianten gibt, das von relativ gesundem Narzissmus bis zur klinisch bedeutsamen NPS reicht.

Ein schweres Los

Für Menschen, die eng mit Narzissten verbunden sind, ist das Leben Tag für Tag eine Herausforderung. Es ist geprägt von der Dominanz der Eltern, des Partners oder des Chefs und deren Bedürfnis nach Bewunderung und Anerkennung. Kritik vertragen diese Menschen so gut wie gar nicht, dagegen kritisieren sie andere offen



Es kann nur einen geben: Vor allem für seine politischen Gegner gilt Donald Trump als Inbegriff eines Narzissten

und mit großer Selbstsicherheit. Es kann vorkommen, dass sich Lobpreisungen durch den Narzissten – dann, wenn der Partner, das Kind oder der Mitarbeiter das Selbstbild des Narzissten aufwertet – willkürlich abwechseln mit Momenten oder Phasen von übertriebener Kritiksucht, Abwertung, Zurücksetzung oder Vorwürfen. Dies passiert, wenn sich die Person nicht genug beachtet oder sogar in den Schatten gestellt fühlt, wenn darüber hinaus ihr zerbrechliches Selbstwertgefühl hinter der Selbstinszenierung zittert und schwankt.

Denn Narzissten haben zwei Seiten: Sie können auf der einen Seite sehr charmant sein, bis sie wieder in das andere Extrem verfallen und sie ihr Gegenüber mit Kritik und Missachtung klein machen bis zur Bedeutungslosigkeit. Manchmal macht es den Eindruck, als ob diese Personen Harmonie einfach nicht über längere Zeit aushalten können.

Diese Eigenschaften führen bei manchen Narzissten dazu, dass sie enorm erfolgreich werden im Hinblick auf das Berufsleben, so bei manchen Künstlern oder

Politikern. Andere jedoch scheitern mit diesen Merkmalen wieder und wieder.

Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass es „den Narzissten“ nicht gibt. Heute unterscheidet die Psychologie zwischen sehr unterschiedliche Ausprägungen. So gibt es den versteckten Narzissten und den grandiosen Narzissten, den gesunden Narzissmus und die narzisstische Persönlichkeitsstörung.

Studien in Hülle und Fülle

Die Anzahl der Studien und Ratgeber zu diesem Narzissten wächst täglich. Kaum eine Uni, kaum ein psychologischer Zweig beschäftigt sich derzeit nicht damit. So gibt es sogar statistische Erhebungen darüber, in welchen Ländern und Regionen die meisten Narzissten leben. In Europa sind es weitaus mehr als auf anderen Kontinenten. In Westdeutschland leben mehr als in den östlichen Bundesländern.

Forscher der New York University haben herausgefunden, dass Narzissmus eher durch Unsicherheit als durch ein übersteigertes Selbstwertgefühl der Grandiosität hervorgerufen wird. Die Berliner

Charité hat in einer Studie ermittelt, dass Gehirne von Narzissten tatsächlich Veränderungen aufweisen. Die Uni Würzburg veröffentlichte eine Meldung, nach der in sozialen Netzwerken besonders viele Narzissten anzutreffen sind. Auch andere Studien kamen schon zu diesem Ergebnis.

Die Selbstdarstellung spielt für den Narzissten eine wichtige Rolle. Die sozialen Medien bieten beste Bedingungen für die rundum optimierte Präsentation der eigenen Person und wirken daher als Katalysator. Dabei ist es wichtig anzumerken: Hinter der Selbstinszenierung verbirgt sich eher Selbstunsicherheit als Selbstüberschätzung. Auch das belegen mehrere Studien der vergangenen Jahre.

Ursachenforschung

Immer wieder beschäftigen sich Psychologen mit der Suche nach dem Ursprung des Narzissmus. Auch eine genetische Veranlagung wurde in Betracht gezogen. Eine Studie der Universität von Kalifornien in Los Angeles beschäftigte sich mit den Auswirkungen von Traumata in Kindheitstagen und kam zu dem Schluss, dass

derartige traumatische Erfahrungen über mehrere Generationen hinweg weitergegeben werden. Erlebnisse wie frühe Trennung, Tod der Eltern, Misshandlung, sexueller oder psychischer Missbrauch können dazu beitragen, dass der Nachwuchs mit einer deutlich größeren Wahrscheinlichkeit ein Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom aufweist.

Ein interessanter Aspekt der Auswertung: Hat die Mutter in den ersten Jahren ihres Lebens traumatische Erfahrungen gemacht, war der Einfluss auf den Nachwuchs deutlich stärker. Es kann also sein, dass Staaten, in denen besonders viele Frauen traumatische Kriegserfahrungen im Zweiten Weltkrieg erlebt haben, heute einen größeren Anteil an Menschen mit narzisstischen Merkmalen aufweisen.

Das Thema Narzissmus ist auch ein wichtiger Aspekt im Wirtschaftszweig der Ratgeber und Psychotherapie. Auf dem Markt gibt es aktuell eine Fülle an Büchern, Workshops, Podcasts und Blogs. Die Angebote richten sich weniger an die Narzissten selbst, sondern an Menschen, die unter dem Miteinander mit diesen Personen leiden. Es gibt Ratgeber für den Umgang mit narzisstischen Eltern sowie für Opfer von narzisstischen Partnern.

Ebenfalls hoch im Kurs: Tipps für den Umgang mit dem narzisstischen Chef. Warum? Weil Narzissten das Potential haben, andere Menschen in Verzweiflung zu stürzen. Der Narzisst selbst begibt sich höchst selten zu einem Psychotherapeuten. Lange galt es als eines der Merkmale der NPS, dass solche Personen auf Therapien nicht ansprechen. Mit der Schematherapie ist aber inzwischen eine Methode entwickelt worden, die auch dem Narzissten helfen kann.

Doch meistens sind es die Opfer des Narzissten, die Rat und Hilfe suchen. Sei es bei der Auf- und Verarbeitung von erlittenen traumatischen Wunden, oder weil sie Unterstützung wünschen bei der Trennung von einem Menschen, der stark narzisstische Züge hat.

Allerdings sollte mit dem Stempel „Du bist ein Narzisst“ vorsichtig umgegangen werden. Mitja Bock, Professor für psychologische Diagnostik und Persönlichkeitspsychologie an der Universität Münster, arbeitet seit vielen Jahren zum Thema Narzissmus. Seine Meinung lautet: Wer einen Menschen als Narzisst wahrnimmt, ist vielleicht selbst einer.

AUSFLUG

Rechnen mit den Babyboomern

Issum am Niederrhein hat Altbier, ein „His-Törchen“ – und eine Ausstellung über Taschenrechner aus den 70ern und 80ern zu bieten

Bierkernern ist das Diebels Alt ein Begriff. Die alkoholfreie Variante war 1987 die erste, die man als Altbier trinken konnte. Mit „Issumer Alt“ benannte es die Brauerei Diebels nach deren Standort am Niederrhein. Der Ort, der nach dem Wiener Kongress zu Preußen kam und ab 1822 ein Teil der preußischen Rheinprovinz war, hat allerdings weit mehr zu bieten als schmackhaften Gerstensaft.

Weitaus älter ist das erstmals 1338 urkundlich erwähnte Wasserschloss Haus Issum, das zentral in der Ortsmitte liegt und idyllisch von einem Park umgeben ist. Die heutige Gebäudeanlage aus Backstein, die früher eine Zugbrücke besaß, stammt aus dem 16. Jahrhundert. Hier wohnten und lebten die adeligen Herren des Ortes.

Im Jahr 1912 kaufte die Gemeinde Issum den Adelsitz, in dem heute das Rat-



Der Frühling naht bald: Haus Issum mit dem „His-Törchen“ Foto: imago/blickwinkel

haus untergebracht ist. Im Torbau wohnen der Hausmeister und der Parkwächter mit ihren Familien. Dessen Ehefrau arbeitete zeitweilig als Haushaltshilfe beim Bürgermeister.

Der große Nachteil der Dienstwohnung: Die Zimmer lagen auf verschiedenen Ebenen. Seit den 1980er Jahren war kein potentieller Mieter mehr daran interessiert. Doch warum dieses hübsche Gebäude dem Verfall preisgeben? Auf Initiative zahlreicher engagierter Issumer Bürger entwickelte die Gemeinde einen Plan, wie das Gebäude neu genutzt werden kann, baute dementsprechend um und eröffnete 1992 dort nicht nur die Touristenzentrale, sondern mit dem „His-Törchen“ auch gleich ein Heimatmuseum.

Seitdem gibt es dort eine heimatkundliche Dauer- sowie interessante Sonder-

ausstellungen. Seit Anfang des Monats läuft dort bis zum 6. Juni mit „Als wir Programmieren lernten“ eine Reise durch die Welt der Technik. Geboten wird ein Einblick in die Entwicklung der Computertechnik mit Taschenrechnern, Pocket-Computern und alten Heimcomputern aus der Steinzeit der Informationstechnik. So waren die sogenannten Babyboomer die ersten, die in den 70er Jahren mit klobigen Taschenrechnern den Mathematikunterricht unsicher machten.

Infotexte ergänzen die Ausstellung, sodass auch Technikinteressierte ohne große Vorkenntnisse einen Einblick in die Anfänge der Programmierung und der Rechen-technik erhalten. A. Rüdiger/H. Tews

● His-Törchen, Herrlichkeit 7-9, 47661 Issum, Telefon: (02835) 1024

● FÜR SIE GELESEN

Ein Verehrer Hitchcocks

Es gibt nicht viele Bücher, die rundherum Spaß bereiten. Jens Wawrczecks „How to Hitchcock“ gehört dazu, auch wenn es auf knapp 250 äußerst vergnüglich zu lesenden Seiten vornehmlich um Mord und Totschlag geht, um mordende Muttersöhnchen, außer Rand und Band geratene Killer-Vögel und um Ehen, die selten glücklich verlaufen.

Wawrczek ist als Schauspieler und Hörbuchinterpret tätig. Bekanntheit erzielte er mit der Hörspielserie „Die drei Fragezeichen“. Vor allem aber hat sich der 1963 in Dänemark geborene Autor seit seiner frühen Jugend in Hamburg mit den Filmen des Regie-Altmeisters Alfred Hitchcock beschäftigt. Das Geheimnis des Machers von Meisterwerken wie „Marnie“ und „Die Vögel“ bringt er wie folgt auf den Punkt: „Hitchcock überrascht. Hitchcock irritiert. Hitchcock bringt uns zum Lachen. Und er jagt uns Angst ein.“

Wawrczek widmet die Kapitel seines uneingeschränkt zu empfehlenden Buchs den Müttern, den Ehen und den Schurken in Hitchcocks Filmen. Er erzählt, dass von den über 50 Filmen, die der Meister zwischen 1925 und 1976 drehte, rund 40 auf literarischen Vorlagen beruhten. Allerdings ging der Regisseur meist sehr frei mit den jeweiligen Kurzgeschichten und Romanen um – meist nicht zum Nachteil der filmischen Meisterwerke.

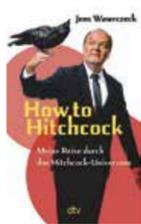
Wer erinnert sich nicht an die schreckenerregende Duschszene in „Psycho“, in der die schöne Janet Leigh dem vom genialen Anthony Perkins verkörperten Norman Bates zum Opfer fällt, dem berühmtesten Muttersöhnchen und Serienmörder der Filmgeschichte? „Mutter! Wie kommt das Blut hierher?“ ist das entsprechende Kapitel überschrieben, und jeder weiß sofort Bescheid. Mütter, so der Autor, sind „bei Hitchcock tonangebend“. Durchschnittlich ist keine von ihnen.

Die Väter, zum Beispiel in „Zwei Fremde im Zug“ nach dem Thriller von Patricia Highsmith, sind meist schwache Randfiguren. „Psycho“ entlässt uns ohne den geringsten Funken Hoffnung. Und die Wurzel allen Übels ist das Verhältnis zwischen Mutter und Sohn“, so der Autor. Aber es gibt neben der ermordeten Mrs. Bates, die von ihrem Sohn auch nach ihrem Tod Besitz ergriffen hat, auch die gute und starke Mutter. Doris Day, die amerikanische Sauberfrau der 1950er Jahre, spielt sie in „Der Mann, der zuviel wusste“ von 1956 brillant. Day kämpft wie eine Löwin um ihr entführtes Kind, während der von James Stewart dargestellte Ehemann und Vater eher schwächelt.

Und dann erst die wunderschönen Blondinen! Grace Kelly, Tippi Hedren oder auch Kim Novak. Überirdisch schöne und auch kühle Erscheinungen, die es mit dem Meisterregisseur nicht immer leicht hatten.

Immer wieder streut Wawrczek beiläufig ein, wann und unter welchen Umständen er die Filme das erste Mal gesehen hat, zum Beispiel bei Salzstangen im heimischen Wohnzimmer, in der Winterhuder Dachgeschosswohnung der Schwester oder im Hamburger Programmkinoblaton.

Angsar Lange



Jens Wawrczek: „How to Hitchcock. Meine Reise durch das Hitchcock-Universum“, dtv, München 2023, Taschenbuch, 13 Euro

RATGEBDER DER WOCHE



FOTO: PAPANTHERMEDIA

Gesundheit messen ist mittels Laboruntersuchungen von Blut, Urin oder Stuhlproben eine gängige Methode, um Aussagen über Krankheiten im Körper zu erhalten. Für den Laien ist es allerdings schwer, die Ergebnisse zu

verstehen. Maria Lohmann klärt mit ihrem Ratgeber „Laborwerte verstehen“ auf, indem sie Abkürzungen aufschlüsselt und darüber informiert, auf welche Krankheiten Normabweichungen hindeuten.

MRK

Was sagen medizinische Werte aus?

Die Ergebnisse von Blut-, Urin- und Stuhluntersuchungen und welche Bedeutung sie für die Gesundheit eines Patienten haben, erklärt die Heilpraktikerin Maria Lohmann



Maria Lohmann: „Laborwerte verstehen“, Mankau Verlag, Murnau, 8. Auflage 2023, broschiert, 159 Seiten, 9,99 Euro

GESELLSCHAFT

Albtraum statt Erholung pur

Lena Gilhaus hat die oft bitteren Erlebnisse von Kindern aufgeschrieben, die in der Nachkriegszeit in Deutschland zur Kur geschickt wurden

VON DIRK KLOSE

Es sind böse Extreme, die Kinder in Erholungsheimen erlebt haben und die Lena Gilhaus an vielen Beispielen auflistet: Bettnässer wurden mit eiskaltem Wasser abgespritzt, wer zu vorlaut war, wurde isoliert und in stockdunkle Keller gesperrt, wer sein Essen erbrochen hatte, musste es wieder aufessen. Da wurde eine Kur, die der Erholung und Genesung dienen sollte, zu einer „Albtraumkinderkur“, wie die Autorin schreibt. Aber ist die Geschichte der Kinderkurverschickung wirklich nur eine Horrorgeschichte? Die fast 40-jährige Autorin wurde durch Kindheitserlebnisse ihres Vaters auf das Thema aufmerksam. Ihre Radiosendung „Albtraum Kinderkur“ löste 2017 eine Lawine aus. Viele Betroffene meldeten sich und berichteten über ihre Kurerlebnisse. Jetzt hat sie in „Verschickungskinder“ viele bedrückende Meldungen dieser „Geschichte der Kinderkuren“ verarbeitet.

In einem historischen Rückblick zeigt sie, dass die ursprünglich philanthropische Idee aufkam, als im 19. Jahrhundert Kinder aus Arbeiterfamilien ein oft elendes Leben führten. Sie überdauerte Kriege und Regime, und schon 1946 wurden in kirchlicher Trägerschaft im Ruhrgebiet wieder erste Kinderkuren organisiert. Nach Schätzungen sind bis etwa 1990 im deutschsprachigen Raum rund 15 Millionen Kinder zu Erholungs- oder, bei Krankheiten, zu Heilkuren zwischen sechs Wochen und drei Monaten Dauer in weit über 1000 Heime

und Kliniken an Nord- und Ostsee, in den Mittelgebirgen und in den Alpen verschickt worden.

Die Therapie war annähernd gleich: Die Kinder sollten gut essen („der Teller wird aufgegessen“), stundenlange Luftkuren machen („die nächsten zwei Stunden höre ich keinen Mucks“), konnten wandern, am Strand spielen oder, recht selten, in der See baden. Das Reglement war streng. Die Autorin gibt viele Stimmen wieder, die von Gewalt der „Tanten“ oder größeren Kindern berichten, von Ärzten, die problematische Medikamente verschrieben oder Todesfälle bagatellisierten. Oft werden traumatische Kurerfahrungen den Betroffenen erst Jahre später bewusst. Im Mittelpunkt des Buches steht eine solche Geschichte, die mit dem Selbstmord des Betroffenen tragisch endet. Positive Momente klingen im Buch nur vereinzelt an, so, wenn von den „schönsten Wochen meiner Kindheit“ berichtet wird, wenn Kinder auf Norderney „jubelnd und lärmend“ vom Pferdewagen springen oder wenn von Kindern gesagt wird, dass sie froh sind, von zu Hause weg zu sein. So zögert man als Leser doch, sich dieser Totalkritik in allen Punkten anzuschließen.



Lena Gilhaus: „Verschickungskinder. Eine verdrängte Geschichte“, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2023, gebunden, 352 Seiten, 24 Euro

WIKIPEDIA

Inkompetenz und Geschichtsfälschung

Abermals decken zahlreiche Autoren auf, wie in dem angeblich unabhängigen Online-Wörterbuch falsche Informationen und Manipulation verbreitet werden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Wikipedia-Kritiker Andreas Mäckler brachte 2020 ein „Schwarzbuch Wikipedia“ heraus mit dem Untertitel „Mobbing, Diffamierung und Falschinformationen in der Online-Enzyklopädie und was jetzt dagegen getan werden muss“. Darin analysierten 23 Autoren die eklatanten Missstände bei der Online-Enzyklopädie – in der Hoffnung, dass zumindest einige davon abgestellt würden. Jedoch ist in der Zeit danach alles noch schlimmer geworden, wie Mäcklers „Schwarzbuch 2“ zeigt, dessen Untertitel lautet: „Das verlogene System: Propaganda, Korruption, Ausbeutung, Vandalismus und Rechtsverletzungen in der Online-Enzyklopädie“.

Dabei wirkten auch an dem neuen Band etliche Kenner von Wikipedia mit, die aus aller Welt kommen und teilweise schier Unglaubliches zu berichten wissen. So erfährt der Leser von dem langjährigen Wikipedianer Andreas Kolbe, welche Unsummen von Spenden Wikipedia einwirbt und wie die Wikimedia Stiftung das Geld horten. Dieses reiche für einen 50-jährigen Weiterbetrieb der Server – dennoch bittet Wikipedia seine Nutzer weiter an.

Ein anderes Thema sind die engen Verbindungen zwischen Wikipedia und den großen Internet-Konzernen sowie die daraus resultierenden Geldzuflüsse. Auch sonst ist Wikipedia keineswegs so „unabhängig“, wie immer behauptet wird. Davon zeugen die von Lohnschreibern verfassten Lobeshymnen auf Unternehmen, die es

sich einiges kosten lassen, schmeichelhafte Wikipedia-Einträge zu haben. Schockierend ist zudem die inhaltliche Ausrichtung mancher nationaler Versionen des Online-Lexikons. So werden die Kriegsverbrechen des Kaiserreiches Großjapan in der japanischen Wikipedia kleingeredet, und der kroatische Wikipedia-Ableger betreibt eine noch gröbere Geschichtsfälschung.

Viel Raum nimmt in den Beiträgen auch die oft haarsträubende Inkompetenz der Wikipedia-Autoren ein. In „Die Stunde der Stümper“ schildert der US-Unternehmer Andrew Keen, wie Amateure in hochstaplerischer Weise Wissen und akademische Meriten vortäuschen, um am Ende nur unbrauchbaren Schwachsinn zu produzieren. Der Marketing-Experte und ehemalige Wikipedia-Autor Volker Wendler beschreibt das Treiben psychopathischer Vandalen, die Beiträge anderer Verfasser verunstalten oder löschen. Dann wären da noch all die linken Glaubenskrieger, die bei Wikipedia zur Hetzjagd gegen alles blasen, was sie in ihrer geistigen Beschränktheit als „rechts“ ansehen.



Andreas Mäckler (Hrsg.): „Schwarzbuch Wikipedia 2. Das verlogene System: Propaganda, Korruption, Ausbeutung, Vandalismus und Rechtsverletzungen in der Online-Enzyklopädie“, Verlag

Zeitgeist, Hör-Grenzhausen 2023, broschiert, 264 Seiten, 19,90 Euro

KÖNIGSBERG

„Ohne Kant hätten wir keinen Computer“

Eine fruchtbare deutsch-russische Zusammenarbeit – Erinnerungen an das Kant-Jahr 2004 und an Kants Geburtstag 2021

VON BÄRBEI BEUTNER

Ohne Kant hätten wir keinen Computer“. Diese Worte stammen von Professor Leonard Kallinikow, und sie wurden im August 2004 in Rauschen [Swetlogorsk] vor einem interessierten und erstaunten Publikum ausgesprochen.

2004 sah die Welt noch anders aus. Die Universität in Königsberg, an der Kallinikow lehrte, hieß noch nicht „Immanuel-Kant-Universität“. Diesen Namen erhielt sie erst 2005, beauftragt von Präsident Wladimir Putin, aus Anlass des 750. Jubiläums von Königsberg in einem feierlichen Akt in Gegenwart des damaligen Kanzlers Gerhard Schröder (SPD).

Doch der Philosoph Immanuel Kant (1724–1804), der seine Vaterstadt nur wenige Male verlassen hat, hatte in den gut zehn Jahren seit der Öffnung des Königsberger Gebietes 1991 bereits sehr segensreich gewirkt. Ihm verdankten die russischen und die deutschen Königsberger die Auferstehung des Königsberger Domes, der bei den beiden Bombenangriffen im August 1944 zerstört worden war. Das Grabmal Kants am Nordosten des Domes, das 1924 zum 200. Geburtstag des Philosophen gestaltet worden war, war unversehrt geblieben, ein beeindruckender Schatz der Geschichte. 46 Jahre war das Königsberger Gebiet, die Kaliningrader Oblast, militärisches Sperrgebiet, und als die deutschen Besucher 1991 kommen durften, standen sie an dem Grabmal Kants, an dem die russischen Hochzeitspaare ihren Brautstrauß niederlegten. Der größte Sohn Königsbergs war nicht vertrieben worden.

Er verhinderte auch die Sprengung der Domruine, die Leonid Breschnew durchführen lassen wollte. Russische intellektuelle und Kulturschaffende protestierten, und die russischen Fremdenführer erzählten ihren Gästen, wie die Sprengung der Domruine im letzten Moment verhindert wurde – ganz aufregend und spannend; es wurde immer dramatischer berichtet ... 2004 stand der Dom in seiner Pracht auf der neu gestalteten Dominsel, mit dem Kant-Museum und der evangelischen und der russisch-orthodoxen Kapelle, in denen Taufen und Trauungen stattfanden.

2004 war wieder ein Kant-Jahr, nicht so bedeutend wie das große Kant-Jahr 2024, das jetzt von der ganzen Welt gefeiert wird. Der 300. Geburtstag des Philosophen am 22. April ist ein weltbewegendes Ereignis, aber auch seines 220. Todestages am 12. Februar wird gedacht. Alle Jahre mit einer „Vier“ sind eigentlich Kant-Jahre. Wie ist zu erklären, dass ein Mann nach Jahrhunderten eine so unverändert internationale, ja globale Wirkung hat?

Kants Vorfahren waren Handwerker, Riemer oder auch Sattler genannt. Die Vorfahren des Vaters stammten aus dem Memelland, die der Mutter, von welcher der Sohn besonders geprägt wurde, aus Franken. Die Eltern heirateten 1715 in Königsberg, Kant war das vierte von neun Kindern, besuchte das Gymnasium „Collegium Fridericianum“, das „Friedrichs-kolleg“ auf der Dominsel, studierte ab 1740 an der Universität seiner Geburtsstadt, an der „Albertina“, promovierte 1755 zum Magister und habilitierte sich noch im selben Jahr zum „Magister legens“. Er hielt gut besuchte Vorlesungen über Logik und Metaphysik, Geographie, Anthropologie und Pädagogik, aber erst 1770 erhielt er eine Professur an der „Albertina“. Das lag auch daran, dass er Berufungen an andere Universitäten ablehnte. Er wollte Königsberg nicht



Übt auf alle Besucher Königsbergs große Anziehungskraft aus: Das Grab Immanuel Kants am Königsberger Dom Foto: Shutterstock

verlassen und nannte es „einen schicklichen Platz“.

Wie hat sein Denken die Welt verändert? Man spricht von einer „vorkantischen“ und einer „nachkantischen“ Philosophie. Er ist der Vollender der Aufklärung, er hat den Menschen als „Vernunftwesen“ entdeckt und damit die Menschenrechte begründet, er ist der Begründer einer logischen Morallehre und hat die Lehre von der menschlichen Erkenntnis reformiert, indem er das „Ding an sich“ bewies. Das alles sind nur kurze und unzureichende Antworten auf die Frage oben.

Kulturwoche im Samland

Im August 2004 fand in Rauschen eine „Samländische Kulturwoche“ statt, die der Kreisvertreter von Fischhausen, Louis-Ferdinand Schwarz, organisiert hatte. Im Juli 1999 hatte er bereits „Samländische Kulturtage“ ermöglicht, die mit einem breitgefächerten Programm für Aufsehen sorgten. Einer der Höhepunkte 1999 war ein Konzert im Dom, bei dem ein russischer und ein deutscher Chor auftraten. 2004 stand die Bedeutung Kants im Fokus. Es war Schwarz gelungen, die Professoren Iwan Koptzew und Leonard Kallinikow für ein philosophisches Seminar über Kant zu gewinnen – ein Plan, der auf Skepsis stieß. In der Urlaubszeit im Bade-

ort Philosophie zu betreiben – wer würde sich dazu einfinden? Ein ganztägiges Kolloquium und ein Vortragsabend sollten stattfinden.

Doch schon zu den Vorstellungsrunden erschienen überraschend viele Teilnehmer, Russen und Deutsche. In seinem Eingangsreferat betonte Koptzew, Kant habe als Erster das Schweigen über die Geschichte durchbrochen. Ihm sei nicht nur die Rettung des Domes zu verdanken, sondern auch die intensive Annäherung von Russen und Deutschen.

Es waren glückliche Zeiten. Niemand von uns ahnte etwas von den Konflikten und Problemen, die zwei Jahrzehnte später eintreten sollten. Die Schatten des Kalten Krieges schienen endgültig überwunden. „Freude schöner Götterfunken“ tönte aus den Lautsprechern, opulente Ausstellungen ostpreußischen Kulturgutes zogen Russen und Deutsche an. Über Webkunst, Strickmuster, Trachten und Jostenbänder konnte man sich über die sprachlichen Grenzen hinweg verständigen. Es sah so aus, als käme man Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ von 1795 nahe, eine kleine Broschüre, als Reclam-Heft leicht in die Tasche zu stecken. Dort findet man alles über Völkerrecht, Staatsrecht und Bürgerrecht und praktische Anleitungen, wie Kriege zu vermeiden sind.

Der Vortragsabend mit Kallinikow in jenem August 2004 machte das unerwartet zahlreiche Publikum mit Kants Erkenntnistheorie bekannt, auf eine völlig neue Weise. Vereinfacht ausgedrückt, hat Kant eine Jahrhundert-Leistung erbracht, indem er eine Lösung für zwei unterschiedliche philosophische Richtungen fand. Eine war der „Empirismus“, der besagte, dass nichts in den Geist des Menschen kommen könne, was nicht zuvor mit seinen Sinnen aufgenommen worden sei, also alle Erkenntnis kommt aus der empirischen, sinnlichen Erfahrung. Dagegen stand der „Idealismus“, der, als Erbe des griechischen Philosophen Platon, sagte, nur die Ideen seien von Bedeutung, sinnliche Erfahrungen zweitrangig, wenn nicht gar überflüssig. Beide Theorien schienen sich gegenseitig auszuschließen. Kant erdachte und schlussfolgerte, dass der Mensch beides ist, ein „Sinnenwesen“ und ein „intelligibles (geistiges) Wesen“ und dass er in seinem Verstand sogenannte „Kategorien“ hat, Raum und Zeit, die „a priori“, also von vornherein, angeboren

vorhanden sind und die ihm eine Orientierung in der Welt überhaupt erst ermöglichen. Der Verstand ordnet also, selektiert die sinnlichen Eindrücke. Die moderne Hirnforschung hat Kants Ergebnisse bestätigt.

Kallinikow sprach Russisch, sein Kollege Koptzew übersetzte ins Deutsche, und so konnten die Zuhörer durch das „verlangsamte Tempo“ gut folgen. Kallinikow begann gleich mit der These, ein so konsequentes philosophisches System wie das Kants habe die Menschheit bis dahin nicht gekannt und kenne sie bis heute nicht. Dann wies er nach, dass nach Kant der Mensch die „phänomenale Welt“, also die Welt der Erscheinungen, mit Hilfe seines Verstandes bildet, mit den Kategorien Zeit und Raum. Das hat aber auch zur Folge, dass der Mensch das reine Objekt, das „Ding an sich“, nicht erkennen kann, eine bekannte Tatsache, die manchen Zeitgenossen verzweifeln ließ. Die positive Schlussfolgerung aber lautet: das „Ding an sich“ kann der Mensch jedoch denken, ausrechnen, benutzen. „Mit unseren Sinnen und Gefühlen können wir Elektronen nicht wahrnehmen, aber wir leben in einer Welt, in der der Mensch ohne Elektronen nicht mehr auskommen kann.“

Virtuelle Feier 2021

Den Segen der Elektronik erlebten die Anhänger Kants, als sein Geburtstag am 22. April 2021 in einer virtuellen Feier begangen wurde. Die Pandemie hatte alles lahmgelegt, aber an dieser virtuellen Geburtstagsfeier nahmen 170 Gäste aus vierzehn Nationen teil. Professor Wladimir Gilmanow von der Kant-Universität hielt die Festansprache für das „Geburtskind“. Er legte seinen Ausführungen Kants Ethik zugrunde, die in dem „Kategorischen Imperativ“ gipfelt. Kant stellt Forderungen an den Menschen als ein Wesen mit Verstand und Vernunft. „Sapere aude – Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Das ist für ihn der „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“, und damit beantwortet er die Frage: „Was ist Aufklärung?“ Der Mensch kann und muss selbst nachdenken und ist folglich selbst verantwortlich für sein Handeln. Seine Freiheit muss er selbst bewahren und verwirklichen und darf sie nicht seiner Bequemlichkeit opfern.

Da der Mensch ein „Vernunftwesen“ ist, liefert ihm die Vernunft Ideen, die er nicht aus seiner Erfahrung ableiten kann. Er hat auch sie „a priori“, das heißt von vornherein, also angeboren. Daraus ergeben sich moralische Forderungen. Man wird kaum Beispiele für die vollkommene Wahrheitsliebe, die bedingungslose Freundschaft, die perfekte Gerechtigkeit und grenzenlose Hilfsbereitschaft in der Realität finden, aber der Mensch kann diese Ideale denken und soll sich darum bemühen. Es geht sogar noch weiter. „Handle so, dass die Maxime (der Grundsatz) Deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte!“ So lautet der „Kategorische Imperativ“, der unbedingte Befehl. Dem Menschen wird damit eine große Verantwortung auferlegt. Seine Handlungen und sogar sein Wille sollen zum Maßstab, zur Regel für alle Menschen werden können.

Das Vernunftwesen hat Anspruch auf die Achtung seiner Menschenwürde und ist ebenso zur Achtung dem Mitmenschen gegenüber verpflichtet. Die Pflicht hat bei Kant einen hohen Stellenwert. Die Menschenrechte ergeben sich daraus. Der Kategorische Imperativ, von dem es mehrere Fassungen gibt, verlangt auch, dass man den anderen niemals zum „Mittel“, also zum Objekt machen darf. Der Mitmensch muss der „Zweck“, das Ziel der eigenen Handlungen sein.

Blick auf die aktuelle Weltlage

Eine „ideale Welt“ wäre also nach Kant möglich, zumindest denkbar. Gilmanow aber lenkte am 22. April 2021 den Blick auf die aktuelle Weltlage und sprach von dem „widernatürlichen Ende aller Dinge“ im Kantischen Sinne. Kant lastet in seiner Schrift „Das Ende aller Dinge“ aus dem Jahre 1794 dem Menschen die Schuld dafür an, wenn es zu einem Untergang, zu einer endgültigen Katastrophe kommen sollte. Gilmanow konkretisierte diese Befürchtung dahingehend, dass die technischen Voraussetzungen zu einer globalen Vernichtung heute gegeben sind. Er hatte dabei die Pandemie vor Augen und mehr noch die politischen Spannungen, die kaum ein Jahr später kulminieren sollten. Während Kant dem Menschen seine Unmündigkeit als selbstverschuldet zum Vorwurf machte, ging Gilmanow weiter und nannte die moderne Zivilisation „irreführend“, behaftet mit einem verstörenden Menschenbild und mit dem Verlust einer moralischen Orientierung. Das könne zum Abgrund führen. Er zeigte aber auch den Gegenentwurf zu dieser Gefahr auf, und zwar in der „sittlichen Verfassung“, die die Vernunft durch das moralische Gesetz vorschreibt. Kant bietet also auch eine Lösung an, indem er von „dem moralischen Gesetz in mir“ spricht.

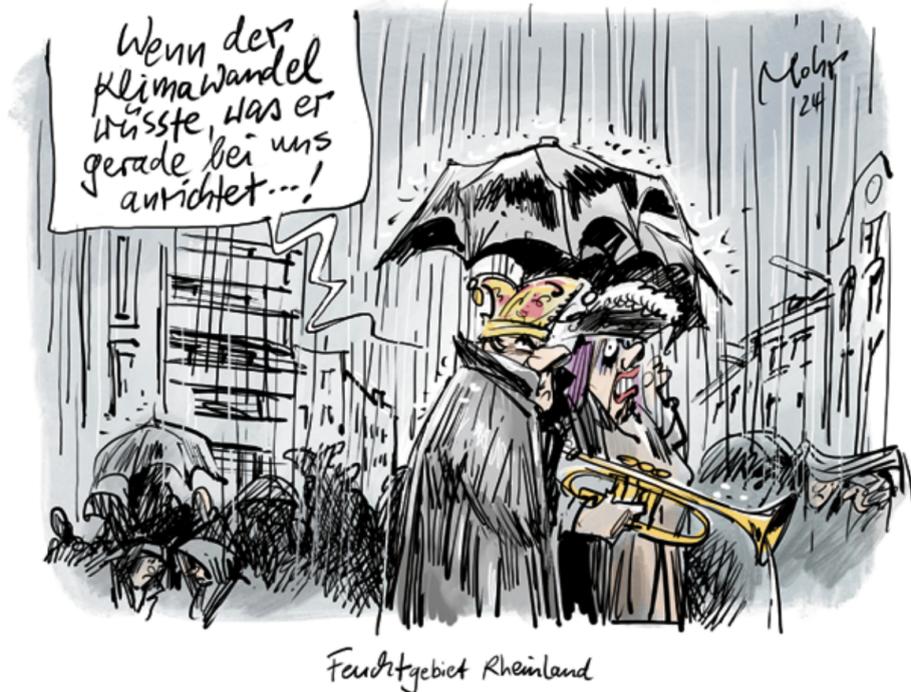
Die Anhänger Kants und besonders die Königsberger unter ihnen werden auf eine harte Probe gestellt. Zehn Monate nach der virtuellen Geburtstagsfeier 2021 brach ein Krieg mitten in Europa aus. Kants Gedanken „Zum ewigen Frieden“ hatten ihn nicht verhindern können. Noch bitterer quält das inzwischen verdunkelte Verhältnis zwischen Russland und Deutschland die Samländer, die sich von ihren russischen Freunden getrennt fühlen, während die Russen kaum noch ins Ausland reisen können. Wie wohl taten uns allen die Worte Gilmanows an Kants 297. Geburtstag, als er sagte, dass Kant trotz seines Weltbürgertums ein deutscher Philosoph sei. Sich selbst nannte er einen „Kant liebenden Russen“ und sprach von seiner Liebe zur deutschen Geistesgeschichte. Eine positive Beziehung zwischen Russland und Deutschland war und ist für ihn eine Voraussetzung für Rettung und Frieden.



Russischer Kant-Experte: Professor Leonid Kallinikow beim 3. Deutsch-Russischen Forum in Königsberg 2012

● AUFGESCHNAPPT

„Finanzminister Lindner drängt zu schnellem Bürokratieabbau“ tönte es Ende Januar durch zahlreiche Medien. Zu seinem FDP-Parteifreund und Justizminister Marco Buschmann ist die Botschaft wohl nicht durchgedrungen. Der plant, dass künftig auch für Aufsitzrasenmäher, Schneefräsen, Gabelstapler und andere langsame Kleinfahrzeuge mit einer Höchstgeschwindigkeit von sechs bis 20 Kilometern pro Stunde eine eigene Kfz-Haftpflichtversicherung Vorschrift wird, und zwar schon zum 1. Januar 2025. Bislang reicht hier die normale Haftpflicht. Wer die Anmeldung verpasst, begeht nach Buschmanns Plan eine Straftat, die mit Geldstrafe oder Freiheitsentzug geahndet werden kann. Selbst der Verband der Versicherungswirtschaft hält den Vorschlag des Liberalen für Unsinn. Die vielen Anträge könnten bis 1. Januar gar nicht bewältigt werden, außerdem reiche die bisherige Regelung völlig aus. So also sieht freidemokratischer „Bürokratieabbau“ in der Praxis aus. Immerhin: Der Bundesrat hat das Projekt vorerst gestoppt. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Roland Tichy fordert, dass vier Jahre nach dem ersten Lockdown endlich mit der ehrlichen Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen begonnen wird und die fortdauernde Verfolgung von Kritikern endet. Auf „Tichys Einblick“ (7. Februar) schreibt er:

„Erschütternd, welchen Hass Politiker über Ungeimpfte ausgeschüttet haben; diese Politiker sind noch im Amt. Und die Mühlen der Justiz mahlen nach wie vor. Unaufhörlich zermalmen sie die Existenzen von Menschen, die einfach nur Fragen gestellt haben. Es waren die richtigen Fragen – wie wir heute wissen. Für diese Fragen werden sie heute verfolgt.“

Die Anti-Rechts-Demos unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt!“ sind für den Schriftsteller Chaim Noll „massenhysterische Aufwallungen“. Er fragt bei „Achgut“ (8. Februar), welche Motive die Teilnehmer wirklich antreiben:

„Nie wieder!“ – das meinte ursprünglich, ehe es ins total Nichtssagende ausgeweitet wurde, die Verhinderung neuer Judenverfolgungen in dem immer noch vom Debakel der Shoah und des verlorenen Krieges gezeichneten Land. Tragen diese Demos dazu bei, die Juden in Deutschland zu schützen? Warum marschieren ihnen dann jüdenfeindliche Gruppen voran wie „Fridays for Future“? Warum sieht man im Meer der Wohlmeinenden immer wieder Palästinenser-Fahnen, aber nie den Davidstern?“

Harald Martenstein rückt in der „Welt“ (11. Februar) den Begriff „rechts“ historisch zurecht:

„Bismarck, Begründer des deutschen Sozialstaats: rechts. Gustav Stresemann, der bei den Nazis verhasste Kanzler und Friedensnobelpreisträger: rechts. Der Hitler-Attentäter Stauffenberg und sein Team: rechts. Die alte BRD hatte zwei große Parteien, von denen die eine, die Union, sich als ‚rechte Mitte‘ verstand. Wer glaubt, ‚rechts‘ bedeute das Gleiche wie ‚rechtsradikal‘, ist dumm.“

Die frühere Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) gibt auf „X“ (8. Februar) zu bedenken:

„Seit über 20 Jahren beschäftigte ich mich mit dem sog. ‚Kampf gegen rechts‘. Bin fester Überzeugung: Fast immer ist dieses Wording keine sprachliche Faulheit, sondern es geht tatsächlich gegen alles, was nicht links ist. Es geht um linke Deutungshoheit.“

● WORT DER WOCHE

„Gesetze zum Schutz der Demokratie sind das Vorspiel zur Abschaffung der Demokratie mit gesetzlichen Mitteln. Dazu müssen nur neue ‚Tatbestände‘ erfunden werden, etwa die ‚verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates‘.“

Henryk M. Broder deckt bei „Achgut“ (13. Februar) die eigentliche Absicht des „Kampfes gegen Rechts“ auf

DER WOCHENRÜCKBLICK

In der Berliner Wagenburg

Warum man Tusk gar nicht hätte reinlassen dürfen, und was Verzweiflung für Blüten treibt

VON HANS HECKEL

Das ist doch wohl nicht zu fassen! Hören Sie sich das mal an: „Wir müssen aufwachen und verstehen, dass wir unsere Grenzen schützen müssen. Wenn wir offen für alle Formen der Migration sind, wird unsere Welt zusammenbrechen.“ Dies sei eine „Frage des Überlebens der westlichen Zivilisation“.

Wo sind diese Worte gefallen? Auf dem mittlerweile legendären Potsdamer „Geheimtreffen“, abgehört per Richtmikrofon von einem Saunaboot im Lehnitzsee? Dann wäre es sicherlich ein Fall für die Haldenwang-Behörde und Anlass für viele weitere Demonstrationen von Parteien und Massenorganisationen in allen größeren Städten unserer Republik.

Aber der Mann, der so sprach, war Polens Ministerpräsident Donald Tusk kurz vor seinem Besuch bei Kanzler Scholz in Berlin. Dabei hatten wir Tusks Wahlerfolg doch gerade erst frenetisch gefeiert als gloriosen Sieg über die finsternen Rechtspopulisten. Was für eine bittere Enttäuschung. Warum hat man diesen Kerl nicht rechtzeitig mit einer Einreisesperre belegt? Dass er nicht auch noch von „Abschiebung im großen Stil“ oder gar „Remigration“ spricht, hat leider einen ziemlich ernüchternden Grund: In Polen gibt es nicht viel abzuschieben, da der östliche Nachbar seine Grenzen niemals in Merkel-Ampel-Manier sperrangelweit geöffnet hat.

Das Ausland ist wirklich eine Zumutung. Es verweigert sich nicht nur der erleuchteten Führung Bunterlins bei der Migrationspolitik. Auch in der Energiefrage fallen uns vermeintliche Verbündete ganz fies in den Rücken. Steven Chu, Physik-Nobelpreisträger und vier Jahre lang Energieminister des vergötterten US-Präsidenten Barrack Obama, zieht der Ampel und namentlich den Grünen regelrecht die Hosen runter.

Chu plädiert im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ eindringlich für die Wiedereinführung der Kernenergie in Deutschland. Sonst könnten wir unsere Schwerindustrie abschreiben. Habeck bezeichnet er als inkompetent und sagt wörtlich: „Von den Grünen kommen viele Falschinformationen“ – also das, was man auch in Deutschland gern mit dem englischen Schreckwort „Fake News“ etikettiert und was doch angeblich immer nur von „rechts“ kommt. Die Haltung der Grünen sei nicht mit

„unserer zukünftigen Realität vereinbar“, so Chu. Denn Habeck und seine Grünen hätten keinen Schimmer davon, wie eine moderne Industrieproduktion funktioniert.

Drastischer kann eine Abrechnung kaum ausfallen, zumal sie von einem Mann stammt, den man durchaus dem eher linken Lager zurechnen muss. Sonst wäre er nicht beim US-Demokraten Obama Minister geworden.

Wenn die Welt da draußen so böse und unbelehrbar ist, können wir unsere Ampelrepublik nur noch zur Wagenburg verrammeln, in die kein störender Einfluss von draußen mehr hineindringt. In der Burg laufen die Demos gegen Rechts im Kreis und sorgen dafür, dass alle im Rhythmus der Herrschenden klatschen.

Aber selbst das klappt nicht richtig. Es rumort in der Burg. Die Bauern- und Bürgerproteste dauern an, obwohl man sich bei den Qualitätsmedien alle Mühe gibt, von diesen Provokationen abzulenken. Die Aufrührer bedienen sich sogar der Mittel des dreisten Humors. In den Fankurven der Fußballstadien entwickelt sich ein regelrechter Wettbewerb der Satire hinsichtlich der Geschlechterfrage. Für meinen Geschmack gebührt der Meisterpokal derzeit den Freunden der Braunschweiger Eintracht, die ein Transparent entrollten mit der Aufschrift: „Sehr geehrte Damen und Herren. Punkt.“ Dahinter die Zeichen von Venus und Mars, die Symbole der beiden Geschlechter. Damit haben die Fans die Sache auf genial kurze und schlichte Weise auf den „Punkt“ gebracht. Wie wir berichteten, sind andere Vereine wegen ähnlicher Losungen im Stadion bereits Opfer von DFB-Geldstrafen geworden.

Joe Biden – zu tüdelig für ein Urteil?

Seither bohren freche Kritiker in der Wunde herum, dass es beim Fußballbund ja auch nur Frauen- und Männermannschaften gibt, und keine für die angeblich endlos vielen weiteren Geschlechter. Wie passt das zusammen? Gar nicht, das aber hat fanatische Ideologen nie sonderlich gestört. Und die nachschleimenden Opportunisten schon gar nicht. Die gucken nicht danach, ob etwas Blödsinn ist oder völlig widersprüchlich, sondern nur danach, wie viel Macht dahintersteckt – und dann kuschen und schleimen sie eben.

Immerhin arbeitet Ferda Ataman, die „Antidiskriminierungsbeauftragte“ der Ampelregierung, emsig an einer drastischen Verschärfung des „Allgemeinen Gleichbehand-

lungsgesetzes“ (AGG). Nach ihrem Willen soll es künftig nur noch darum gehen, ob sich jemand diskriminiert fühlt, und nicht, ob er wirklich diskriminiert wird. Auch das muss er nicht mehr beweisen, sondern nur noch „glaubhaft“ machen müssen. Zudem soll es ein Verbandsklagerecht geben, damit grünlinke Klagevereine, gern mit viel Steuergeld finanziert, das ganze Land nach möglichen „Fällen“ abgrasen und die Bürger in die Zange nehmen können. Vielleicht nutzen die Fans die letzte Gelegenheit, ihre Meinung zur Geschlechterfrage halbwegs frei äußern zu dürfen, bevor die Nacht fällt und die Erkenntnisse der Biologie für immer im Dunkel der Verbotszone verschwinden.

Gefährlich kann es werden, wenn sich der Widerwille im Volk bei Wahlen manifestiert, von denen in diesem Jahr ja einige auf dem Programm stehen. In Berlin hängt man sich Gerüchten zufolge an eine fast schon bizarre Hoffnung: Wenn Donald Trump die Vorwahlen der US-Republikaner gewinnt, dann bekommen die Deutschen hoffentlich so viel Angst, dass sie sich wieder um Olaf Scholz scharen. Ein Gedankenspiel, welches das Ausmaß der Verzweiflung gut illustriert.

Sollte Trump sogar die Präsidentschaftswahlen im November für sich entscheiden, müsste die Ampel dann ja endgültig sicher im Sattel sitzen, mindestens bis 2029. Und Trumps Chancen stehen nicht schlecht. Wie ihm wird auch dem konkurrierenden Amtsinhaber Joe Biden vorgeworfen, Geheimdokumente mit nach Hause genommen zu haben, damals, als er noch Vizepräsident war.

Anders als bei Trump hat nun aber eine Expertenkommission empfohlen, gegen Biden in dieser Sache keine Anklage zu erheben. Die brisante Begründung: Der alte Mann sei, anders als Trump, viel zu tüdelig, als dass ihn eine Jury wegen eines schweren Verbrechens verurteilen würde. So ein Verbrechen setze nämlich einen „Geisteszustand der Willenskraft“ voraus, über den der Greis dann nicht mehr verfüge. Daher habe eine solche Anklage gar keinen Zweck. Man würde ihn gleichsam aus Mitleid freisprechen.

Dieser Mann soll also weitere vier Jahre das mächtigste Land der Welt regieren. Aber wen sollen die Demokraten denn sonst aufstellen? Die Partei ist in der zweiten Reihe hinter Biden von Leuten bevölkert, die weltanschaulich aussehen wie transatlantische Klone von Ferda Ataman. Und die kann man der Wählerschaft nun mal nicht anbieten.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de